Mittwoch, den 7. November 1928 | Einzelnummer 10 Pfennig | 39. Jahrgang — Nr. 263

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, Matthiasstraße 155, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Poincaré zurückgetreten

Durch den Austritt der vier radikalen Minister aus dem Kabinett gezwungen

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Rücktritt der vier radikal-sozialen Minister hat, wie zu erwarten war, die Demission des Gesamtkabinetts nach sich gezogen. Nach einstündiger Beratung haben die um Poincaré vereinigten Mitglieder des Rumpfkabinetts beschlossen, dem Präsidenten der Republik ihre Aemter zur Verfügung zu stellen. Poincaré begründet in dem Demissionsschreiben den Rücktritt mit der von ihm für unerläßlich gehaltenen Aufrechterhaltung der nationalen Einheit, die durch den Rücktritt der radikal-sozialen Minister gebrochen sei.

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Demission des Kabinetts Poincaré, die am Dienstag so unerwartet erfolgte, hat in allen politischen Kreisen in Paris wie eine Bombe gewirkt. Es läßt sich zwar nicht bestreiten, daß die Grundlage des Kabinetts, die „nationale Einheit", so wurmstichig geworden war, daß das Kabinett sich nach allgemeiner Ansicht gerade noch knapp bis über die Annahme des Budgets hinaus, also bis zum neuen Jahre hätte retten können. Heute kommt die Krise zu früh. Der linke Flügel der Radikalen Partei hat in Angers übereilt und damit ungeschickt manövriert. Er hat sich die Verantwortung für die Krise aufgebürdet, er hat die Bildung einer entschiedenen Linksmehrheit damit verhaut, ja er hat wahrscheinlich sogar zu einer Spaltung in der Radikalen Partei selbst Anlaß gegeben. Zahlreiche radikale Abgeordnete haben am Dienstag in der Kammer die Absicht geäußert, eine Fraktionssitzung einzuberufen und darin die Parteibeschlüsse von Angers als nichtig zu erklären, weil sie unter unregelmäßigen Bedingungen erfolgt seien. Diese Rechtsradikalen stützen sich darauf, daß in der Nachtsitzung des Parteitages in Angers, wo die entscheidende Programmentschließung angenommen worden war, nur ein Viertel der Parteidelegierten anwesend war.

Poincaré dagegen, das muß man ihm lassen, hat eine sehr geschickte Taktik verfolgt. Sein Kabinett war tatsächlich abgenutzt, dadurch aber, daß es eine Minute vor seinem natürlichen Tode freiwillig demissionieren konnte, scheidet Poincaré mit ungebrochenem Prestige aus seinem Amt. Sein Rücktritt wird bis weit in die Kreise der Linken hinein aufrichtig bedauert. Poincaré hätte, wenn er am Dienstag mittag mit der Vertrauensfrage vor die beiden Häuser des Parlaments getreten wäre, sicherlich in der Kammer eine Dreiviertelmehrheit, im Senat sogar eine beinahe einstimmige Mehrheit erhalten können. Was er mit seinem politischen Programm und seinem politischen Werk nicht zu erreichen vermochte, das wird er jetzt vielleicht mit seiner Demission erzielen: die Spaltung der Radikalen.

Die parlamentarische Lage ist vorläufig noch vollkommen ungeklärt. Die „nationale Einheit" ist nun, wo sie einmal auseinander gefallen ist, endgültig tot und begraben. Da sich Poincaré in seinem Demissionsschreiben aber nochmals auf sie als die einzige gangbare politische Formel festgelegt hat, scheidet er vorläufig als Kandidat für die neue Regierungsbildung aus. Trotzdem wird natürlich der Präsident der Republik, Doumergue, das Unmögliche versuchen, ihn wieder zur Annahme zu bewegen. Die meisten Aussichten mißt man in parlamentarischen Kreisen einem Kabinett Briand-Tardieu zu. Briand würde dabei die Ministerpräsidentschaft und das Außenministerium übernehmen, Tardieu die Finanzen. Die Mehrheit, auf die sich diese neue Bindung stützen könnte, schließt aber endlich die reaktionäre Gruppe Marin aus. Sie ginge von der rechten republikanischen Gruppe Maginot-François-Poncet bis zu den Radikalen, aus denen vielleicht die Gruppe Montigny ausgeschlossen würde. Diese Mehrheit würde etwa 350 von 612 Stimmen in der Kammer um sich scharen können. Sie würde sich im Bedarfsfalle die Unterstützung der Sozialisten oder der bürgerlichen Rechten zu sichern suchen. Aber das sind vorläufig noch Kombinationen. Der Präsident der Republik, Doumergue, ist bisher in seinen Besprechungen noch nicht über die Befragung der Präsidenten von Kammer und Senat hinausgekommen. Irgendein aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge Poincarés ist bisher noch nicht nach dem Elysee berufen worden.

Kommt Poincaré doch zurück?

Paris, 7. November. (Eigener Funkbericht.)

Die Oeffentlichkeit ist sich bereits in großen Zügen über die Lösung der Regierungskrise einig. Es gibt nur eine einzige Stimme, und diese fordert, daß Poincaré zum Nachfolger Poincarés ernannt werde. Zahlreiche Fraktionen der Kammer sind gestern zu Sitzungen zusammengetreten, und alle haben einstimmig wieder Poincaré auf den Schild erhoben. Auch die Kriegsbeschädigten-Verbände haben Aufrufe und Proklamationen erlassen, worin sie Poincaré zum neuen Ministerpräsidenten vorschlagen. Die radikalen und die sozialistischen Kammerfraktionen werden erst heute zusammentreten, um zu der Lage Stellung zu nehmen.

Ein anderer Kandidat als Poincaré wird in der heutigen Morgenpresse überhaupt nicht ins Auge gefaßt. Selbst die radikale Presse, wie das „Oeuvre", die „Ere Nouvelle" und der „Quotidien", erklären, Poincaré habe nicht den geringsten Entschuldigungsgrund, um sich vor seiner Berufung zu seinem eigenen Nachfolger zu drücken.

Allgemein aber nimmt man auch an, daß die Nationale Union nicht in unveränderter Form fortbestehen kann. Die radikale Presse, wie die große Informationspresse, ist sich darüber einig, daß eine republikanische Konzentration im Sinne von Waldeck-Rousseau allein in Frage kommen könnte. Diese Konzentration werde die reaktionäre Gruppe Marin, aber auch die intransigente Gruppe Caillaux ausschließen.

Léon Blum im „Populaire" enthält sich vorläufig noch jeglicher Kritik. Er behauptet, er sehe vorläufig keinen Grund, sich über den Sturz Poincarés zu freuen. Der Bruch zwischen der Nationalen Union und der Radikalen Partei sei heute zwar endgültig, aber es frage sich, ob dieser Bruch noch rechtzeitig erfolgt sei. Die Radikalen hätten in der Nationalen Union eine zu ausgedehnte Zusammenarbeit geleistet, und es sei wahrscheinlich, daß ein großer Teil ihrer Wählerschaft und ihrer Parlamentsfraktion heute nur allzu sehr vom nationalen Geiste durchtränkt sei. Aber die Sozialisten seien die letzten, die jetzt die Radikalen entmutigen wollten.

Im Lager der Rechten versucht man mit allen Mitteln der Hetze und der Lüge, eine Katastrophe heraufzubeschwören, für die kein Grund vorliegt.

Wie der „Petit Parisien" versichert, haben die Präsidenten von Kammer und Senat gestern bei ihrer Besprechung mit dem Präsidenten der Republik, Doumergue, ebenfalls Poincaré als den aussichtsreichsten Kandidaten vorgeschlagen. Man erwartet zwar, daß Poincaré ernsthafte Schwierigkeiten machen, letzten Endes aber doch dem Rufe der öffentlichen Meinung folgen wird. Vielleicht dürfte es notwendig sein, daß, bevor Poincaré die Regierungsbildung wieder endgültig übernimmt, ein oder zwei andere Kandidaten berufen werden müßten, letzten Endes aber werde er sich doch dazu entschließen, seine eigene Nachfolge wieder anzutreten. Die Dauer der Krise werde daher voraussichtlich länger als üblich sein und bis in die nächste Woche hinein dauern.

* * *

Nach fast 2½jähriger Dauer ist das Kabinett der „nationalen Einigkeit" aufgeflogen, das Poincaré in den Tagen der Inflationspanik vom Juli 1926 gebildet hatte. Diese Regierung hatte seit ihrem Bestehen und vor allem seit einem Jahre viele Krisen überstanden, die zumeist durch eine Rebellion des linken Flügels der Radikalen Partei hervorgerufen wurden. Aber immer wieder appellierte der Unterrichtsminister Herriot an das Vertrauen seiner Parteifreunde, die ihm dann die weitere Mitarbeit gestatteten. Zuletzt allerdings machte nur noch die Hälfte der radikalen Kammerfraktion die Regierungspolitik mit, während die andere Hälfte unter Führung des Parteivorstandes Daladier in offener Opposition gegen das Kabinett stand.

Ein jeder fühlte, daß dieser Zustand auf die Dauer sowohl für die Regierung wie auch für die Radikalen selbst unhaltbar sein würde. Fast zwei Jahre lang hatte Poincaré allerdings bei jeder kritischen Gelegenheit einen Trumpf ausspielen können, der regelmäßig den Ausschlag gab: er erinnerte daran, daß seine Regierung der „nationalen Einigkeit" gebildet worden war, um die Inflationsgefahr zu überwinden und um die Stabilisierung der französischen Währung durchzuführen. Er malte das Gespenst eines neuen finanziellen Zusammenbruches für den Fall einer Regierungskrise an die Wand — und zähneknirschend duckten sich die Radikalen. Poincaré versuchte auch, den Tag der Stabilisierung immer mehr hinauszuschieben. So gelang es ihm, seine Regierung durch die ganze Wahlperiode vom vergangenen Frühjahr hindurch zusammenzuhalten, was an sich ein politisches Kunststück war, denn während sich die Parteien im Lande mit äußerster Erbitterung bekämpften, saßen ihre Führer zum Teil die Monate hindurch einträchtig im gleichen Kabinett. Nach den Wahlen, die keine Klärung brachten, versuchte Poincaré eine Zeit lang noch das Spiel fortzusetzen, aber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten waren stärker als seine taktischen Bedürfnisse: unmittelbar vor der Sommerpause mußte er sich doch entschließen, die Stabilisierung, die praktisch bereits längst eingetreten war, gesetzlich durchzuführen.

Damit fiel aber zugleich der einzige Grund fort, der diese widernatürliche Koalition so lange zusammengehalten hat. In diesen Tagen sollte das Parlament wieder zusammentreten. Während der Ferien hatte sich viel neuer Konfliktstoff angesammelt, besonders in den letzten Wochen: Der Streit um die Wiederzulassung von religiösen Orden, die blutigen Zwischenfälle bei der Einweihung des Denkmals für den Schöpfer der Laien-Gesetzgebung, Combes, sowie das diktatorische Auftreten Poincarés in der Finanzkommission.

In dieser gespannten Situation trat der Parteitag der Radikalen in Angers zusammen. Es hatte zunächst den Anschein, als ob man auch dieses Mal die scharfen Resolutionen des linken Flügels gegen die gegenwärtige Burgfriedenspolitik zwar annehmen, aber zugleich den Ministern mehr oder minder stillschweigend das weitere Verbleiben im Kabinett gestatten würde. In der Tat, alle Resolutionen wurden so abgefaßt, daß sie bei aller grundsätzlichen Abneigung gegen die „nationale Einigkeit" sowohl den Ministern wie auch den Abgeordneten freie Hand lassen sollten. Schon waren die radikalen Minister nach Paris zurückgekehrt, als kurz vor Schluß des Parteitages Caillaux in Aktion trat und dem Parteitag eine wirklich „radikalere" Note verlieh, die auch in der offiziellen, abschließenden Programmerklärung zum Ausdruck kam. Unter dem Eindruck dieser Wendung haben sich die vier Minister, die der Radikalen Partei angehören, Herriot, Albert Sarraut, Perrier und Queuille doch entschließen müssen, ihre Demission einzureichen. Darauf erfolgte der Gesamtrücktritt des Kabinetts Poincaré.

Es ist natürlich gewagt, zu Beginn einer Krise, deren Lösung vielleicht sehr langwierig sein wird, irgendwelche Voraussagen über die kommende Entwicklung zu machen. Eine abermalige Betrauung Poincarés durch Doumergue dürfte, falls sie überhaupt von Poincaré angenommen werden sollte, wenig Erfolgsaussichten haben. Jedenfalls keine Erfolgsaussichten auf der bisherigen Grundlage: Die Tatsache, daß die vier radikalen Minister, von denen wahrhaftig keiner sich durch Heldenmut und Draufgängertum auszeichnet, ihren Rücktritt angemeldet haben, ohne von ihrem Parteitag ausdrücklich dazu verpflichtet zu sein, beweist, daß sie selbst die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Formel der „nationalen Einigkeit" endgültig überlebt ist. Eine Regierung ohne die Radikalen erscheint unmöglich, und es ist kaum anzunehmen, daß sich der Poincaré von 1928 zu einem solchen offen reaktionären Kurs hergeben würde. Schon eher ist eine Regierung der „Konzentration nach Links" denkbar, die unter Ausschluß der Marin-Gruppe sich ausschließlich auf die linke Gruppe des Bürgertums stützen würde. Eine solche Kombination würde allerdings nur auf einer relativ schmalen parlamentarischen Basis beruhen.

Es gibt endlich noch eine dritte Möglichkeit, zumindest in der Theorie. Das ist die Lösung, auf die der Parteitag von Angers in seiner abschließenden Kundgebung ausdrücklich hingewiesen hat: die Wiederherstellung des Kartells der Linken! Die Radikalen verstehen aber darunter keine bloße Unterstützung durch die Sozialisten von Fall zu Fall wie in den Jahren 1924/25, sondern eine direkte Beteiligung der Sozialisten an einem Koalitionskabinett der Linksparteien. Ob sich die Ansichten der Sozialisten seit 1925 in diesem Punkt wesentlich geändert haben, diese Frage wird von den einen bejaht, von den anderen verneint. Wahrscheinlich wird schon in diesen Tagen eine offizielle Aufforderung an die Sozialistische Partei ergehen, sich dazu zu äußern, ob diese theoretische Möglichkeit auch in der Praxis verwirklicht werden kann. Bevor aber eine endgültige Antwort erfolgt, müßte wohl ein außerordentlicher Parteitag der Sozialisten oder zumindest eine Tagung des erweiterten Parteiausschusses die Entscheidung über diese Schicksalsfrage treffen.

Hoover Präsident der Vereinigten Staaten

Newyork, 7. November.

Die letzte Zählung im amerikanischen Wahlkampf ergibt 302 Stimmen für Hoover, 76 für Smith, während 153 noch als ungewiß gelten. Danach ist auch der Sieg Hoovers in Newyork sichergestellt. Eine Verschiebung im Gesamtwahlbild hat sich insofern ergeben, als Hoover in den bisher demokratischen Staaten Florida und Oklahoma gewählt wurde, während die Demokraten in Massachusetts, New-Jersey und Montana siegten. Da es sich jedoch bei den letztgenannten Staaten um solche mit geringer Stimmenzahl handelt, sind die demokratischen Teilsiege unwesentlich neben den starken Erfolgen der Republikaner in den anderen Staaten.

Newyork, 7. November. Der Vorsitzende des demokratischen Parteiausschusses bestätigte um 7 Uhr morgens mitteleuropäischer Zeit die Wahl Hoovers zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Wie jetzt bekannt wird, ist die Stimmenmehrheit für Hoover im Osten und im mittleren Westen der Staaten ganz außerordentlich. Sie dürfte in Newyork etwa 100 000, in Ohio etwa 600 000, in Illinois 400 000, in Massachusetts 101 000, Wisconsin 30 000, Missouri 30 000, Indiana 210 000, Kentucki 150 000 und Pennsylvania 600 000 betragen.

Newyork, 7. November. Nach den letzten Zählungen steht fest, daß Hoover jetzt als sicher bereits 387 Stimmen auf sich vereinigt, während es Coolidge 1924 nur gelang, 384 Stimmen zu erreichen. Nach einer Newyorker Schätzung glaubt man, daß Hoover insgesamt etwa 450 Stimmen von 531 bekommen wird. Die demokratische traditionsgemäße Ueberlegenheit in den Südstaaten scheint ebenfalls gebrochen zu sein und große Massen der Demokraten sind zu den Republikanern übergetreten.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen abermals gescheitert

Königsberg, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen, die hier zwischen dem litauischen Diktator Woldemarás und dem polnischen Außenminister Zaleski über die Möglichkeit einer direkten Verständigung zwischen Polen und Litauen geführt wurden, sind gescheitert. Ein gemeinsam ausgegebenes Kommuniqué bestätigt, daß die Diskussion über die strittigen Fragen nicht zu einer Einigung geführt und daß daher die zweite Königsberger Konferenz als beendet anzusehen sei. Der Form halber wird hinzugefügt, daß am Mittwoch früh noch eine Plenarsitzung abgehalten werde, in der ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr unterzeichnet werden solle. Ueber die Einzelfragen des Warenaustausches zwischen beiden Ländern sollen die beiden Handelsministerien weiterverhandeln.

Der Eisenkampf vor dem Landtag

Scharfe Abrechnung mit den Eisenunternehmern

Berlin, 6. November. (Eigener Bericht.)

Der Preußische Landtag nahm am Dienstag zu dem großen Arbeitskampf in der Metallindustrie Nordwest Stellung. Zur Erörterung standen die von den Fraktionen der Regierungsparteien und von den Kommunisten eingebrachten Anträge über die Metallarbeiterentlassungen in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.

Abg. **Schubert** (Komm.) begründet den kommunistischen Antrag. Er wirft den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie vor, sie seien an dem brutalen Vorgehen der Unternehmer mitschuldig. (Gelächter bei den Soz.) Sozialdemokratische Gewerkschafter säßen im Vorstand der Reichsanstalt, die die Arbeitslosenunterstützung den entlassenen Metallarbeitern verweigert habe. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften hätten das Arbeitslosenversicherungsgesetz geschaffen, sie seien also auch für seine Häcten verantwortlich, wie sie auch für die Schlichtungsordnung verantwortlich seien. (Zuruf bei den Soz.: Er verteidigt die Unternehmer!)

Abg. **Müller-Duisburg** (Soz.): Der durch die Aussperrung der Metallarbeiter im Westen Deutschlands provozierte Konflikt ist die größte Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit der Nachkriegszeit. Ganz Deutschland ist am Ausgang dieses Kampfes interessiert, der mit den Angehörigen der Ausgesperrten rund eine Million Menschen mit den Folgen dieser rigorosen Maßnahme bedroht. Auch die Bergarbeiterschaft wird durch die Stillegungen der Zechen in die Auseinandersetzung mit hineingezogen und darüber hinaus die Geschäftsleute, der Mittelstand.

Die Metallarbeiter sind zu ihren bescheidenen Lohnforderungen durch die ständigen Preissteigerungen gezwungen worden. 99 Pfennige Stundenlohn im Durchschnitt für über 21jährige Arbeiter ist durchaus kein angemessener Lohn. (Sehr wahr! bei den Soz.) In anderen Gebieten des Reichs werden seit langem bereits 1,30 Mark pro Stunde an Durchschnittslohn für dieselbe Arbeit bezahlt. Aehnlich ist es mit der Regelung der Arbeitszeit, die im Westen Deutschlands viel schlechter ist als in anderen Landesteilen. 40 Prozent der Metallarbeiterschaft im Ruhrgebiet arbeitet 57 Stunden, 40 Prozent 52 Stunden, 5 Prozent 50 Stunden, 5 Prozent 54 Stunden und nur 10 Prozent 48 Stunden pro Woche. Wer guten Willens ist, muß die Forderungen der Metallarbeiterschaft nach besseren Arbeitsbedingungen begreifen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber alle Verhandlungen der Gewerkschaften blieben ergebnislos. Trotz Verbindlichkeitserklärung wurde der Schiedsspruch von den Unternehmern abgelehnt, ja ehe das Schlichtungsverfahren zu Ende war, hatten die Unternehmer die Kündigungen bereits ausgesprochen. Dabei sind die Forderungen der Metallarbeiter außerordentlich bescheiden; nur ein Teil davon würde an den Lohnerhöhungen beteiligt sein. Unter solchen Umständen konnten sich die Gewerkschaften keinesfalls mit den Unternehmern auf Kompromisse einlassen, die über die bescheidenen Forderungen hinausgingen. Dafür hören wir nun überall das Stöhnen und Klagen des Unternehmertums über die schlechte Wirtschaftslage. **Ein Blick in die Bilanzen aber zeigt uns, daß die einzelnen Konzerne mit guten Gewinnen gearbeitet haben, daß die Preise ihrer Produkte in einem Maße in die Höhe geklettert sind, daß diese Steigerungen überhaupt nicht mit dem bescheidenen Hinaufgehen der Arbeiterlöhne in Vergleich zu setzen sind.** Das ist namentlich bei dem Klöckner-Konzern der Fall. Dabei gehört dieser nur zu den mittelmäßigen Konzernen. Wie mag es da erst bei den ganz großen Unternehmungen aussehen! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es kommt den Unternehmern nicht darauf an, daß sie, wie sie jetzt sagen, mit dieser Maßnahme der Wirtschaft helfen wollen. Sie sagen, der Schiedsspruch sei deshalb rechtsungültig, weil der Schlichter ohne die Beisitzer nicht allein in der Lage sei, einen Schiedsspruch zu fällen. Ich weise darauf hin, daß in der Vergangenheit ein solches Verfahren sehr oft üblich und als Recht anerkannt worden ist, wenn aus den Beisitzern keine Mehrheit zu erhalten war. Aehnlich liegt es mit dem Rahmentarif. Aber die Unternehmer glauben ja schließlich selbst nicht an die Stichhaltigkeit ihrer Einwände. Sie haben zwar die Feststellungsklage eingereicht, aber ausgerechnet bei dem Arbeitsgericht in Duisburg und nicht in Essen. Sie sind angeblich deshalb nach Duisburg gegangen, weil dort der Christliche Metallarbeiter-Verband als Hauptbeteiligter am Kampf seinen Sitz hat. Wir gehen aber nicht fehl, wenn wir die Erklärung für die Wahl Duisburgs in dem Vorsitzenden des dortigen Arbeitsgerichts suchen, der sich beim letzten Rheinschifferstreik u. a. durch das Verbot des Streikpostenstehens rühmlichst hervorgetan hat. Statt schnell zu handeln, hat dieser Mann den Verhandlungstermin erst auf den 16. November festgesetzt. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Soz.) Es ist kein Wunder, wenn durch solche Verschleppungen auch die Arbeitsgerichte in Arbeiterkreisen in Mißkredit gebracht werden! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Aus der dem Arbeitsminister eingereichten Denkschrift der Unternehmer geht hervor, daß sie lediglich eine angeblich harmlose Reform des Schlichtungswesens wünschen. Aber die Dinge liegen anders: In Wahrheit soll der Einfluß des Staates ausgeschaltet werden. (Sehr wahr! links.) Zu diesem Zwecke sind seit langem große Summen aufgesammelt worden, und man hat gewartet, bis ein Sozialdemokrat Arbeitsminister war. Und darüber hinaus geht es politisch gegen die ganze Reichsregierung! (Stürmische Zustimmung links.)

Es handelt sich hier um eine offene Rebellion einer kleinen machtlüsternen Unternehmergruppe gegen Staat und Gesetze.

Wie würden wohl die Gesetzesverächter von rechts, wenn der Fall umgekehrt läge, nach der Staatsautorität schreien. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Alle Anzeichen deuten jetzt schon darauf hin, daß die Unternehmer kampfesmüde sind, nachdem sie mit einer Frivolität ohnegleichen diese Auseinandersetzung heraufbeschworen haben. Diese Herren sind einstmals bei der Ruhrbesetzung geflüchtet. Hinterher strömten sie da vor Dank aus, weil die Arbeiterschaft die Betriebe gerettet hat. Heute bedenken sie dafür dieselben Arbeiter mit Fußtritten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber die Einheit und Geschlossenheit der ausgesperrten Arbeiter wird den Kampf zu ihren Gunsten entscheiden. Ich hoffe dabei, daß auch die christlichen Gewerkschaften bis zuletzt durchhalten werden und an diesem Fall erkennen mögen, daß es einen Klassenkampf gibt, der von oben her rücksichtslos und brutal geführt wird. **Die gesamte deutsche Arbeiterschaft steht hinter den Ausgesperrten, und es wird ihr kein Opfer groß genug sein, um ihnen in diesem aufgezwungenen Kampfe zu helfen.**

Die Kommunisten haben sich zwar heute wieder bemüht, den Sozialdemokraten neben den Unternehmern die Schuld an der Aussperrung in die Schuhe zu schieben. Es ist überflüssig, diese Angriffe zu widerlegen. Wenn die Unternehmer Mitschuldige haben, so sind es die Kommunisten, die durch ihre Spaltungstaktik und durch ihre ewige Zellenbauerei die Gewerkschaften gelähmt haben. Eine Einheitsfront mit Moskau kann es in diesem Kampfe nicht geben.

Abg. Dr. **Deerberg** (Dnat.): Es ist nicht richtig, von einer Rebellion der Unternehmer gegen die Gesetze zu sprechen. Der Schiedsspruch, der erst am 1. November in Kraft treten sollte, mußte deshalb ins Leere fallen, weil die Unternehmer bereits am 13. Oktober zum 31. Oktober den Arbeitern gekündigt hatten. Es handelt sich weder um eine Auflehnung gegen den Staat noch um politische Motive.

Abg. **Hebborn** (Ztr.) behandelte eingehend die Rechtsfrage.

Abg. **Woztkowski** (Komm.) betonte, die Arbeiterschaft werde nicht eher in die Betriebe zurückkehren, bis die 15 Pf. Lohnerhöhung durchgesetzt sind.

Regierungswechsel in Lettland

Riga, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Lettlands neues Parlament eröffnet. Als Vorsitzender wurde Sozialdemokrat Dr. Paul Kalnin wiedergewählt. Die Regierung erklärte ihren Rücktritt.

Chlorodont beseitigt üblen Mundgeruch u. täglich gefärbten Zahnbelag

Das Reichsbanner zum Eisenkonflikt

Ein Aufruf für die Ausgesperrten

Der Vorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erläßt an alle Kameraden im Reiche folgenden Aufruf:

„In wenigen Tagen jährt sich zum 10. Mal der Tag, da das deutsche Millionenheer — bewährt in mehr als vierjährigem Kriege — sich weigerte, für die Aufrechterhaltung des alten Obrigkeits- und Fürstenstaates zu kämpfen und zum Geburtshelfer für die Deutsche Republik wurde. Das deutsche Kriegsheer und die Deutsche Republik sind untrennbar miteinander verbunden. Wer die Republik lästert, der beschimpft das alte Heer.

Wer den feldgrauen Rock trug, ist vor der Geschichte verantwortlich für den 9. November 1918. Beschimpfen des neuen Staates, die nachträgliche Gegnerschaft zu ihm, das Abrücken von den „Novemberverbrechern" entbindet die Generation der Frontsoldaten nicht von der Verantwortlichkeit für die Deutsche Republik und die Zukunft des deutschen Volkes.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der Kriegsteilnehmer und Republikaner, steht zur Deutschen Republik und wird sie gegen jeden Angreifer verteidigen. Auch dann, wenn die Angreifer ehemalige Kameraden sind, die sich von machtlüsternen plutokratischen Gruppen mißbrauchen lassen, wie es beim Kapp-Putsch und im November 1923 der Fall gewesen ist.

Wir stehen wider die Kreise, die in diesen Tagen zu einem Schlage gegen die Staatsautorität ausgeholt haben. Mit ganzem Herzen sind wir bei unseren Kameraden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die arbeitslos gemacht wurden, weil eine Gruppe von Unternehmern die Autorität von Staat und Gesetz nicht anerkennen will. Wir fordern von der deutschen Reichsregierung, daß sie von den Herren der Schwerindustrie Achtung und Gehorsam vor den Gesetzen der Republik erzwingt.

Wir wissen, daß die organisierten Gegner der Republik wieder einmal eine günstige Gelegenheit wittern und sich zum Angriff bereit machen. Sie hoffen, daß Unruhen im Industriegebiet den Vorwand bieten, den „schwachen Staat" zu beseitigen. Wir wissen aber auch, daß überall im Reiche unsere Kameraden wachsam sind und sich bereit halten, um zu jeder Stunde einen Ruf der verfassungsmäßigen Staatsorgane Folge leisten zu können. **Es gibt keinen November 1923 mehr!, denn wir sind wachsam und gerüstet!**

Wir treten ins zehnte Jahr der Republik. Noch ist der junge Staat bedroht, noch ist seine ruhige friedliche Entwicklung nicht gesichert. Noch braucht der Staat die Hilfe der ehemaligen Kriegsteilnehmer. Unsere Mission ist noch nicht erfüllt. Wachsam und treu wollen wir unseren Dienst an der Deutschen Republik jetzt und auch in Zukunft versehen.

Magdeburg, den 5. November 1928.

Der Bundesvorstand. J. A.: Hörsing, Bundesvorsitzender.

Die sächsische Regierung bleibt

Dresden, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstag-Sitzung des Sächsischen Landtages, der ersten nach den Sommerferien, wurden ein kommunistischer Auflösungsantrag und ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Regierung Heldt mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien und den Stimmen der Abgeordneten der Alten Sozialdemokratischen Partei gegen die Stimmen der kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt. Die vorausgehende Debatte hatten die kommunistischen Redner in der üblichen Weise vor allem zu Angriffen gegen die Sozialdemokratie benutzt, die von dem sozialdemokratischen Redner Abg. Böchel gebührend beantwortet wurden.

Endlich!

Die neue Regierung in Thüringen gewählt

Weimar, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Landtagssitzung am Dienstag wurde die von dem Volksparteiler Bauer vorgelegte Ministerliste, die sich mit dem bisherigen Ministerium bis auf den Justizminister Leutheuser deckt, mit 28 Stimmen der Rechten und Dinters angenommen. Dagegen stimmten bei vollbesetztem Hause 27 Sozialdemokraten, Kommunisten und der einzige nationalsozialistische Abgeordnete; der Sparer enthielt sich der Stimme. Die Regierung hat also eine Mehrheit von einer Stimme erhalten.

Die Nacht nach dem Verrat

Roman von Liam O'Flaherty

Aus dem Englischen übertragen von H. Hauser

(Deutsche Rechte bei Th. Knaur Nachf. Verlag, Berlin W. 50.)

(Nachdruck verboten)

27]

„Rasse Leute", murmelte der Italiener plötzlich und machte eine höfliche Geste mit den Händen, um die große Zahl der Anwesenden und die Natur seines Verdachts anzudeuten.

„Schon in Ordnung", murrte Gypo. „Zähl' sie, wie du die Portionen ausgibst. Ich zahl' schon. Mach' dir man keine Sorgen. Zurück da!"

Er hatte dagestanden, die Handflächen gegen den mit Marmor belegten Ladentisch gelehnt. Jetzt mußte er, um seine Hand in die rechte Hosentasche zu bringen, erst einen kleinen Mann hochheben und ihn zwischen zwei Weiber quetschen, die sich hinter ihren Tüchern verkrochen. Dann steckte er die Hand in die Tasche und fingerte nach einem Bündel Scheine. Ihre bloße Berührung sandte eine Welle von Erinnerungen durch seinen Körper. Ein leichter Schauder rann ihm, beinahe spürbar wie eine kalte Brise an einem heißen Ort, über den Körper, bevor er ihm ins Gehirn drang. Der Gedanke an den Ursprung der Scheine stachelte ihn einen Augenblick. Er erinnerte sich der fetten, weißen Hand, in einem sorgfältig gebürsteten blauen Aermel steckend, die ihm über ein Pult hinweg die Scheine gegeben hatte, und an die eisige Stimme: „Sie werden zwanzig Pfund hierin finden. Gehen Sie."

Aber nach dem ersten Schrecken kräuselte er leicht seine dicke Oberlippe und leckte sie mit der Zungenspitze. Die Bewegung seines Mundes sah wie ein Grinsen aus. Das Mädchen, das gerade in diesem Moment einen Blick auf ihn warf, fand, daß sein Starren auf sie gerichtet war. Sie ließ ein Frühstück in die Pfanne fallen, mit einem Ausruf in fremder Sprache. Aber Gypo sah sie nicht, obwohl er sie anstarrte. Er bemühte sich, mit seinen dicken, klobigen Fingern einen einzelnen Geldschein aus der Rolle herauszuholen, ohne die Rolle aus der Tasche zu ziehen. Schließlich gelang ihm das Vorhaben. Er grunzte, beförderte einen einzelnen Schein hervor und hielt ihn hoch: „Hier ist dein Geld. Das wird wohl langen. Her mit dem Frutz."

Der Italiener lächelte augenblicklich und fing an, die Portionen in die gierigen Hände auszuteilen, die sich danach ausstreckten. Er zählte dabei laut: „Eins, zwei, drei, vier . . ."

Sofort erhob sich ein Aufruhr. Leute jagten zur Tür herein und drängten sich vor, um ihren Teil zu bekommen. Jene, die ihre Portion schon hatten, drängten nach der Straße, das Essen in dem dampfenden, fettriefenden Papier in den Händen. Zank erhob sich, Lärm erfüllte den Laden. Dann brachte ein großer Dockarbeiter den Aufruhr auf den Gipfel, indem er mit trunkenem Johlen seinen schweren Stiefel durch die Bretterwand der Theke stieß. Er lag über dem Ladentisch, lachend wie ein Verrückter, und griff mit beiden Händen nach dem Mädchen, das erschrocken zurückwich. Der Italiener stieß einen Schrei des Schreckens aus.

Gypo wandte sich gegen den Mann, hob ihn am Rücken in die Höhe und brüllte: „Sei ruhig!"

Die beiden Worte hallten durch den Laden wie zwei Felsen, die von gegenüberliegenden Klippen in eine Schlucht stürzen und aufeinanderprallen mit zwei verschiedenen Geräuschen, dem schweren, dicken Klang des Zusammenpralls und dem lauten Prasseln, wenn ihre zersplitterten Fragmente klirrend durch die Luft fliegen.

Die beiden Worte waren kaum zur Tür hinaus in die Nacht gedrungen, als allgemeines Schweigen entstand. Ein Mann hielt im Essen inne, als seine Lippen an einer Gräte saugten.

„Nun, macht weiter", fuhr Gypo fort, „aber macht keinen Krach wie 'ne Rotte Kannibalen. Beschämt nicht euer Land. 's könnte einer denken, ihr hättet ein Jahr lang nichts zu fressen gekriegt."

Dann wandte er sich selbst der Theke zu und fragte den Italiener, wie viele Portionen er ausgegeben habe. Es waren vierundzwanzig. Er warf die Pfundnote hin. „Zieh' drei Portionen mit ab für mich selber."

Dann schob er seinen Hut zurück, zog ein Papier mit Speise an sich heran und begann zu essen. Wortlos hielt der Italiener den Geldschein gegen das elektrische Licht und prüfte beide Seiten mehrere Male. Dann nickte er mit dem Kopf und öffnete seine Kasse.

Auch Mulholland hatte den Nacken vorgestreckt, um den Schein zu besichtigen. Er hatte die ganze Zeit über schweigend und unbeweglich im Winkel der Tür gestanden. Sobald er die Pfundnote erblickte, drängte er hinein und beugte sich über die Köpfe der Leute, um sie sich anzusehen. Ein Nachbar bemerkte ihn, ein zerlumpter, kleiner Bursche, der den Grund von Mulhollands Neugier falsch verstand.

„Hast du noch nichts abbekommen? Wenn nicht, ist's deine eigene Schuld. Komm, Mann. Steh nicht hungrig da. Geh hin an die Tonbank."

Mulholland zischte: „Laß mich in Ruh'. Ich brauch' kein Fressen. Laß los."

Der Kleine redete weiter: „Komm nur, geh hin, Mann, hast du nicht gehört, wie er gesagt hat, daß er 'ne Runde für alle ausgäbe? Komm nur."

„Laß los, sag' ich dir. Laß los. Ich will's nicht."

Aber seine Weigerung half Mulholland nichts. Je mehr er sich weigerte, um so entschlossener war der kleine Mann, daß er gefüttert werden sollte. Andere mischten sich ein, alle aus irgendeinem erstaunlichen Grund beflissen, daß Mulholland gefüttert werden sollte. Es sah so aus, als ob sie etwas Unpassendes und Ungehöriges in Mulhollands Weigerung fänden.

„Auf mich", schrie einer, „auf mich einer noch 'ne Portion mehr. Langt sie ihm hin."

„Jawohl, warum soll er sein Teil nicht haben wie jeder andere auch?"

„Laßt mich gehen", schrie Mulholland wütend, „laßt mich in Ruh', oder ich schlag' euch den Schädel ein."

Das gab der Sache ein anderes Gesicht. Es erhob sich ein Dutzend ärgerlicher Flüche.

„So, das willst du also, Streit willst du suchen!"

Von hinten schrie einer, der sich vorwärts drängte: „Weg da, laßt mich auf ihn!"

Mulholland versuchte aus der Tür zu kommen, aber sie hielten ihn fest.

„Was zum Teufel ist denn nur los?" donnerte Gypo näherkommend.

Augenblicklich stockte das Handgemenge. Gypo sah sich Kopf gegen Kopf Mulholland gegenüber. Er sah Mulhollands kleine Augen sprühend und funkelnd wie die Augen einer von Hunden gestellten Katze. Während eines gespannten Augenblicks kämpfte Gypo mit dunklem Argwohn. Plötzlich wandelte sich der Ausdruck von Mulhollands Gesicht zu einem Zug von schlauer Intimität. Seine Züge, nicht mehr finster und rachsüchtig, schienen zu sagen: Wir sind Mitglieder der Organisation, du und ich. Schaff' mir das Gesindel vom Hals. Gypo erinnerte sich augenblicklich an Gallaghers Versprechen. Er blickte mit gutmütiger Herablassung auf Mulholland: Ha, dachte er, der Bursche kann von Nutzen sein.

(Fortsetzung folgt.)

Montag erste Sitzung des Reichstages

Auch im Reichstag eine Debatte über den Eisenkampf bevorstehend

Der Aeltestenrat des Reichstags hat am ienstag früh den Beschluß gefaßt, daß der Reichstag schon u Montag, den 12. November zusammenberufen erden soll, um über den Konflikt in der nordwestutschen Eisenindustrie zu debattieren. Es liegt reits eine kommunistische Interpellation und ein kommuistischer Antrag vor und bis zum Montag werden auch sozialemokratische Anträge und solche der Zentrumspartei m Hause unterbreitet sein. Daß die Kommunisten auch diese elegenheit nicht vorübergehen lassen, in ihrer Interpellation e „arbeiterfeindliche Politik" der Reichsregierung und die rbeiterfeindlichen Schiedssprüche" des Arbeitsministers Wissell nzugreifen, versteht sich von selbst. Sozialdemokraten d Kommunisten sind im Aeltestenrat dafür eingetreten, den eichstag bereits am Donnerstag zusammentreten zu ssen. Da aber die übrigen Parteien der Meinung waren, daß s in Anbetracht der Kürze der Einberufungszeit unmöglich , einigte man sich auf den Montag. Zum Sprecher der ozialdemokratischen Fraktion in der Debatte, ren Dauer auf zwei Tage berechnet wird, ist Abg. Brandes, orsitzender des Deutschen Metallarbeiterrbandes, bestimmt. Ueber den Wortlaut der Anträge ird man sich mit dem sozialpolitischen Fachausschuß der aktion, der ohnehin am Donnerstag versammelt ist, verndigen.

Donnerstag, den 15. November, wird dann auf der gesordnung des Reichstages eine Erklärung der eichsregierung über die auswärtige Politik hen. Sie wird von dem wieder in sein Amt zurückkehrten Minister Stresemann abgegeben werden. e Diskussion über diesen Gegenstand dürfte ebenfalls zwei ge dauern. Für den 19. November ist die Debatte über den zialdemokratischen Antrag zur Einstellung des Panzerffbaues vorgesehen. Einstweilen ist so disponiert, daß s Parlament am 15. Dezember in die Weihnachtsferien gehen l. Im Aeltestenrat wurde der Wunsch ausgesprochen, vorher ch die erste Lesung des Etats vorzunehmen. Die füllung dieses Wunsches wird aber im wesentlichen davon abngen, ob die Verhandlungen über die Schaffung einer Reerung der Großen Koalition, die bekanntlich nach der Entidung über den Panzerkreuzer neu in Angriff genommen erden sollen, rechtzeitig beendet sind.

Mildes Urteil im Kyritzer Landbundprozeß

Kyritz, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute vorittag wurde vom Gericht im Kyritzer Landbundzeß folgendes Urteil verkündet: 42 Angeklagte werden igesprochen, unter anderen der Geschäftsführer des Kreisndbundes, v. Jena, sowie die Angeklagten Schulte, Lindau, Krüger und Frau v. Klitzing. Dagegen rden verurteilt: Major v. Cordes, Diercke, Baade und ietz zu je vier Monaten, Staffehl, Lieberenz, Langf, Wiegel, Winter, Uhlig, Däbel und Uhrck zu drei Monaten, Kleine zu sechs Monaten und außerdem gen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und öffentliche Bedigungen zu 130 und 50 Mark Geldstrafe. Die beleidigten amten, Finanzamtleiter Regierungsrat Reinhold, die erwachtmeister Preußer, Weber und Specht erhalten s Recht, das Urteil durch Aushang an der Gerichtstafel zu blizieren. Die Vollstreckung der Urteile wird auf zwei hre Bewährungsfrist ausgesetzt. Die Angeklagten ben gemeinsam den angerichteten Schaden zu erzen. Zurückgewiesen wird der von dem Nebenkläger Polizeiachtmeister Müller erhobene Anspruch auf Buße, weil das richt nicht feststellen konnte, wer ihn verletzt habe. Darauf olgte eine sehr ausführliche Urteilsbegründung, in der Vorsitzende unterstrich, daß als mildernd für die Strafmessung die in der Landwirtschaft herrschende Not angegeben rden müsse. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß Führer des Landbundes einen ruhigen Verlauf der monstration erwartet hätten. Es könnte nicht nachgewiesen rden, daß der nach § 115 notwendige „gemeinsame Wille der enge" vorhanden gewesen ist. Ferner könnte keinem der Anklagten Rädelsführerschaft nachgewiesen werden, da niemand nerhalb der Zusammenrottung eine Führerrolle gespielt habe. gegen stellte das Gericht fest, daß der Angeklagte Cordes nicht nügend Vorbereitungen getroffen hatte, um Ausschreitungen Menge, deren gereizte Stimmung er kannte, von vornherein verhindern. Ebenso wie der Angeklagte Staffehl habe auch Angeklagte Cordes viele Aeußerungen getan, die beruhigend wirken mußten. Es konnte der Nachweis geführt rden, daß die Angeklagten Wietz, Diercke und Lieberenz Steine worfen haben, jedoch konnte nicht festgestellt werden, daß gerade ese Steine die Zerstörungen angerichtet haben. Schließlich r dem Angeklagten Kleine nicht nachzuweisen, daß er den lizeiwachtmeister Müller geschlagen hat. Das Gericht hat ferner terstellt, daß bei den außerordentlich schlechten Verhältnissen Landwirtschaft das Erscheinen der Schutzpolizei in diesem lle sehr erregend auf die Menge gewirkt hatte. Es sei auch cht ausgeschlossen, daß von den Schutzpolizisten beleidigende ußerungen laut geworden seien. Sämtlichen Verurteilten urde Bewährungsfrist von zwei Jahren gewährt und Geldbußen n 100 bis 500 Mark auferlegt.

Schlechte Arbeit des Rechtsausschusses

Immer neue reaktionäre Beschlüsse zur Strafrechtsreform

Berlin, 6. November. (Eigener Bericht.) Der Strafsetzausschuß des Reichstages beriet am Dienstag nächst die Bestimmungen, die für den Fall vorgesehen sind, daß mand mit derselben Tat mehrere Strafgesetze verletzt oder durch e Tat sich gegen dasselbe Strafgesetz sich mehrmals vergeht. Der setzentwurf sieht vor, daß in solchem Falle das Höchstmaß r Strafe, das in dem anzuwendenden Strafgesetz vorgesehen ist, m die Hälfte überschritten werden darf. Gegen diese letzteren estimmungen wendete sich Abg. Dr. **Marum**, indem er namens er Sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag egründete, der in den Fällen, in denen jemand durch eine andlung mehrere Strafgesetze verletzt hat, diese Erhöhung des Strafmaßes nicht eintreten soll. Abg. Marum führte aus, daß der äter sich im Augenblick der Tat keine Vorstellung darüber mache, b er durch seine Handlung gleichzeitig mehrere Paragraphen erletze. Wenn zum Beispiel bei den meist fahrlässigen Automobilsammenstößen die Körperverletzung eines Menschen bedacht erde, so werde meistens auch gleichzeitig eine Straßenpolizeierordnung verletzt sein. Das dürfe kein Grund sein, die Strafe erhöhen. Auch Abg. **Landsberg** (Soz.) wendete sich gegen den orschlag, den der Gesetzentwurf enthält. Er erklärte die von iesem getroffene Regelung für nicht billig und bat ebenfalls um ie Annahme des sozialdemokratischen Antrages. Dieser wurde lsdann mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Herr Kahl timmte mit der Linken, Frau Lüders (Dem.) enthielt sich der bstimmung.

Der Ausschuß trat dann in die Beratung der Strafemessungsgründe ein. Nach dem Gesetzentwurf hat das Gericht bei Bemessung der Strafe hauptsächlich abzuwägen, inwieweit die Tat auf einer verwerflichen Willensrichtung des Täters und inwieweit sie auf Umständen beruht, die dem Täter nicht zum Vorwurf gereichen. Es soll dabei berücksichtigen, die Beweggründe und den Anreiz zur Tat, den Zweck, die Nachhaltigkeit des zur Tat aufgewandten Mittels und die angewandten Mittel, das Maß der Einsicht des Täters, sein Vorleben und seine Verhältnisse, die verschuldete Folge der Tat und das Verhalten des Täters nach der Tat.

Abg. **Sollmann** (Soz.) begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der es dem Richter nicht anheimstelle, sondern den Richter zwingen will, in allen Fällen zu prüfen, ob einzelne Strafmilderungsgründe vorhanden seien. Außerdem will ein sozialdemokratischer Antrag statt des Wortes „verwerflich" das Wort „verbrecherisch" setzen.

Abg. Sollmann führte aus, daß eine Besserung des Verhältnisses zwischen Volk und Rechtsprechung unbedingt notwendig sei. Dazu werde beitragen, wenn die Richter durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages gezwungen würden, soziale Gesichtspunkte bei der Beurteilung der Tat mehr als bisher zu berücksichtigen. Bleibt es bei der Formulierung „verwerfliche Gesinnung", so ist die Gefahr eines Mißbrauches nicht überwunden, denn dann begebe man sich auf das Gebiet der allgemeinen Moral, die sehr verschieden werde definiert werden, je nach der Persönlichkeit und Auffassung des betreffenden Richters. „Verwerflich" sei eine Handlung, die vom Standpunkt des Staates und des sozialen Zusammenlebens zu verwerfen sei. Wann eine solche Handlung vorliege, hänge für jeden Beurteiler von seiner Stellung zum Staate ab. Damit käme man zu einem recht schwankenden Begriff. Es sei die Gefahr, daß die Richter einem Angeklagten eine Gesinnung anreiben könnten, die mit der Tat gar nichts zu tun habe. Selbst der Richter, der sich bemühe, gerecht zu sein, werde durch seine konfessionellen, kulturellen und politischen Auffassungen mitbestimmt. Damit würde die Rechtsprechung unberechenbar. Es sei dringend zu wünschen, daß mit der Abstellung auf die verbrecherische Willensrichtung eine bessere Vorschrift eingeführt werde. Die Mußvorschrift sei erforderlich, weil man zu den Richtern nicht das Vertrauen haben könne, daß die Milderungsgründe hinreichend berücksichtigt werden. Nicht alle Richter seien von modernen Auffassungen erfüllt. Würden aber die Richter durch die von der Sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagene Bestimmung zur Nachprüfung gezwungen, so würde ein besseres Verhältnis zwischen Richter und Volk geschaffen werden können.

Ministerialdirektor Bumke erklärte sich mit den Auffassungen, die in den sozialdemokratischen Abänderungsanträgen niedergelegt sind, durchaus einverstanden. Auch er wünsche, daß das Gericht sich in jedem einzelnen Falle darüber klar werde, welche Umstände vorliegen, die für die Strafbemessung maßgebend seien. Auch die Regierung wünsche, daß eine Nachprüfung in der Revisionsinstanz möglich sei, wenn ein Verstoß vorkomme. Der sozialdemokratische Antrag könne aber leicht zu einer Schematisierung führen und deshalb könne die Regierung sich nicht für ihn aussprechen.

Abg. **Saenger** trat für den sozialdemokratischen Antrag ein, da nur durch ihn die höchstmögliche Garantie geschaffen werde, daß jeder Richter in jedem Falle alle Strafbemessungsgründe hinreichend prüfe.

Abg. **Lobe** trat für den sozialdemokratischen Vorschlag auf Schaffung einer Muß-Vorschrift ein, wobei er der Auffassung derjenigen entgegentrat, die meinten, daß die Richter auch die Vorschriften sorgfältig immer beachten, die ihnen nur als Soll-Vorschriften gegeben sind. Er erklärte, daß er aufgrund seiner Erfahrungen als Mitglied des Reichsgerichts das Zutrauen nicht haben könne, daß der Richter die Sollvorschriften beachte. Im Drange der Geschäfte und oft aus Bequemlichkeit und Nachlässigkeit werden Sollvorschriften einfach nicht beachtet.

Justizminister **Koch** wies darauf hin, daß die durch den sozialdemokratischen Antrag gegebenen Anregungen im Einführungsgesetz, das neue Bestimmungen über den Strafprozeß bringen würde, gewürdigt würden.

Abg. **Saenger** erklärte demgegenüber, die Aufnahme der sozialdemokratischen Vorschläge in das Strafgesetz sei notwendig, um völlige Sicherheit zu schaffen.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt!

Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit den Grundsätzen für die Bemessung der Geldstrafen. Abg. **Saenger** begründete einen sozialdemokratischen Zusatzantrag, der noch ausdrücklich ausgesprochen wissen wollte, daß bei der Bemessung einer Geldstrafe auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters zu berücksichtigen seien. Saenger hob hervor, daß ein reicher Mann, der noch dazu aus Geldsucht handele, ganz anders bestraft werden müsse als ein Unbemittelter. Ueberhaupt dürfe ein Minderbemittelter niemals zu einer Geldstrafe verurteilt werden, die er nicht bezahlen kann.

Justizminister Koch erwiderte, daß er sich in voller Uebereinstimmung mit den Gesichtspunkten befinde, die Abg. Saenger hervorgehoben habe. Es sei aber nicht immer erforderlich, dies ausdrücklich in das Gesetz hineinzuschreiben, da es schon in der Vorschrift des § 69 enthalten sei.

Nachdem dies als Meinung des ganzen Ausschusses festgestellt worden war, konnte der sozialdemokratische Antrag zurückgezogen werden. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Beratungen über die Rheinlandräumung

In Paris finden, wie wir hören, dieser Tage entscheidende Besprechungen über die Modalitäten der Räumung der zweiten Zone statt, in der Voraussicht, daß diese Frage akut werden wird. Herr Tirard, der französische Oberkommissar, ist in Begleitung der kommandierenden französischen Generäle der Besatzungsarmee in Paris eingetroffen, um mit General Foch und dem französischen Kriegsminister alle mit der Räumung zusammenhängenden Fragen zu besprechen. Die französischen Generale der Besatzungsarmee sehen die Räumung der zweiten Zone als strategisches Problem an und vertreten demgemäß den Standpunkt, daß ohne Sicherung die dritte Zone strategisch „in der Luft schwebt", wenn die Besatzungstruppen die zweite Zone nicht mehr besetzt halten.

Ernste Krise in Rumänien

Die Bauern verlangen mit Gewalt eine Regierung Maniu

Bukarest, 7. November. (Eigener Funkbericht.)

In Siebenbürgen hat eine Bewegung eingesetzt, die die Betrauung Manius, des Führers der Nationalen Bauernpartei, mit der Regierungsbildung fordert. Aus Klausenburg wird berichtet, daß die Bauern aus der Umgegend in die Stadt kommen und immer neue Demonstrationen veranstalten. Große Bauerngruppen sind beim Polizeipräfekten von Klausenburg erschienen und haben Rechenschaft von ihm gefordert, weil er das Blatt der Nationalen Bauernpartei „Patria" zensuriert hat. Der Polizeipräfekt mußte militärische Hilfe in Anspruch nehmen, um die Bauern fortzubringen. Auch in anderen Städten Siebenbürgens strömen die Bauern in Massen zusammen. Nicht nur in den Dörfern, sondern auch in den kleinen Provinzstädten wird eine Regierung Maniu, die keine Uebergangsregierung sein soll, gefordert.

Ganze Züge, die nach Hermannstadt fahren, werden von den Bauern bestiegen und mit Beschlag belegt, ohne daß der Fahrpreis gezahlt wird und die Zugführer werden einfach gezwungen, die Bauern nach Hermannstadt zu bringen. Sie erklären, daß sie dort große Demonstrationen veranstalten wollten, um durchzusetzen, daß Maniu mit der Regierungsbildung betraut wird.

Parlamentseröffnung in England

Eine magere Thronrede — Scharfe Angriffe der Arbeiterpartei gegen die Regierung

London, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die letzte Session des gegenwärtigen Parlaments und die letzte Session der Regierung Baldwin, falls sich die wohlberechtigten Hoffnungen der Arbeiterpartei erfüllen sollten, wurde am Dienstag mit aller traditionellen Feierlichkeit eröffnet. Die vom König verlesene Thronrede war ungewöhnlich kurz. Sie begann mit der Feststellung, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und den auswärtigen Mächten weiter freundlich seien. Die Regierung habe gemäß ihrer bisherigen Politik auch während der jüngsten Vergangenheit den Völkerbund nach Kräften unterstützt und besonders versucht, dem § 8 des Völkerbundsstatuts im Hinblick auf die Herabsetzung der Bewaffnung des Landes nachzukommen. Mit Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan sei eine Einigung über die Notwendigkeit der Aufnahme von Verhandlungen zum Zwecke der Festsetzung der endgültigen Reparationssumme zustandegekommen; es sei des ferneren von Großbritannien anerkannt worden, daß Verhandlungen bezüglich der Räumung des Rheinlandes aufgenommen werden sollten. Hinsichtlich China stellt die Thronrede fest, die Bestrebung des Landes, eine zentrale Regierung zu schaffen, sei von großer Bedeutung, nicht nur für die Sicherheit der britischen Staatsbürger in China, sondern für den Frieden der Welt. Der in Vorbereitung befindliche Militäretat würde unter Berücksichtigung des Zwanges der Sparsamkeit entworfen. Die Thronrede zählt weiter die in der kommenden Parlamentssession geplanten gesetzlichen Maßnahmen, darunter die Arbeitslosenversicherung und die Reform der lokalen Selbstverwaltung auf.

In einer unmittelbar nach Verlesung der Thronrede abgehaltenen Sitzung der Arbeiterpartei wurde beschlossen, eine Reihe von Verbesserungsanträgen einzubringen, in denen das Versagen der Regierung in der Frage der Behebung der Arbeitslosigkeit, sowie die Untätigkeit der Regierung bei der Behebung der wirtschaftlichen Krise getadelt und das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die Regierung das geplante Fabrikgesetz nicht einzubringen gedenke. Die Arbeiterpartei wird ferner einen Antrag einbringen, in dem das anglo-französische Flottenkompromiß einer scharfen Kritik unterzogen wird, das als ein „erstes Abweichen vom Geiste und Zweck des Völkerbundes" bezeichnet wird, das geeignet sei, „den Erfolg des Kriegsächtungspaktes in Frage zu stellen und die Verwirklichung eines dauernden Friedens durch internationale Entwaffnung hinauszuschieben."

Die erste Debatte des Unterhauses wurde durch eine Rede Ramsay Macdonalds eröffnet, in der der Führer der Arbeiterpartei die Regierung wegen ihrer inner- und außenpolitischen Haltung aufs schärfste angriff, auf das Fehlen jeglicher Bemerkung auf das anglo-französische Flottenkompromiß in der Thronrede hinwies und den Ministerpräsidenten zu einer sofortigen Stellungnahme aufforderte. Die Sitzung wurde hierauf auf Antrag der Arbeiterpartei vertagt, um dem Ministerpräsidenten Zeit und Gelegenheit zu geben, eine Erklärung über die Vorgänge bei Abschluß des Flottenkompromisses abzugeben.

Die Autonomisten vor der französischen Kammer

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Eröffnungssitzung der Kammer, die am Dienstag mittag unter lebhafter Erregung erfolgte, brachte gleich einen Zwischenfall. Nach dem üblichen Nachruf auf die verstorbenen Abgeordneten, wobei er besonders des verunglückten Handelsministers Bokanowski eingehend gedachte, stellte der Kammerpräsident Buisson den Antrag der alten Regierung zur Debatte, wonach die beiden autonomistischen Abgeordneten Ricklin und Rossé ihrer Abgeordnetenwürde entkleidet werden sollten. Als Begründung war angeführt, daß ihre Verurteilung in Colmar die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge gehabt habe. Sofort erhob sich der elsässische Abg. Walther und verlangte volle Amnestie für alle verurteilten Autonomisten. Bei den letzten Generalratswahlen habe das Elsaß Ricklin und Rossé wieder sein vollstes Vertrauen ausgesprochen. Es wäre ein Unrecht und eine furchtbare Ungeschicklichkeit, die beiden Abgeordneten nun ihres Amtes zu entsetzen. Das Elsaß habe, so erklärte Walther unter heftigen Protesten der Versammlung, kein Vertrauen mehr zu der Regierung Poincaré gehabt. Solle es nun auch das Vertrauen zum französischen Parlament verlieren? Der kommunistische Abg. Berthon suchte Walther zu unterstützen. Die Regierung, die den Antrag gestellt habe, existiere nicht mehr, daher sei auch ihr Antrag hinfällig. Trotz allem beschloß die Kammer, den Antrag auf Ausschluß von Ricklin und Rossé der zuständigen Kommission zu überweisen.

Belgien und die Reparationsfrage

Mit unabhängigen Sachverständigen einverstanden

Brüssel, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat beschäftigte sich am Dienstag eingehend mit der Reparationsfrage. Außenminister Hymans berichtete über gewisse Mitteilungen, die ihm von den belgischen Botschaftern in London und Paris zugegangen sind, sowie über den Besuch, den der deutsche Gesandte in Brüssel ihm am Montag abend abstattete. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die belgische Regierung entgegen gewissen bisherigen Behauptungen keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einsetzung unabhängiger Sachverständiger hat, zumal über deren Vorschläge schließlich doch die Regierungen zu entscheiden hätten. Die belgische Antwort an Deutschland soll unverzüglich abgehen, nachdem noch einige außenstehende Punkte zwischen Paris und Brüssel geregelt worden sind, da der belgischen Regierung daran liegt, gegen Deutschland eine gemeinsame Front zu zeigen. Es wird bestätigt, daß der belgische Sachverständige Francqui sein wird. Falls dieser aus Gesundheitsgründen ablehnt, dann käme Theunis, Vandervyvere oder der Präsident der Nationalbank, Franck, in Betracht.

Oesterreich tritt dem Kelloggpakt bei

Wien, 6. November. (Eig. Drahtbericht.) In der Dienstagsitzung des Nationalrats wurde die Regierungsvorlage über den Beitritt Oesterreichs zum Kellogg-Pakt einstimmig angenommen. Im Namen der Sozialdemokraten gab Dr. Ellenbogen die Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten in Uebereinstimmung mit der gemeinsamen Auffassung aller sozialistischen Parteien für den Beitritt zum Pakt stimmen werden. Sie gäben sich aber keinen Illusionen darüber hin, daß die Aechtung des Krieges im Munde imperialistischer Regierungen nichts als eine heuchlerische Phrase ist. Auch Oesterreich hat das bereits erfahren. Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Paktes in Paris hat die französische Regierungspresse mit schamloser Offenheit Oesterreich mit dem Kriege bedroht, falls das deutsch-österreichische Volk von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen und den Anschluß an Deutschland vollziehen sollte. Andererseits hat auch Ungarn seine Bereitwilligkeit, den Kellogg-Pakt zu unterzeichnen, mit einem Vorbehalt erklärt, der zeigt, daß die ungarische Regierung nicht darauf verzichten will, ihre chauvinistischen Pläne mit kriegerischen Mitteln zu verfolgen, eine Erklärung, die für die österreichische Republik eine Bedrohung des Friedens ist.

Stadt-Theater
(Opernhaus).
Mittwoch
20 bis gegen 2 ¼ 3 Uhr
5. Abonn.-Vorst. Serie G
Der Barbier von Sevilla
Donnerstag
20 bis 22 45 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor. 8138
Freitag
20 bis nach 22.30 Uhr:
5. Abonn.-Vorst. Serie H
Der Waffenschmied.

Schauspielhaus
Operettenbühne — Tel. 36300
Täglich 20 Uhr:
„Die Herzogin von Chicago" 8157
Sonntag nachm. 15½ Uhr:
Prinzessin Li-Li-Ba.
Dienstag 20 Uhr:
Zum 25. Male!
„Die Herzogin von Chicago"

LIEBICH
Theater
Täglich 8 Uhr
!? Dame ?!
und das große November-Programm mit für Breslau gänzlich neuen Varieté-Attraktionen
Tel: 34646

Lobe-Theater
Lessingstr. 8. Tel. 56747
Täglich 20,15 Uhr:
Kater Lampe
Komödie
von Emil Rosenow.
Sonntag 15,30 Uhr:
Der sensationelle Erfolg:
Der Prozeß Mary Dugan

Thalia-Theater
(Tel.: 56747) 8189
Täglich 20,15 Uhr:
Wie es euch gefällt!
Lustspiel
von William Shakespeare.
Sonntag 15,30 Uhr:
Zu kleinen Preisen!
Arm wie eine Kirchenmaus
Lustspiel v. Ladislaus Fodor

Victoria-Theater Tel. [illegible]
Täglich 8¼
Sensations- u. Ausstattungs-**Revue**
100 „Nackte Frauen" 8229
Gesamtl. Dir. Dollynelli

Pianos, neu v. 850.—, gebraucht von 400.—, **Sprechapparate Schallplatten** 5031
Bequeme Teilzahlung.
Martha Schmidt
Nikolaistraße 54/55.

Für Beamte u. Geschäftsleute
billig Mittags- u. Abendtisch
Altbüßerstraße 59, 1. Etg.

Küchen 1078
äußerst preiswert zu verkauf. Tischlerei Fürstenstraße 6. Auch Teilzahl.

Felix Kauser
MUSIKHAUS RING AM RATHAUS 26
Fernspr. 59065
BRESLAU
Schallplatten
Sprechapparate
bekannter Marken. 7750

Luna-Park
Breslau-Morgenau Tel. 55604
Endstation der Linie 4
Heute Mittwoch:
Der beliebte **Verkehrte Ball**
Morgen Donnerstag ab 4 Uhr:
Bunter Nachmittag
mit dem sensationell. Nov.-Programm
Täglich Tanz 18033

Bürgerpark Krietern
Endstation der Linie 2 (Südpark)
Heute Mittwoch: 1086
Verkehrter Ball!
Jeden Sonntag: **TANZ**

Bräuers Festsäle
Gabitzstraße 22 Inhaber: Paul Graefer
Heute Mittwoch: 8210
Verkehrter Ball
in beiden Sälen.
Für jede Dame eine süße Ueberraschung!

Fernsprecher 21737 u. 21739
Gediegene und zweckmäßige Ausführung aller Drucksachen preiswert in kürzester Lieferzeit
Druckerei
VOLKSWACHT
BRESLAU 2 Flurstraße Nr. 4-6

ASTORIA PALAST
Im Konzern der Schauburg A. G. :: Fürstenstraße 32
Breslaus neuestes und modernstes Lichtspielhaus mit Bühne
Donnerstag, 8. November
8½ Uhr
Eröffnungs-Fest-Vorstellung
Die glänzende
Film- und Bühnenschau
Das entzückende deutsche Großlustspiel:
Die Königin seines Herzens
Ein köstlicher Schwank mit
Liane Haid, Käthe von Nagy, Kurt Vespermann
Der Polizeiflieger von Californien
Ein Kriminal-Sensationsfilm
unter Mitwirkung der californischen Luftpolizei.
Auf der Bühne:
Wanda von Wunsch
Das neue Tanzwunder.
Ferner:
Eine lustige Vagantenfahrt am Rhein und an der Donau
ausgef. von dem beliebten Deutschen Solisten-Quartett.
Musik: Das „Astoria"-Orchester unter Kapellmeister Nowak
Ab Freitag Beginn:
Wochentags 5 Uhr, letzte Vorstellung 8¼ Uhr
Sonntags 3 Uhr, letzte Vorstellung 8¼ Uhr
Die Eröffnungs-Vorstellung ist völlig ausverkauft!
Vorverkauf für Freitag an der Theaterkasse.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Paletots, Mäntel und Anzüge
kaufen Sie preiswert im 8124
Leihhaus, Kupferschmiedestr. 32 I.

Spediteur-Jacken, prima nur **2.80**
G. Friedländer, Sonnenstr. 30

Zu Heckerle muß Du laufen, Da kannste billig kaufen 8202
Winterpaletots
beste Paßform prima Stoffe . **19.75**
Erich Heckerle
Friedrich-Wilh.-Str. 76

Ein Lebensbild von Friedrich Engels.
Der Jugend erzählt von Dr. Willi Cohn.
Preis 90 Pf.
Volkswacht-Buchhandlg.

Schlesischer Hof
Bischofstraße 4
Fünf elegante Festsäle
in den verschiedensten Größen / 20—500 Personen fassend / Bestellungen rechtzeitig erbeten
Voranzeige!
Im November 8135
Eröffnung
des
Bischof-Keller
Ausschank des durch Warenzeichen ges. gesch.
Bischof-Bräu
7/20 L — 27 Pf.
Anerkannt gute Küche / Billigste Bierkeller-Preise

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Trauerhüte
bekannt größte Auswahl, billigste Preise!
Hulda Siedner
Schmiedebrücke 15/16 7687
Ecke Kupferschmiedestr. u. Schmiedebrücke 12

Möbel
zu billigen Preisen auf bequemste
Teilzahlung
Gegründet 1893.
Hübner
Reuschestraße 2
Am Blücherplatz
Gegründet 1893

Lederjacken
69.—, 59.—, 49.— Mk. 8125
Lederkappen, Handschuhe
Lombard-Warenhaus L. Hamburger
Gartenstr. 26, geradeüber der Markthalle.

Fahrräder
Nähmaschinen
Sprechapparate
Platten 7055
auf Teilzahlung. Mk. 10 Anzahl., 2 Mk. wöchentl.
Max Horst Jr.
Steinauer Str. 12a.
(Bitte genau auf meine Adresse zu achten!)

Wohnungen
1 größere Stube
Extra-Eingang. 8151
gesucht für Dezember
in der Nähe Gräbschen oder Siedlung. Off. u. Gr. 415 an die Volkswachtbuchhandlung, Breslau 5, Neue Graupenstr. 5.

In der „Volkswacht" haben
Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Arbeitsmarkt
Tüchtige 8214
Anschläger
können sich melden
Michael Kaliski
Breslau 20.
Fröbelstraße 10.

Für die Redaktion verantwortlich: Rolf Neverkow; für die Anzeigen: Max Tokus. — Redaktion: Fränkelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 7. November 1928.

Die Siedlung „Neuland"

der Dewog für Beamte, Angestellte und Arbeiter

In Bischofswalde, zehn Minuten von der Endstation der Straßenbahnlinie 1 entfernt, ist an der Wilhelmshafener Straße gelegen, der erste Bauabschnitt der Siedlung „Neuland" im Erstehen begriffen, die von der Deutschen Wohnungsfürsorge Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, einem Unternehmen, an dem die Gewerkschaften beteiligt sind, errichtet wird.

Das Baugelände, auf dem sich die ersten vier Häuserblocks in einer Gesamtlänge von etwa 350 Metern erheben, war in diesem Sommer noch Getreidefeld. Erst Anfang August ist mit den Schachtarbeiten begonnen worden und schon heute sind die im ersten Bauabschnitt vorgesehenen Blocks bis zum Dachfirst fertiggestellt, so daß dieser Tage das Richtfest gefeiert werden konnte, aus welchem Anlaß die Neubauten reichen Fahnen- und Kränzeschmuck trugen. Die vier Häuserblocks, von denen der erste 100 Meter, die übrigen drei je 71 Meter lang sind, werden 21 Häuser mit 92 Wohnungen enthalten. Die zweistöckigen Hausfronten, die nur an den Enden jedes Blocks bis zum dritten Stockwerk hinaufgeführt werden, enthalten vier verschiedene Wohnungstypen, und zwar Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen im Gesamtausmaße von 51, 56, 65 und 73 Quadratmeter. Zu jeder Wohnung gehört eine Küche, Kammer, Bad, sowie Boden und Keller. Die größeren Wohnungen werden überdies mit einer von der Küche zu bedienenden Naragheizungsanlage ausgestattet, die ein Beheizen der ganzen Wohnung von einer Feuerungsstelle aus ermöglicht. Als recht praktisch werden sich auch die nicht vorspringenden in die Hausfront eingebauten Balkons erweisen, die hier zur Ausführung kommen. Zurzeit wird noch erwogen, ob sich nicht auch einzelne Kellerräume mit größeren Fenstern zu Aufenthaltsräumen für die Kinder der künftigen Bewohner herrichten lassen.

Diesem ersten Bauabschnitt, der mit den vier imposanten Häuserblocks eine Front der projektierten Grimmstraße bildet, sollen im nächsten Jahre weitere zehn Blocks folgen, die zum Teil die gegenüberliegende Straßenfront bilden sollen, zum Teil aber auch als Einfamilienhäuser hinter der jetzt errichteten Front gelegen und durch einen langen Block an der Wilhelmshafener Straße mit diesem verbunden werden sollen.

Die Bauhütte Breslau, die sämtliche Erd-, Maurer-, Zimmer-, Dachdecker- und Tischlerarbeiten ausführt, hofft, bei Anhalten der günstigen Witterung in drei Wochen die Außenarbeiten beenden zu können, so daß dann auch während der Wintermonate die Innenarbeiten weiter fortgeführt werden können und die vier Blocks im Februar, März und April bezugsfertig sein werden. Die schnelle und trotzdem sorgfältige Arbeit war nur möglich, weil fortgesetzt 120 Arbeitskräfte auf der Baustelle beschäftigt wurden, denen die modernsten maschinellen Errungenschaften der Bautechnik, laufende Bänder zum Sand- und Ziegelhochzug, Schubkarrenaufzüge und Mörtelmaschinen zur Verfügung standen.

Wenn auch, wie wir noch erfahren, die Mehrzahl der in diesem ersten Bauabschnitt errichteten 92 Wohnungen bereits vergeben ist, so ist doch die werdende Siedlung „Neuland" ein monumentales Wahrzeichen dafür, daß auch die Gewerkschaften bestrebt sind, der riesigen Wohnungsnot steuern zu helfen. Es war selbstverständlich, daß die Dewog den für den Arbeiter, Angestellten und Beamten erschwinglichen Wohnungstyp vollständig berücksichtigte und in der Mehrzahl Zwei- und Einzimmerwohnungen baute. Hoffentlich wird die Siedlung „Neuland" auch in dieser Beziehung ein nachahmenswertes Vorbild für die gesamten mit öffentlichen Unterstützungen arbeitenden Siedlungsunternehmen, die in dieser Beziehung ja nicht gerade besonders viel Verständnis für die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Kleinstwohnung gezwungenen Siedlungslustigen an den Tag gelegt haben.

* * *

Die Fertigstellung des ersten Häuserblocks wurde am Montag nachmittag bei Wittke durch ein Richtfest gefeiert, das die „Neuland" der gesamten Belegschaft des Baues bereitet hatte. Bei dieser Gelegenheit gab Genosse Ruffert einen kurzen Rückblick über die Entstehung der „Neuland", deren Bestrebungen, Wohnungen für die Arbeiterschaft aus eigenen Mitteln zu bauen, erst einen Anfang bedeuten, der, wenn auch von schwierigen Umständen begleitet, dennoch weitergeführt werden solle. Dazu bedürfe es allerdings der Solidarität und Mithilfe aller organisierten Arbeiter für die fernere Zukunft. Alle, die an dem Gelingen des Planes der „Neuland" zweifelten, sind durch die Tatsachen eines anderen belehrt worden. Was mit verhältnismäßig geringen Mitteln hier geschaffen wurde, kann bei Beteiligung der Gesamtheit um ein Gewaltiges gesteigert werden. Ueber die Entstehung des Bauwerkes sprach dann Genosse Bernert und der Baudelegierte Genosse Försterer. Bei musikalischer Unterhaltung blieb die Belegschaft noch lange zusammen.

Abschied von Max Aderhold

Eine große und aufrichtige Trauergemeinde hatte sich gestern am Krematorium in Gräbschen eingefunden, um unseren verstorbenem Genossen die letzte Ehre zu erweisen. Man sah die Führer der Partei- und Gewerkschaftsbewegung, zahlreiche Stadtverordnete und Magistratsmitglieder und auch mancher Arbeitgeber des Handelsgewerbes, der mit dem Z.d.A. in geordnetem Tarifverhältnis steht, unterließ nicht, den Menschen Aderhold zu ehren. Besonders zahlreich waren natürlich die Berufskollegen des Verstorbenen erschienen. Nur ein kleiner Teil der Erschienenen konnte zur Feier im Krematorium Einlaß finden. Eingeleitet wurde die Feier von einer Singstimme mit Harmoniumbegleitung durch das Largo von Händel. Die Trauerrede hielt Genosse Pietsch vom Verbande für Freidenkertum und Feuerbestattung, der die menschlichen Eigenschaften des Verstorbenen hervorhob. Max Aderhold war ein treusorgender Gatte und Vater, so wenig ihm sein von Kampf und Arbeit ausgefülltes Leben auch Zeit für seine Familie übrig ließ. Eine ärmliche Jugend, Wohnungselend, Kriegsstrapazen und seine aufopferungsvolle Arbeit im Dienste unserer Bewegung haben den Keim seines Siechtums zur Entfaltung gebracht. Vom Zentralvorstande des Z.d.A. war Genosse Aman in Breslau erschienen. Er feierte den Verstorbenen als Weltbürger und entschiedenen Vertreter der Angestellteninteressen, dessen Hinscheiden im ganzen Reiche Bedauern ausgelöst habe. Für das Ortskartell der Angestelltenverbände sprach Genosse Kremser, der in Max Aderhold einen guten Kameraden betrauerte, bei dem sich mit reinen Geistesgaben eine unbeirrbare Beharrlichkeit und grenzenlose Hingabe verband. Küst sprach er von seinem nahen Tode und um nichts war er so sehr besorgt als um sein Werk. Die letzten Grüße der Partei überbrachte Genosse Dr. Eckstein. Max Aderhold war nicht nur ein Freund und Führer seiner Kollegenschaft, sondern ein Vorkämpfer des gesamten Proletariats. Er vereinigte in sich den Kopf- und Handarbeiter zu einem vollkommenen Ganzen. Die lebende Generation wird seiner nie vergessen. Goethes Nachtlied erklang leise, die Fahnen der Partei und des Reichsbanners senkten sich und langsam entschwand der Sarg durch die stille Tür der Auflösung durch das reine Feuer entgegen.

Am 9. November

werden die Büros der Gewerkschaften ab 13 Uhr geschlossen gehalten. Es wird gebeten, diese Bekanntmachung in den Mitgliederkreisen zu verbreiten.

Hallo! Wohin heute abend?

Jungarbeiter und -arbeiterinnen, SAJ.-Genossen, Naturfreunde, Gewerkschaftsjugend, Jungparteigenossen! Zum letzten Male verweisen wir auf die heute abend, 8 Uhr, in der Benderschule am Lehmdamm, stattfindende Veranstaltung der Jungsozialisten. Thema des Abends: „Das Wesen des Jungsozialismus". Referent: Genosse Dr. Fritz Lewy. Erscheint alle, denn es gilt, Klarheit zu schaffen über die von vielen verkannte und durch die Brille von Vorurteilen betrachtete jungsozialistische Bewegung. Jungsozialisten, Scheitnig, Sand-, Odertor.

Ueber die Breslauer Finanzpolitik

spricht heute Mittwoch, 20 Uhr, im Zentral-Ballsaal in öffentlicher Versammlung Stadtverordneter Fritz Pietsch

Zur Zehnjahrfeier des Sturzes der Hohenzollern

am 9. November 1928, abends 8 Uhr, spricht im Breslauer Konzerthaus Genosse

Otto Bauer-Wien

Die Feier wird weiter ausgestaltet durch Orgelvorträge, Vorträge der Arbeitersänger und durch die Aufführung des Sprechchorwerkes: „Der Aufstieg" von Karl Dantz durch den Sprechchor der Arbeiterjugend.

Alle Eisenbahner

erscheinen heute 20 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 7/8, zu einer Versammlung, in welcher Stadtverordneter Krumm über die Breslauer Finanzsorgen spricht.

Wichtige Baubeschlüsse

Feuerwache an der Feldstraße — Verwaltungsgebäude am Lessingplatz

Im Laufe der letzten Tage haben innerhalb des Magistrats wichtige Verhandlungen stattgefunden. Sei haben zu Ergebnissen geführt, die für die zukünftige bauliche Entwicklung Breslaus von größter Bedeutung werden können.

Der Magistrat hatte zur Begutachtung des neuen Verwaltungsgebäudes und der Hauptfeuerwache eine Reihe von auswärtigen Sachverständigen geladen. Es waren anwesend: Professor Poelzig und Professor Mebes aus Berlin, Professor Kreis aus Dresden, Oberbaudirektor Beblo aus München, Namen, die in der deutschen Architektenwelt einen Klang haben. Nach längeren Beratungen, die städtischerseits von Stadtbaurat Dr. ing. Althoff und Stadtrat Behrend geführt wurden, kam das Sachverständigenkollegium, das unterstützt wurde von Mitgliedern der städtischen Körperschaften, die dem Preisgericht für den Wettbewerb am Lessingplatz angehört hatten, Stadtrat Scholz, Stadtverordneter Nitschke, Manderscheidt und Ratsbaumeister Halfpaap, in einer Sitzung vom 5. November zu einem einstimmig gefaßten Beschluß, in dem davon Kenntnis genommen wird, daß der Raumbedarf der städtischen Verwaltung für die nächste Zukunft mit etwa 50 000 qm angegeben wird. Der Vorschlag von Stadtrat Behrend und Stadtbaurat Dr. ing. Althoff, diesen Bedarf wie folgt unterzubringen:

a) 22 000 qm in dem neuen Verwaltungsgebäude am Lessingplatz,
b) 11 000 qm am Blücherplatz nach Fertigstellung der mit dem Riemberghofdurchbruch erforderlichen Bauten,
c) 20 000 qm in dem am Ring erweiterten Rathause

wird für richtig befunden. Für die Hauptfeuerwache wird einstimmig als einzig möglich der Platz an der Feldstraße vorgeschlagen. Dem von Stadtrat Behrend vorgelegten Entwurf für die Durchführung der Straße am Riemberghof wird zugestimmt.

Der von Stadtbaurat Dr. ing. Althoff vorgelegte Entwurf baut sich auf auf dem bei dem Wettbewerbe um den Lessingplatz mit dem zweiten Preis ausgezeichneten Entwurf des Architekten Alexander Müller, der von Stadtbaurat Dr. ing. Althoff und Architekt Müller entsprechend umgearbeitet worden ist. Der neue Entwurf legt das Verwaltungsgebäude in einen achtgeschossigen konkaven Bau am Lessingplatz, löst den Baublock nach der Oder zu in einen dreigeschossigen, mit großen Oeffnungen durchbrochenen Bau auf, so daß eine leichte Oderfront entsteht mit einer 35 bis 80 Meter breiten vorgelagerten Oderstraße, die durch die Oeffnung im Hauptgebäude und über den im Gebäudeblock vorgesehenen öffentlichen Grünplatz auf kurzem Wege vom Lessingplatz zu erreichen ist.

Die neugeschaffene Oderfront gibt die Möglichkeit, die zerstreut liegenden Schiffsanlegestellen in Breslau hier zu vereinen. Es bietet sich auch noch die Möglichkeit, in der Nähe der Freiheitsbrücke ein Café, ein Sportshaus oder eine ähnliche Anlage zu errichten, von der aus man einen sehr schönen Blick über die Oderlandschaft hat.

Die Gesamtgebäudegruppe erfordert einen Kostenaufwand von rund sieben Millionen Mark. Das Gebäude soll in mehreren Bauabschnitten errichtet werden. Als erster Bauabschnitt ist vorgesehen die Gebäudegruppe am Lessingplatz und an der Lessingstraße. Die gesamte Bauausführung wird sich auf einen Zeitraum von etwa fünf Jahren erstrecken.

Der Magistrat stimmte in einer außerordentlichen Sitzung, die zu diesem Zwecke einberufen worden war, einstimmig dem Beschlusse der Sachverständigenkommission vom 5. November zu. Mit der Finanzierungsmöglichkeit werden sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in nächster Zeit zu befassen haben. Der Entschluß, zu bauen, wird dadurch erleichtert, daß der Betrag, der zur Verzinsung der Bauanleihe in den Etat eingesetzt werden muß, wieder zu einem erheblichen Teil erspart wird dadurch, daß die von der städtischen Verwaltung belegten Mieträume aufgegeben und gleichzeitig durch Vereinfachung des Bürobetriebes und des Botendienstes wesentliche Ersparnisse erreicht werden können.

Die Pläne für die Hauptfeuerwache an der Feldstraße werden sofort bearbeitet werden. Mit der Möglichkeit der Finanzierung werden sich die städtischen Körperschaften gleichfalls in nächster Zeit zu befassen haben.

Liebe Eltern!

Mittwoch, den 7. November, abends 7½ Uhr, findet unsere Elternversammlung im Gewerkschaftshause, Zimmer 12, statt. Zeigt durch vollzähliges Erscheinen euer Interesse an der Erziehung eurer Kinder zu sozialistischen Klassenkämpfern. Zeigt, daß wir uns einig sind in der Richtlinie unserer Arbeit: Bei allen lustigem Spiel und frohen Wanderfahrten unsere große Erziehungsaufgabe nicht vergessen, den Kindern die Augen zu öffnen, sie zum selbständigen kritischen Betrachten der heutigen Wirtschaftsform zu erziehen und mit ihnen neue Gesellschaftsformen zu schaffen.

Arbeiterkinderfreunde Breslau
Gruppe I, Ohlauer Tor.

Theater und Musik

Thalia-Theater

Shakespeare: „Wie es euch gefällt"

Dieses feinste Lustspiel Shakespeares nimmt eine besondere Stellung in dem Werk des Dichters ein. Während sonst Shakespeares künstlerische Eigenart gerade darin besteht, das Leben selbst Gestalt werden zu lassen und auch seine Gedanken über das Leben durch die Taten von Menschen auszudrücken oder doch nur in der Form von Betrachtungen der handelnden Personen über ihre Gefühlte und die Motive ihres Handelns (das gilt sogar für „Hamlet"), allgemeine Reflektionen über Welt und Leben aber nur in gelegentlichen Einschiebseln vorkommen (meist ist es die Aufgabe der Narren, sie anzustellen), ist der Kern dieser Dichtung gerade die Reflektion. Hier stellt nicht nur der Narr gelegentlich Betrachtungen über das Leben an, sondern die Hauptpersonen beteiligen sich mehr oder weniger alle an ihnen, vor allem auch die eigentlichen Träger der Handlung: Orlando und Rosalinde. Ueberdies ist neben dem Narren eine besondere Gestalt in das heitere Märchenspiel, in dem so köstlich mit den Ereignissen Fangball gespielt wird, wie es nur in einem Märchen geschehen kann, nämlich Jacques, einer der Edelleute aus dem Gefolge des vertriebenen Herzogs, eingefügt, dessen Aufgabe lediglich ist, über das Leben zu philosophieren. So geht denn auch der Glanz, der über diesem wundervollen Spiel liegt, in erster Linie von diesen nachdenklichen, ironischen, heiter tiefsinnigen, manchmal auch bitteren und melancholischen Plaudereien über das Leben aus. Aus ihm spricht eine solche Fülle von Geist und von Zartsinn, eine solche Tiefe und Wärme des Gefühls, ein so umfassender, alle Verhältnisse des gesellschaftlichen Lebens überschauender Blick, eine so glühende Sehnsucht nach einem edleren und glücklicheren Dasein und endlich eine so tiefe Einsicht in die Relativität alles Bestehenden, der Eigenart und des Eigenrechts alles Seienden, das das ganze traumhafte Geschehen gleichsam wie in einen goldenen Schleier eingehüllt ist, ohne daß jedoch das Geschehen selbst seine sinnliche Schönheit einbüßte.

* * *

Wenn man ein solches Stück in der Aufführung lebendig machen will, so muß man von allen Dingen dafür sorgen, daß das gesprochene Wort zu seinem Recht kommt. Eine solche Aufführung steht oder fällt mit der mehr oder weniger großen Höhe der Sprechkultur der Darsteller. Dabei kommt es nicht in erster Linie darauf an, die der Sprache Shakespeares wie stets so auch hier innewohnende Musik zum Erklingen zu bringen, sondern vor allem darauf, den Sinn des Gesprochenen lebendig werden zu lassen. Dazu ist aber Deutlichkeit der Sprache die erste technische Voraussetzung. Es muß leider vorweg festgestellt werden, daß darin auch diese Aufführung noch manches zu wünschen übrig ließ. So ausgezeichnet unser Ensemble im allgemeinen ist, es muß noch sehr darauf achten, seine Sprachkultur zu verbessern. Dann ist es aber bei einer solchen Aufführung auch ein Unding, allzuviel zu streichen. Man gerät bei einer so gearteten Dichtung nur zu leicht in die Gefahr, dem Werk die Seele herauszustreichen. Ich habe das Gefühl, als ob auch in dieser Aufführung zu viel gestrichen war und daß deshalb bei der Aufführung das wesentliche der Dichtung nicht zur Geltung kam. Ich gebe gern zu, daß aus Gründen der Theaterwirksamkeit manche Striche unvermeidbar sind, aber man darf darin nicht zu weit gehen. Wer eine Shakespeare-Aufführung besucht, von dem kann man auch erwarten, daß er nicht nur auf Spannung eingestellt ist, sondern vor allen Dingen auch einen geistigen Genuß im Theater sucht.

* * *

Hiervon abgesehen jedoch, war die Aufführung reizend. Eine besondere Anerkennung verdient diesmal Harry Wilton mit seinem Bühnenbild. Es ist ja außerordentlich schwer, in einem Theater, wie dem Thalia-Theater, das keinerlei technische Vorrichtungen für eine reichere Bühnenausstattung und einen schnellen Szenenwechsel besitzt, Shakespeare aufzuführen. Es war deshalb richtig, sich der sogenannten Shakespeare-Bühne zu bedienen, das heißt, einen dauernd stehenbleibenden allgemeinen Rahmen zu schaffen und bei dem Szenenwechsel lediglich durch einige Requisiten die jedesmalige Szenerie anzudeuten. Nicht nur war der Rahmen in seiner Farbenzusammenstellung außerordentlich geschmackvoll, sondern er hatte auch jene Phantastik, die ein Märchenspiel seinem Wesen nach nun einmal haben muß. Die wechselnden szenischen Einbauten aber zeugten von einem glücklichen, kindlichen Humor. Manches war freilich wohl allzusehr verniedlicht.

* * *

Die Darsteller waren außerordentlich ungleich. Von den Herren ist zuerst zu nennen Fritz Schmiedel, der den liebeglühenden Orlando spielte, ohne süßlich zu werden, und trotz aller glühenden Leidenschaft mit jener Dämpfung des Gefühlsüberschwangs, die notwendig ist, wenn man der Gefahr entgehen will, sentimental zu werden. Ausgezeichnet war auch der Narr Alfred Lipschütz'. Er wußte seine Weisheiten mit einer melancholischen Ironie auszusprechen, die dem Gesagten ihr Gewicht läßt, ohne es zu gewichtig werden zu lassen. Der Jaques Hans Franks dagegen war insofern ein Versager, als er seine melancholischen Betrachtungen viel zu eintönig und getragen vortrug. Dagegen war seine Haltung und sein Gebärdenspiel der Rolle durchaus angemessen. Josef Keim war als Herzog Friedrich besonders in der Maske ausgezeichnet. Seine Aussprache läßt aber zu wünschen übrig. Der Le Beau Manfred Ingers war zu wenig Hofschranze, und der Oliver Josef Zechells war zu Anfang nicht bösartig genug. Der Ringer Charles wurde von Viktor Parlaghy und die Schäfer Corinnus und Sylvius wurden von Siegfried Bruck und Richard Odda ansprechend gespielt.

Von den Frauen übertraf alle weit Käthe Gold als Rosalinde. Sie verstand es ausgezeichnet, den dauernden Stimmungswechsel zwischen Liebessehnsucht und burschikoser Heiterkeit, zwischen weiblicher Scheu und Schamhaftigkeit und knabenhaftem Uebermut herauszuarbeiten. Auch wußte sie vortrefflich in ihren Bewegung die weibliche Anmut und die jünglinghafte Eckigkeit zu vereinen. Wie ihr der Schalk dauernd im Nacken saß bei allem ängstlichen Zittern ihres sehnsuchtsvollen Herzens, das war prächtig. Sehr hübsch wurde auch die lispelnde Phoebe von Magda Simon und das Bauernmädchen Käthchen von Vera Spohr gespielt. Gerda Ortens wußte aus der etwas passiven Rolle der Celia nicht viel zu machen. Auch fehlte ihr die Lebendigkeit und die Gefühlswärme dieser aufopferungsvollen Freundin.

Sehr schön war die Begleitmusik unter Hans Kriegs Leitung. Sie schmiegte sich dem Spiel ausgezeichnet an.

A. Kr.

Ungelegte Eier

werden von der „Breslauer Zeitung" und der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung" ausgebrütet, indem sie folgenden „Einigungsvorschlag" veröffentlichen, den Oberbürgermeister und Kämmerer zur Deckung des Fehlbetrages in einer Besprechung der Fraktionsführer gemacht haben:

I. Erhöhung der Realsteuern mit Wirkung vom 1. April 1928 ab:

a) der Grundvermögensteuer von 250 auf 285 v. H. Mehreinnahme:	1 288 000 M
b) der Gemeindegewerbesteuer vom Ertrage von 490 auf 560 v. H. Mehreinnahme:	1 400 000 M
vom Kapital von 980 auf 1460 v. H. Mehreinnahme:	1 142 840 M

II. Erhöhung der Werkgebühren mit rückwirkender Kraft bis zu einem Monat vom Tage der Veröffentlichung ab:

a) für Gas von 19 auf 20 Pf. je Kubikmeter Mehreinnahme:	335 000 M
b) für Wasser von 23 auf 24 Pf. je Kubikmeter Mehreinnahme:	75 000 M
c) für Elektrizität, und zwar für Licht und Kraft I von 45 auf 48 Pf. je kWh, Mehreinnahme:	532 500 M
Kraft II (außerhalb der Sperrstunden) von 23 auf 24 Pf. je kWh, Mehreinnahme:	25 000 M
Zusammen:	4 798 340 M

Zunächst besteht in der Frage der letzte Stadtverordnetenbeschluß. Der Magistrat wünscht bekanntlich nach einer unglaublichen Juristenauffassung eine Gesamtabstimmung über die gefaßten Beschlüsse. Irgend ein Anlaß, diesem Wunsch nachzukommen, liegt nicht vor. Nach der Geschäftsordnung wird morgen ohne Debatte abgestimmt werden, ob eine Gesamtabstimmung erfolgen soll. Und da die Mieter in dieser reinen Geschäftsordnungsangelegenheit von Rechtsparteien daher nicht zu Willen sein werden, wird die Frage nach einer Gesamtabstimmung aller Voraussicht nach abgelehnt. Der Magistrat hat dann zu den gefaßten Beschlüssen der letzten Stadtverordnetensitzung materiell Stellung zu nehmen. Er kann ihnen zustimmen oder ihnen nicht beitreten. Letzterer Fall würde einen Konflikt bedeuten, zu dessen Lösung zunächst eine Kommission zu bilden wäre. Schade um die kostbare Zeit, die damit vertrödelt würde, denn man braucht sich die obigen Einigungsvorschläge nur anzusehen, um zu wissen, daß sie zwar die Lasten ein wenig umschichten, daß diese aber dadurch nicht leichter zu tragen wären.

Petri Heil im Stadtgraben

Im Breslauer Stadtgraben sind seit Dienstag Kräfte am Werke, um den Fischreichtum dieses heimischen Gewässers zu bergen. Das Wasser ist fast vollständig abgelassen worden und mit einem über den ganzen Graben reichenden Netz wird die zum Teil recht gut genährte Beute herausgeholt. Natürlich ist dieses Ereignis des Zuschauens wert, weshalb eine große Menschenmenge die Ufer belagert und den im tiefen Schlamme watenden Männern zuschaut. Als Beute kommen nicht nur Karpfen, sondern auch große Mengen Weißfische in Betracht. Auch seltenere Gattungen, wie Barsche, eine große Aalquabbe und sogar ein sechspfündiger Hecht, der sich unter der Riesenmenge kleiner Fische recht wohl gefühlt haben dürfte, wurden gestern aus dem Teil an der Liebichshöhe herausgeholt. Karpfen im Gewicht von 6 bis 8 Pfund sind keine Seltenheit.

Die Ostdeutsche Fischgroßhandlung, die die Fischnutzung des Stadtgrabens von der Stadt gepachtet hat, die also auch die Setzlinge beschaffen muß, verkauft die auf etwa 25 bis 30 Zentner geschätzte Beute gleich an Ort und Stelle an Private. Weißfische kosten 3 Pfund eine Mark, Karpfen das Pfund 1,20 Mark. Auf den Promenadenwegen findet die Beute sofort lebhaften Absatz. Das Abfischen des ganzen Stadtgrabens bis zum Königsplatz wird sich noch bis Donnerstag hinziehen.

Eröffnung des Kur- und Wannenbades „Westend"

Seit einigen Tagen ist im zweiten Hofe des Hauses Steinauer Straße 24 ein von privater Seite errichtetes Warmbad eröffnet worden. Die erwiesene Bedürfnisfrage in dieser Gegend, die verschiedenen Ursachen, die die Stadt hindern, selbst Abhilfe zu schaffen, haben dazu geführt, dem Eigentümer des Grundstücks, Gustav Wahlert, die Konzession zur Errichtung eines Warmbadbetriebes zu erteilen. Die gefällige Einrichtung des Betriebes wird, trotz der höheren Benutzungspreise gegenüber den Preisen in den städtischen Warmbädern, in dem dichtbevölkerten Viertel zahlreiche Bewohner der Gegend zu ständigen Benutzern werden lassen. Im zweiten Stockwerk des 30 Meter langen Gebäudes, das im Erdgeschoß neben der Heizungsanlage eine Anzahl Autogaragen und im ersten Stockwerk die Einrichtung zu einer demnächst zu eröffnenden Dampfwäscherei enthält, sind in zwei großen, ausgekachelten, für Männer und Frauen bestimmten Räumen 9 Brause- und 10 Wannenbadzellen eingerichtet worden. Einige Zellen sind mit der für Lichtbäder notwendigen Einrichtung versehen. Auch einige größere Zellen, in denen gleichzeitig Massage vorgenommen werden kann, und eine Zelle zu Heißluftbädern ist eingerichtet worden. Das Bad soll von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 8 bis 19 Uhr, Freitag und Sonnabend bis 21 Uhr und Sonntag in der Zeit von 8 bis 12 Uhr zur Benutzung geöffnet sein. Ein Brausebad kostet 25, ein Wannenbad 60 Pf. Das Vorhandensein eines warmen Brunnens, dessen Wasserwärme auch im Winter 24 Grad Celsius beträgt, hat den Besitzer zur Verwertung in einem Warmbade angeregt. Allerdings ist es noch zweifelhaft, ob die Quelle zur Inbetriebhaltung der ganzen Anlage ausreichend und überhaupt verwendbar sein wird. Vorläufig wird die Anlage mit Leitungswasser gespeist. In Kürze werden auch die von den Krankenkassen verordneten Bäder in dem Kur- und Wannenbad „Westend" genommen werden können.

Freidenker-Sozialisten!

Heute abend, 20 Uhr, Zusammenkunft in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße 14/16.

Redner-Kursus für weibliche Parteimitglieder

Der Parteivorstand hat beschlossen, im Anschluß an den jetzt stattfindenden Parteischulungskursus einen Referentenkursus für weibliche Parteimitglieder abzuhalten. Die Zahl der Teilnehmerinnen wird allerdings nur eine beschränkte sein können, da sonst ein intensives praktisches Durcharbeiten nicht möglich ist. Alle Genossinnen, die an diesem Kursus teilnehmen wollen, bitten wir, uns bis zum 20. November eine Bewerbung einzureichen. Aus der Bewerbung muß die bisherige Tätigkeit in der Partei hervorgehen. Bewerbungen sind zu richten an das Parteisekretariat, Zimmer 37.

Sozialistischer Schulungskursus

Im Kanonenhof spricht morgen, Donnerstag, der Genosse Professor Dr. Marck. Der Kursus in der Posener Schule wird auf nächste Woche verschoben, fällt also dieses Mal aus, da der Genosse Fritz Pietsch durch die Stadtverordnetenversammlung verhindert ist.

Grenzlandfahrt

Das Kraftpostwerk veranstaltet am Sonntag, 11. November, bei genügender Beteiligung eine Grenzlandfahrt durch die Grenzkreise Groß-Wartenberg, Militsch, Trachenberg. Die Reise führt über Oels durch den Zudlauer, Ostrowiner und Rudelsdorfer Forst und weiter über Festenberg durch das Goschützer, Militscher und Trachenberger Fischzuchtgebiet. Rückfahrt über Prausnitz—Obernigk. Abfahrt 8 Uhr von der Kraftposthaltestelle am Ring, Rückkehr gegen 19 Uhr. Der Fahrpreis beträgt 5 Mark für die ganze Fahrt. Karten für numerierte Sitzplätze sind beim Kraftpostwerk Holteistraße 3/19 in der Zeit von 7,30—19 Uhr zu haben.

Prozesse um das tägliche Brot

Arbeitsgericht

Ein liebebedürftiger Geschäftsführer

Ein Bild aus dem Machtbereich eines Geschäftsführers entrollte eine Verhandlung, in der die Kassiererin S. gegen ein bekanntes Breslauer Kinounternehmen klagte, weil sie nach siebenjähriger Tätigkeit als Kassiererin in einem hiesigen Lichtspieltheater fristlos entlassen worden war. Nach den Behauptungen des Geschäftsführers sollte sie an dem in jeder Woche eingeführten billigen Eintrittstage ihr Geld in die Kasse getan und dafür billige Eintrittskarten in dem Kartenkontrollapparat behalten haben. Durch geheime Ueberwachung der Nummern auf den Kontrollabschnitten, die in einen Behälter an der Sperre getan wurden, wollte der Geschäftsführer diese Verfehlungen festgestellt haben. Die Verhandlung und die Zeugenvernehmungen ergaben, daß der Geschäftsführer, der vor Gericht sein soziales Vorgesetztenherz mit der Bemerkung, daß er für das Personal viel übrig habe, betonte, für die Kassiererin besonders viel übrig gehabt und sie in nicht mißzuverstehender Weise belästigt hatte.

Weiter hatte er einer anderen Angestellten, die auch öfters an der Sperre beschäftigt war und die Kontrollabschnitte meist erst nach mehreren Tagen in den dafür bestimmten Behälter legte, empfohlen, diese Tatsache bei ihrer Vernehmung vor dem Arbeitsgericht für sich zu behalten. Die abgewiesenen Zudringlichkeiten wollte der Herr Geschäftsführer als „persönliche Angelegenheiten" mit dem Prozeß nicht verquickt wissen. Da das Gericht bezweifelte, ob unter diesen Umständen der Geschäftsführer noch glaubwürdig erscheine, erklärte sich der Mitinhaber des beklagten Unternehmers, der der Klägerin selbst ein gutes Zeugnis ausstellte, zur Weiterbeschäftigung in einem anderen Theater und zur Zahlung einer Wochenlohnes für den seit der fristlosen Entlassung entgangenen Verdienst bereit.

„Ob das Ungerechtigkeit ist, weiß ich nicht — — —"

Mit diesen Worten suchte sich Frau H., die auf den Vornamen Tussia hört, zu verteidigen. Das Mädchen war am 1. Mai bei der Frau beschäftigt und hatte am 19. September seine Stellung verlassen, **weil es den vereinbarten Monatslohn von 20 Mark nur markweise und unter Zugrundelegung eines eigenartigen Verrechnungssystems bekam.** Vor dem Gericht zählte die Tussia auf, wie sie die Klageforderung von 102 Mark abgegolten habe. Ein Kleid, neu, nicht getragen = 25 Mark, dann Barzahlungen von 10, 3, 5, 4, 2 und 4 Mark, ein Paar Schuhe = 6,90 Mark, Schuhebesohlen = 2,50 Mark, zwei Kleider = 15 Mark und ein Kleid = 25 Mark. Unzweideutig machte das Gericht der um die Kleidung ihrer Hausangestellten so bedachten Hausfrau klar, daß solche Geschäfte mit dem Arbeitsverhältnis nichts zu tun haben. Da sich die Klägerin widerspruchslos auf diese Arrangements eingelassen hatte, schlägt das Gericht eine Zahlung von 35 Mark vor. Die Parteien einigten sich; Tussia wurde aber gleich der Gerichtsvollzieher in Aussicht gestellt, wenn der Betrag nicht innerhalb 8 Tagen bezahlt ist.

Nach 10 Jahren im November
gedenken wir derer, die für uns gekämpft haben
in den
Gewerkschaftshaus-Lichtspielen
mit dem großen Russenfilm
10 Tage, die die Welt erschütterten
Kulturprogramm:
Auf den Spuren der Azteken
2573 und die **Wochenschau**
Mittwoch, d. 7., Donnerstag, d. 8., Freitag, d. 9. Novbr.
5 und 8 Uhr Jugend verboten! Uebliche Preise!

Weil sie eine Ente nicht tranchieren konnte,

die Milch einige Male überlaufen ließ und einen Rinderbraten herrichtete, „mit dem man die Fensterscheiben einschlagen konnte", war die Köchin St. von ihrem Dienstgeber Direktor E. fristlos entlassen worden. Sie klagte auf Zahlung des rückständigen Lohnes für vier Tage und für die Dauer der Kündigungsfrist. Was der Beklagte, der aus dem Volke zu kommen glaubt, und selbst Angestellter zu sein vorgibt, von seiner älteren Köchin zu sagen weiß, bestätigt nur, daß er nicht weiß, wie man mit Arbeitern umzugehen hat. Er hätte die Klägerin schon nicht engagieren wollen, da sie „ihm nicht normal vorgekommen sei". Zumindest müsse sie aber so kochen können, daß man kein Unbehagen empfindet, und wenn es vorkomme, daß man sich eine Ente leiste, so müsse sie diese als Köchin tranchieren können. Das Gericht belehrte den Direktor, daß Ansichten über den Geschmack kein Grund zur fristlosen Entlassung sind, zumal die Klägerin Zeugnisse vorweisen kann, in denen ihr das Kochenkönnen bestätigt wird. Schließlich bequemt er sich zur Zahlung der Klageforderung von 25 Mark.

Auch die Geburt eines Bürgerkindes ist Streitobjekt

Die Frau des Kaufmanns K. hatte sich von ihrer Schwägerin die Pflegerin A. zur Pflege während ihrer Niederkunft empfehlen lassen und diese für die Zeit vom 20. bis zum 27. für ein Tagegeld von 5 bis 6 Mark bestellt. Nachdem die Sache glücklich vorüber war, zahlte der neugebackene Vater 25 Mark und verweigerte ganz energisch jede weitere Zahlung, da die Pflegerin erst am 23. habe kommen brauchen. Mehrmalige Verhandlung, Vernehmung der Ehefrau und der Schwägerin sind erforderlich, um dem Mann klarzumachen, daß die Pflegerin den Lohn für acht Tage zu beanspruchen hat. Von den großzügig versprochenen 5 bis 6 Mark reicht es natürlich nur auf das niedrigste Angebot. Die Klägerin erklärte sich schließlich mit einer Restzahlung von 15 Mark einverstanden.

Weil sie zu wenig gearbeitet haben sollte —

verließ die Hausangestellte B. ihre Stellung bei dem Gutsbesitzer G. fristlos und klagte nun den Lohn für 24 Tage ein. Sie war nur für den Haushalt angenommen worden, mußte aber mit auf das Feld gehen, die Schweine füttern und bekam dann abends um ½10 Uhr zu hören, daß nicht genug gearbeitet worden sei. Da sie die Kündigungsfrist nicht eingehalten hatte, die angeführten Gründe aber zur fristlosen Lösung des Dienstverhältnisses nicht ausreichten, wurde dem Beklagten der Abzug des bei Antritt gezahlten Bahngeldes in Höhe von 3,70 Mark und des entstandenen Schadens für die Mehrzahlung an eine Ersatzkraft zugesprochen. Die Klägerin erklärte daraufhin ihre 24tägige Plackerei mit 12,30 Mark abgegolten.

„Da kann ich ja heute schon gehen"

darf eine Hausangestellte nicht sagen, wenn sie nachher noch Forderungen stellen will. Diese Erfahrung mußte die Hausangestellte S. machen, der von ihrem Arbeitgeber W. am 1. Oktober für den 1. November gekündigt worden war, weil der Frau des Mannes aus einem Portemonnaie ein 20-Mark-Schein verschwunden war. Das Mädchen war zwar des Diebstahls nicht bezichtigt worden, als es aber am 3. Oktober zu einem Streit zwischen dem Mädchen und der Hausfrau kam, in der die bekannten Diebstahlsbeschuldigungen eine Rolle spielten, verließ das Mädchen sofort nach der genannten Aeußerung die Stellung und klagte dann auf Zahlung des Lohnes. Da die indirekte Beschuldigung als ein nicht ausreichender Grund zur fristlosen Lösung des Dienstverhältnisses erachtet wurde, gab sich die Klägerin mit der Aushändigung eines ordnungsgemäßen Zeugnisses zufrieden.

Landesarbeitsgericht Breslau

Einen überflüssigen Beamten

hat sich die Fürstlich Pleßsche Grubenverwaltung in Gestalt eines Rechtsanwalts Dr. Heckert zugelegt, der es für seine Aufgabe hält, seine Existenznotwendigkeit — im Betriebe — durch „Auslegung" von Tarifparagraphen zu erweisen. So war er auch darauf gekommen, daß man bei der Ferienentlohnung der Grubenarbeiter bisher zuviel bezahle.

Der § 4 Abs. d des Tarifvertrages für den niederschlesischen Bergbau hat folgenden Wortlaut:

„Für die Dauer der Ferienschichten erhält der Schichtlöhner ebenso wie der Gedingelöhner den Lohn einschließlich Soziallohn bezahlt, den er je Schicht haben würde, wenn er auf dem Bergwerk bei gleicher Beschäftigung weitergearbeitet hätte."

Diese Bestimmung ist so klar, daß darüber bisher auf seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer kein Zweifel bestand. Anders Herr Dr. Heckert, der für die Fürstensteiner Gruben die Parole ausgab, daß als Ferienvergütung der Lohn gezahlt werden soll, den der Urlauber verdient hat, ehe er in Urlaub ging. Der Berghauer Fischer hatte auf Grund dieser Heckertschen Anweisung 9,12 Mark Lohn für die Ferienzeit zu wenig erhalten und diesen Betrag beim Arbeitsgericht eingeklagt. Das Arbeitsgericht Waldenburg verurteilte am 22. August dieses Jahres die fürstliche Verwaltung, den zu wenig gezahlten Lohnbetrag nachzuzahlen. Da es sich um Auslegung eines Tarifvertrages handelte, ließ das Arbeitsgerich die Berufung zu.

In der Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht am 19. Oktober bemühte sich Dr. Heckert krampfhaft, die an sich klare Bestimmung des Tarifvertrages in das Gegenteil umzudrehen. Erst als ihm der Vorsitzende mehrmals den Rat gab, die Berufung zurückzuziehen, und kein Zweifel mehr bestand, daß das Gericht die Berufung zurückweisen würde, zog Herr Dr. Heckert seine Berufung zurück.

Durch die Zurücknahme der Berufung ist das Urteil des Waldenburger Arbeitsgerichts rechtskräftig geworden. Alle Bergarbeiter, die bisher auf Grund der Anordnung des Herrn Dr. Heckert zu wenig Ferienvergütung erhalten haben, haben nun das Recht, die Fehlbeträge nachzufordern.

Auf Grund dieser Rechtslage müssen nun auf den Fürstensteiner Gruben alle Ferienlöhne nachgeprüft und umgerechnet werden. Wirklich eine rentable Sache, so ein Rechtsberater. —

Unter schwerer Anklage

Unter der schweren Anklage des Sittlichkeits-Verbrechens an Kindern hatte sich vor einger Zeit der 33 Jahre alte Polizeioberwachtmeister Fritz Mann vor dem Erweiterten Schöffengericht zu verantworten. Nach einer umfangreichen Beweisaufnahme hatte aber das Gericht den Aussagen der Kinder nicht geglaubt und den Beamten freigesprochen. Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwalt Berufung eingelegt, die jetzt vor der 6. Großen Strafkammer verhandelt wurde. Hierzu waren 26 Zeugen, vornehmlich Polizeibeamte geladen. Die Verhandlung endete wiederum mit der Freisprechung des Angeklagten. Wie in 1. Instanz fand auch diese Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Immer wieder rückfällig

Der 28 Jahre alte Bürstenmacher Otto Hengmith ist schon ganz erheblich wegen Diebstahls vorbestraft. Seine letzte Strafe war zweidreiviertel Jahre Gefängnis. Immer wieder wird er rückfällig. Nach dem Gutachten des Sachverständigen ist er ein geistig minderwertiger Mensch, der in dauernde Verwahrung genommen werden müßte. Am Montag wurde er wiederum dem Erweiterten Schöffengericht vorgeführt. Er hatte in der Nacht zum 10. Februar in Cunersdorf den Stall des Hauptlehrers Heinrich erbrochen und daraus 17 Hühner und einen Hahn gestohlen. Am 11. Februar war er auf dem hiesigen Neumarkt angehalten worden, und da sich in seinem Rucksack die geschlachteten Hühner befanden, wurde er verhaftet. Er bestritt zwar zunächst, mit dem Diebstahl in Cunersdorf etwas zu tun zu haben, doch legte er dann vor dem Kriminalsekretär Schönfelder ein Geständnis ab, und erzählte, daß noch zwei andere Männer mitgemacht hätten, auch beschrieb er eingehend die Ausführung des Diebstahls. Jetzt vor Gericht bestritt er, die Angaben vor dem Beamten gemacht zu haben. Der Rucksack sei ihm vielmehr von einem Unbekannten zum Halten gegeben worden. Sie wollten sich dann später wieder treffen, doch sei das Zusammentreffen durch seine Verhaftung verhindert worden. Daß der Angeklagte ein geistig minderwertiger Mensch ist, der auch schon zeitweise in der Irrenabteilung untergebracht war, war auch daran zu erkennen, daß er sich während der ganzen Verhandlung überaus aufgeregt benahm. Er mußte sogar während der Vernehmung des Kriminalsekretärs abgeführt werden. Mit Rücksicht auf seine geistige Minderwertigkeit beantragte der Staatsanwalt gegen ihn, unter Zubilligung mildernder Umstände eineinhalb Jahre Gefängnis. Das Gericht setzte die Strafe auf ein Jahr Gefängnis fest.

Burgenfahrt

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß angesichts des günstigen Wetters am nächsten Sonntag, den 11. November, eine Burgenfahrt mit Kraftomnibussen nach der Kynsburg und nach Schloß Fürstenstein veranstaltet wird. Abfahrt Breslau, Tauentzienplatz (Südwestecke) 7,30 Uhr morgens durch das Zobtengebirge nach Talsperre Kynau zur Kynsburg — Besichtigung der Burg. Von dort durch das Schlestertal, Reimsbachtal nach Bad Salzbrunn. Gemeinsames Mittagessen im Kurparkhotel. Abfahrt 14 Uhr nach Schloß Fürstenstein. Besichtigung, bei schönem Wetter Wanderung durch den Fürstensteiner Grund. Rückfahrt nach Breslau 16½ Uhr. Eintreffen in Breslau gegen 19½ Uhr. Fahrkarten zum Preise von 8,75 Mark sind im Büro des Verkehrsvereins Breslau, im Hauptbahnhof zu Breslau, werktäglich von 8 bis 18 Uhr, zu haben.

Anmeldung zur weltlichen Schule

Achtung! Eltern, die Ihr Lernanfänger für Ostern 1929 habt, meldet Eure Kinder sofort in einer weltlichen Schule an!

Lernanfängerklassen sind: Kletschkaustraße, Matthiasstraße 112, Pestalozzischule, Uferstraße, Ofener Straße, Lehmgrubenstraße, Sauerbrunnen, Reichstraße, Anderssenstraße, Posener Straße, Krischkestraße. Neue Klassen sollen kommen in die Siedlungen Zimpel und Pöpelwitz. Das Anmelden muß bei folgenden Schulleitern von 11 bis 1 Uhr bis 1. Oktober geschehen:

1. **Gabriel, Weinstraße 24, III.**
2. **Kaufmann, Posener Straße 12, zweites Haus parterre.**
3. **Pietsch, Ofener Straße 56, II.**
4. **Enders, Trebnitzer Straße 42, I.**
5. **Taube, Anderssenstraße 58.**
6. **Felsen, Krischkestraße 3.**

Geht bald und wartet nicht bis auf die letzten Tage!

Auch Ummeldungen der schon in die Schule gehenden Kinder sind dort vorzunehmen!

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36/37.
Telefon-Nummern 59060/59061.
Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 4—7 Uhr.

Das Parteisekretariat ist Freitag, den 9. November, von 1 Uhr ab geschlossen.

Abteilung Südwest und Gräbschen. Alle Genossen erscheinen zum Ordnerdienst im Konzerthause pünktlich 6 Uhr am Haupteingang. Der Anmarsch für diese Abteilungen fällt weg.

Distrikt 3. Heute 20 Uhr Funktionärsitzung bei Kanter, Lewaldstraße 27.
Distrikt 17. Heute 20 Uhr Strickabend. Kaffeetassen nicht vergessen.
Distrikt 18. Heute 20 Uhr Bastelabend bei Krause, Neue Weltgasse 42.
Distrikt 25. Sämtliche Funktionäre, besonders Kassierer und Helfer, erscheinen bestimmt am Donnerstag, 20 Uhr, bei Lamert, Brigittental 16. Wichtiges Material gelangt zur Ausgabe.

Jungsozialisten

Freitag erscheinen alle männlichen Mitglieder zum Empfang des Genossen O. Bauer 19,30 Uhr am Sonnenplatz. Sonntag 20 Uhr Zentralveranstaltung. Thema: „Erlebnisse Breslauer Arbeiter am 9. November 1918". Dienstag Beginn des Funktionärschulungskursus.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften

Gruppe Strehlener Tor-Gräbschen. Donnerstag, 20 Uhr, findet in der Teichäckerbaracke unsere Funktionärsitzung statt.

Sozialistische Jungordner

Abteilung Nord. Alle Genossen, die nicht durch Agitation verhindert sind, kommen heute 20 Uhr in die Werbeversammlung der Jungsozialisten. Ort: Benderschule Lehmdamm.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Arbeit und Musik ist das Thema unserer ersten Sonntag-Nachmittagsveranstaltung. Wir kommen Sonntag, den 11. November, in der neurenovierten Baracke an den Teichäckern zusammen. Zeit 15½ Uhr. Referentin ist die Genossin Sabasfohn. Die Veranstaltung verspricht sehr interessant zu werden, alle Funktionäre und Aelteren sind eingeladen. Bringt Instrumente mit.

Sprechchor. Heute 20 Uhr im Heiligen-Geist-Gymnasium letzte Probe zur Revolutionsfeier. Niemand darf fehlen.

Rote Blusen. Donnerstag, 20.15 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 38, Besprechung unserer Arbeit.

Heim 3 (Benderschule). Alle Sprechchorbesucher sind heute im Heiligen-Geist-Gymnasium zur Generalprobe. Beachtet die gestrige Heimnotiz. Freitag ist kein Heim, dafür treffen wir uns bis spätestens 19,05 Uhr vor der Benderschule und gehen geschlossen zur Revolutionsfeier. Alles muß die Mitgliedskarte als Ausweis mitbringen und 10 Pf. Eintrittsgeld.

Heim 6. Alle Aelteren, die Interesse haben, beteiligen sich heut abend an der Jungsozialisten-Veranstaltung in der Benderschule. Freitag fällt unser Heim aus, alle gehen ins Konzerthaus zur Revolutionsfeier.

Heim 10 (Rosenthal). Morgen abend ist alles Punkt 19 Uhr im Heim zur Probe. Die Theaterrollen sind unbedingt im Kopf und nicht nur auf dem Papier. Alles Nähere wird dort besprochen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

FGJ.-Abendschule. Donnerstag ab 20 Uhr im Heim.
Malerjugend. Heute ab 20 Uhr spricht im Heim Kollege Wagner über „Staat und Gewerkschaften".
Sattler- und Tapeziererjugend. Kommenden Sonnabend ab 20 Uhr sind wir im Heim. Es erfolgt die Kartenausgabe zur Besichtigung.

---

* **Breslauer Volksbühne.** Am 13. November hält Dr. Oskar Guttmann im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne einen Vortrag über „Franz Schubert und seine Stellung in der Geschichte des Liedes". Der Vortrag findet im Auditorium maximum der Universität statt. Eintrittskarten erhalten die Mitglieder der Volksbühne zum Einheitspreis von 75 Pf. in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, und an der Abendkasse, Nichtmitglieder zum Preise von 1,50 Mark auch an der Konzertkasse der Konzertdirektion Hainauer.

* **Reichsbund jüd. Frontsoldaten.** Sonntag, 11. November, vormittags 10,30 Uhr, im Vortragssaal des Röntgen-Instituts des Israelitischen Krankenhauses, Vortrag des Primärarztes Dr. Fried: „Die Tuberkulose der Knochen und Drüsen im Kindesalter" (mit Lichtbildern). Anschließend Führung durch das Röntgen-Institut. Kameraden und erwachsene Angehörige haben Zutritt. — Sonntag, 9. Dezember, 20 Uhr, Chanukkah-Feier im Frieberg.

* **Gelandete Leiche.** Unterhalb der Universitätsbrücke wurde am Dienstag vormittag die Leiche einer etwa 31 Jahre alten Frau aus der Oder gezogen. Da sie lediglich ein Portemonnaie mit österreichischen und tschechischen Geldmünzen und einen zerweichten, zerrissenen Bieruntersatz bei sich hatte, auf dem die Eindrücke der geschriebenen Worte „uzie Nunn" wahrzunehmen waren, nimmt man an, daß es sich um die berufslose Luzie Nunn, Hildebrandtstraße 31, handelt, die am 25. Oktober von der Brücke an der Hinterbleiche in die Oder gesprungen ist. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

* **Der Seitenberger Sittlichkeitsverbrecher in Breslau festgenommen.** Es ist der wegen Sittlichkeitsverbrechens mit zwei Jahren Zuchthaus vorbestrafte 24jährige Bergarbeiter Paul Schaar. Er wird nunmehr dem Untersuchungsrichter zugeführt.

* **Wieder ein Schaufenstereinbruch.** In der vergangenen Nacht schlugen unbemerkte Täter die Schaufensterscheibe der Drogerie Hans Meder, Margaretenstraße 10, ein und entwendeten aus der Auslage fünf Photoapparate im Werte von 450 Mark.

* **Ein Radfahrer** stieß Dienstag abend beim Einbiegen von der Schweidnitzer Straße in die Hummerei eine Frau um, die auf dem Bürgersteig stand. Beim Sturz auf das Pflaster erlitt sie eine Kopfverletzung. Sie wurde von zwei Damen mittels Auto nach ihrer Wohnung in der Sadowastraße gebracht. Die Schuld trifft den Radfahrer, der zu nahe am Bordstein fuhr.

* **Von einem Auto umgerissen** wurde am Dienstag mittag an der Ecke Schießwerderstraße und Wäldchen der Zimmermann Adolf Schöppe, Lange Gasse 51, als er den Fahrdamm überschritt. Er erlitt dabei erhebliche Verletzungen und mußte in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden.

* **Freiwillig aus dem Leben geschieden** ist der Klempner S., der sich in der vergangenen Nacht in seiner Wohnung Bromnitzstraße 56 an der Stubentür erhängte. — In seiner Wohnung, Berliner Straße 19, beendete der Schmied Willi W. durch Oeffnen der Gashähne sein Leben. In beiden Fällen sind die Ursachen zur Lebensentsagung nicht bekannt.

Breslauer Filmkritik

Promenaden-Theater

„Liebe und Diebe"

Einen Hauptreiz erhält der Film durch Henny Porten, an deren Schönheit und jugendlicher Frische die Jahre anscheinend spurlos vorüberziehen. Sie erscheint wohl gereifter, aber der Reiz ihrer Erscheinung und die fröhliche Innigkeit ihres Spiels ist eher anmutiger und fesselnder geworden, als daß irgendwelche Spuren von Lässigkeit oder Geschäftsmäßigkeit zu erkennen wären. Der Inhalt ist eine recht lustig erfundene und munter durchgeführte Detektivkomödie, in deren Verlauf eine glänzende und doch unantastbare Frau der großen Welt als vermeintliche Hochstaplerin verdächtigt, umgarnt, gefangen und bis in die übelsten Tiefen der Untersuchungs- und Gefängnishaft verstrickt wird, um schließlich doch, von jeglichem Verdacht unter vielen Verbeugungen, blitzblank gewaschen, in die unbekümmerte Welt des Besitzes zurückkehren zu können und obendrein noch den inzwischen liebgewordenen eleganten Onkel Kriminalkommissar als Ehegatten zu ergattern. — Sehr lehrreiche Einblicke in die geheimnisvolle Werkstätte der Natur bietet der Anschauungsfilm, der Rekordleistungen von Mensch und Tier einander gegenüberstellt, in dem der Mensch trotz aller technischen Errungenschaften doch als kümmerlicher Stümper vor den riesenhaften Sprungkünsten selbst eines Flohes bekennen muß: Ja, das kann ich nicht!

Promenaden-Theater.

Geschäftliches

Warnung an die Hausfrau. Es wird wieder vielfach einfach gebrannte Gerste als „Malzkaffee" verkauft — zum großen Schaden des Verbrauchers. Der echte Kathreiners Kneipp-Malzkaffee wird nach wie vor nur im bekannten Originalpaket mit Bild und Unterschrift des Pfarrers Kneipp geliefert. Er kostet trotz seiner weltbekannten Sonderqualität nur 55 Pf. für das Einpfund-Paket, Einhalbpfund-Paket 28 Pf. Sie schützen sich am einfachsten gegen minderwertige Nachahmungen, wenn Sie ausdrücklich ein Paket „Kathreiner" verlangen.

Amtlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten).

Durch einen über Nordskandinavien nach Süden erfolgenden kräftigen Polarluftvorstoß wird die über der südlichen Ostsee liegende Westströmung 56 M nach Mitteleuropa zurückgedrängt. Sie bringt uns vorübergehend Eintrübung und vereinzelte Niederschläge. Die Temperaturen gehen zunächst bis in die Nähe des Gefrierpunktes zurück. Auch im Flachlande muß vor allem nachts mit Frösten gerechnet werden.

Aussichten für das schlesische Flachland:
Bei weiter sinkender Temperatur zunächst noch meist wolkiges Wetter mit einzelnen Niederschlägen, zunehmende Frostgefahr.

Aussichten für das schlesische Mittel- und Hochgebirge:
Vorwiegend wolkig, zeitweise Schneefall, Temperaturrückgang bis zu Frost.

Datum: 1. 11. 28	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	2	10	1	heiter	SW 1		
Görlitz	4	9	4	klar	SSW 2	gering	
Sprottau	−2	11	−2	Nebel	SSW 1		
Liegnitz	2	11	1	heiter	S 1	0,3	
Bad Flinsberg	1	8	1	"	S 3	1.0	
Heufuderbaude	2	4	0	klar	SO 2	0,3	
Oberschreiberhau	3	6	−3	heiter	NW 1	2	
N. Schles. Baude							
Reifträgerbaude							
Schneekoppe	−4	0	−4	heiter	SSW 4	1.0	2
Neumarkt	2	11	2	"	S 1		
Festenberg	3	12	3	Nebel	SSW 2		
Krietern	1	12	1	bewölkt	still		Reif
Trebnitz	3	11	3	Nebel	S 1		
Ohlau	1	13	0	heiter	OSO 1		
Schweidnitz	4	13	4	"	WSW 3		
Bad Salzbrunn	4	10	1	"	SW 1		
Friedland (Bez. Breslau)	4	8	4	bedeckt	SW 1		
Reichenbach	4	12	4	heiter	W 1		
Reichenstein	3	12	3	bewölkt	SO 4		
Silberberg	[illegible]	[illegible]	[illegible]	heiter	[illegible]		
Altheide	2	14	1	bewölkt	SW 1		
Reinerz	3	12	0	bedeckt	SW 2		Reif
Landeck	−1	13	1	klar	still		
Neisse	−3	12	−3	"	still		
Kreuzburg	−1	14	−5	bedeckt	SSO 1		
Gleiwitz	3	10	−1	bewölkt	SSO 1		
Beuthen	3	10	−0	Nebel	S 1		
Ziegenhals	2	15	2	Nebel	S 1		
Oels	1	1	1	heiter	still		Reif
Bad Kudowa	4	11	−1	heiter	NO 1		Reif

Arbeiter-Sport

Ein Abend in der Volkswacht

Schulungsabend des Arbeiter-Sport-Kartells Breslau im Pressewesen

Am Donnerstag, dem 15. November, 18,30 Uhr, findet in der „Volkswacht"-Buchdruckerei, Flurstraße 4/6, für alle tätigen Berichterstatter, Schriftführer, sowie alle sonstigen geschäftlichen und technischen Funktionäre, soweit sie mit der Presse in Berührung kommen, ein praktischer Schulungsabend statt. — Es wird erwartet, daß alle Genossinnen und Genossen recht pünktlich erscheinen.

Arbeiter-Sport-Kartell zu Breslau, E. V.

4. Männer- und Jugendabteilung der F. T. B. e. V. Donnerstag Gemeinschaftsabend, 20 Uhr, bei Koschek, Luisenstraße 13.

Frauenabteilungen der Kartellvereine. Zur Förderung des Schwimmsports unter den Frauen stellt der Schwimmverein „Poseidon" Riegen für Anfänger und Fortgeschrittene zusammen. Es können von jeder Abteilung vorläufig 3 bis 4 Genossinnen daran teilnehmen, darunter kann eine Nichtschwimmerin sein. Uebungsabend jeden Dienstag, 20 Uhr, im Hallenschwimmbad. Badepreis 40 Pf. Meldungen Dienstag, den 13. November, zwischen 19 bis 20 Uhr, bei der technischen Leitung des Vereins im Hallenbad. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Bezirksratsmitglied und Spartenvorsitzende des 1. Bezirks. Sonnabend, 10. November, abends 20 Uhr, im Gewerkschaftshause, außerordentliche Bezirksratssitzung.

Freie Turnerschaft Breslau. Schulungsabend für die Kursisten am Lehrgang für Männerturnen Donnerstag, den 8. November, abends 7,30 Uhr, bei Koschik, Luisenstraße.

F. T. B. 9. Abteilung. Siedlung Pöpelwitz. Freitag, den 9. November, Vorstandssitzung. Genosse Gimmler und Spiller. 7. Abteilung gleichfalls.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau", 2. Abteilung. Abteilungsabend Sonnabend, 10. November, 20 Uhr, bei Klante. Vorstand und Komitee eine Stunde früher.

Führerkursus des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, 14. Kreis. Fortsetzung Sonnabend, den 10. November, Gewerkschaftshaus, 19,30 Uhr.

Handball. Jugendspiel Nord-Ost — 1897 steigt 11,20 Uhr in Oswitz. Männerspiel 1925 — 6. Abt. 10 Uhr, Tschansch. Schiedsrichter Wallenburg V. — Kirtsch.

Breslauer Produktenbörse vom 6. November

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 6. November 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis ab Erzeugerstation) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. — Tendenz: Getreide Matt. — Mehl: Ruhig. — Hülsenfrüchte: Behauptet. — Rauhfutter: Fester. — Futtermittel: Stetig

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide:	6.	5.
Weizen 75,5 kg Eff.-G. min. p. hl.	21,50	21,50
Roggen 71,2 kg	20,50	20,60
Hafer, mittlerer Art u. Güte	20,70	20,70
Braugerste, gute	25,00	25,00
Braugerste, mittl. Art u. Güte	23,00	23,00
Wintergerste	21,00	21,00

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	6.	5.
Weizenmehl	30,75	31,00
Roggenmehl	28,50	28,75
Auszugmehl	36.75	37,00

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz. feinere Sorten werden höher bezahlt.

Hülsenfrüchte (je 100 kg)
mittlerer Art und Güte der letzten Ernte.

	6.	2.
Viktoriaerbsen	44.00-48.00	44.00-48.00
Gelb. Mittelerbs.	32.00-35.00	32.00-35.00
kl. gelbe Erbsen	29.00-32.00	29.00-32.00
grüne Erbsen	40.00-48.00	40.00-48.00
Futtererbsen	—	—
weiße Bohnen	—	—
Pferdebohn.	—	—
Wicken	—	—
Peluschken	—	—
Lupin. gelb.	—	—
Lupin. blau	—	—

Rauhfutter: f. 50 kg	6.	2
R. u. W. Drahtpreßstr.	1.90	1.70
R. u. W. Bdspreßstr.	1.50	1.40
G. u. H. Drahtpreßstr.	2.00	1.85
G. u. H. Bdspreßstr.	1.55	1.45
geb. Weiz.- u. R.-Str.	—	—
geb. Gerst. u. Haf. St.	—	—
Roggen-Str., Breitdr.	2.60	2.60
Roggen-Str., Flegeldr.	—	—
Heu, gut, ges., trocken	6.00	6.00
Heu, gesund, neues	—	—

* Beste Sorten entsprechend höher.

Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 Kilogramm Parität Waggon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

	6.	2.
Weizenkleie	15.00-16.00	15.00-16.00
Roggenkleie	15.25-16.25	15.25-16.25
Gerstenkleie	17.50-18.75	17.50-18.75
Leinkuch. 36 %	26.25-27.25	26.00-27.00
Rapskuch. 36 %	20.75-21.75	20.75-21.75
Palmk.K. 20 %	22.50-23.50	22.50-23.50
Sesamk. 45 %	25.50-26.50	25.50-26.50
Tr. Kokoskuchen 26 %	24.50-25.50	24.50-25.50
Extr. Palmk.-schrot 18 %	22.00-23.00	21.50-22.25
Reisfuttermehl 24 %	16.50-17.50	16.50-17.50
Biertreber	18.50-19.50	18.00-19.00
Malzkeime	18.00-19.00	17.75-18.75
Trockenschnitzel	15.00-15.50	14.50-15.00
Weizenkleie-melasse 40/60	16.00-16.75	16.00-16.75
Biertreber-melasse 40/60	16.75-17.75	16.75-17.75
Palmkern-melasse 30/70	16.75-17.50	16.75-17.50
Torfmelasse 30/70	—	—
Futter-Mais	* 22.50-23.50	22.50-23.50
Soyaschrot ca. 44 %	23.25-24.25	23.25-24.25

Kartoffelflocken 21.25-22.25 — Sonnenblumkuchen (46 %) 22.75—23.75. Baumwollsaatmehl 50 %) — — Erdnußkuchen (50 %) 25.75-26.75.

* Bei Wasserbezug.

Aus Schlesien

Ortsgruppenvorstände!

Wollt ihr uns mit dem Bericht über die Werbewoche im Stich lassen?

Bis Dienstag, den 6. November, mittags, war erst aus 83 Orten berichtet. Darunter erfreulicherweise aus sämtlichen Ortsgruppen des Unterbezirks Steinau, Guhrau, Wohlau. Wo bleiben die anderen? Wie soll das Gesamtresultat aussehen, wie sollen wir an den Parteivorstand berichten, wenn wir von euch nicht die Informationen erhalten. Was diesen 83 Ortsgruppen möglich gewesen ist, muß auch bei den anderen, über 200 Orten möglich sein. Es ist allerhöchster Termin, Freitag, den 9. November, müssen wir abschließen. Deshalb: füllt das Formular sofort aus und schickt es ein. Für jede Ortsgruppe ist es doch unangenehm, als säumig bezeichnet werden zu müssen. Darum noch einmal, im Interesse der Sache gehandelt, das Formular sofort ausgefüllt und eingesandt

Der Bezirksvorstand.

Eine Sondertagung für Land- und Kleingemeinden

findet anläßlich des preußischen und deutschen Landgemeinde-Tages in Berlin am Donnerstag, den 15. November, 13 Uhr, im preußischen Landtag, Berlin, Prinz-Albrecht-Straße, statt.

Alle parteigenössischen Teilnehmer werden dringend ersucht, an dieser Sondertagung teilzunehmen.

Der Bezirksvorstand der kommunalen Arbeitsgemeinschaft

41 000 Mark für die Waldenburger Kinder

Die Notstandsaktion, die in Berlin auf Anregung und nach Erscheinen eines Artikels des „Berliner Tageblattes" eingeleitet worden ist, und deren Ergebnis für die Kinder des Hungerlandes Waldenburg Verwendung finden soll, hat bereits ein Ergebnis von 41 000 Mark in Bargeld zu verzeichnen. Außerdem sind große Mengen Kleidungsstücke abgegeben worden, deren Wert auch schon bis in die Tausende geht und die in Anbetracht des nahen Winters sehr begehrt sein dürften.

Gefängnis für den Schweidnitzer Krankenkassen-Rendanten

Vor dem Großen Schöffengericht in Schweidnitz hatten sich einige Beamte der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Schweidnitz wegen der im vorigen Jahre aufgedeckten Unterschleife zu verantworten. Dem Hauptangeklagten Rendanten Gustav Pohl, einem Mann von 55 Jahren, wurden Unterschlagungen in Höhe von über 40 000 Mark und Untreue zur Last gelegt, während die Anklage den früheren Leiter der Kasse, Paul Schmidt, der fortgesetzten Begünstigung dieser Straftaten und den Kaufmann Erich Wende, damals Angestellter, des Diebstahls und der schweren Urkundenfälschung bezichtigte. Obwohl die Angeklagten jede Schuld bestritten, stellte das Gericht fest, daß Pohl in raffinierter Weise sich namhafte Beträge in die eigene Tasche gesteckt hat. Er ließ sich für Teilzahlungen an Aerzte zunächst Einzelquittungen ausstellen, die er rechtmäßig verbuchte und verlangte dann über die Gesamtüberweisungen noch Generalquittungen, mit deren Hilfe er die Veruntreuungen beging. In ähnlicher Weise verfuhr er mit dem Konto für die Apotheker. Die Untreue wurde darin erblickt, daß Pohl einem Verwandten ein Darlehen von mehreren tausend Mark aus der Kasse gegeben hatte, ohne es zu verbuchen. Schmidt konnte nachweisen, daß er von den Verfehlungen des Rendanten keine Ahnung gehabt hat und wurde dann auch freigesprochen. Wende war der Urkundenfälschung nicht, sondern nur des Diebstahls von 30 Mark zu überführen. Der Rendant Pohl wurde vom Gericht zu der Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt, Wende an Stelle von einer Woche Gefängnis zu 40 Mark Geldstrafe.

Schweidnitz. Schaffung einer Parkanlage mit Freilichtbühne. Das von der Stadt von der Gemeinde Croischwitz erworbene Ludwigsche Grundstück wird jetzt in eine Parkanlage umgewandelt. Ein Eichenhain ist bereits errichtet, desgleichen Wege, die an der Seite mit Birkenbäumchen bepflanzt sind. In nächster Zeit soll ein Volkswiese ausgebaut und ein Wasserturm errichtet werden. Eine alte Sandgrube beabsichtigt die Stadt zu einer Freilichtbühne auszubauen. Die Arbeiten sollen mit ziemlicher Beschleunigung durchgeführt werden.

Bolkenhain. Ein Besitztum niedergebrannt. Auf dem Grundstück des Schwerkriegsbeschädigten Heinze in Streckenbach brach nachmittags Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit auf das ganze Gebäude ausbreitete und es bis auf die Umfassungsmauern in Asche legte. Getreide, Maschinen und Mobiliar wurden ein Raub der Flammen. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Der Schwerkriegsbeschädigte ist nun mit einer großen Familie obdachlos.

Seitendorf. Auf der Spur des Wüstlings. Wie wir berichteten, war hier ein vierzehnjähriges Mädchen von einem etwa 20- bis 22jährigen Manne brutal vergewaltigt und dann an einen Baum gebunden worden. Der Landeskriminalpolizei und der hiesigen Landjägerei ist es trotz der wenigen Anhaltspunkte jetzt gelungen, auf die Spur des gemeinen Wüstlings zu kommen. Es handelt sich um einen 21jährigen Burschen, der schon eine Reihe schwerer Straftaten begangen hat und vor nicht langer Zeit erst aus der Fürsorgeerziehung entlassen worden ist. Auch von der Breslauer Polizei wird er verfolgt. Einzelheiten über die weiteren Maßnahmen werden vorläufig im Interesse einer vollen Aufklärung nicht mitgeteilt, doch steht die Verhaftung des Burschen unmittelbar bevor.

Waldenburg. Geschäftstüchtige Aerzte. Die hier schon längere Zeit kursierenden Gerüchte von der Schädigung der Betriebskrankenkasse der Stadt Waldenburg durch zwei Waldenburger Aerzte verdichten sich immer mehr. Man beschuldigt die Aerzte Dr. Gombert und Dr. Georgi jetzt öffentlich, daß sie der Betriebskrankenkasse Sonderleistungen in Rechnung gestellt haben, die sie jedoch in Wirklichkeit garnicht ausgeführt haben. Es soll sich um ansehnliche Beträge handeln. Von der Leitung der städtischen Betriebskrankenkasse verlangt man eine durchgreifende Untersuchung, zumal es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß man ähnliche Manipulationen auch noch bei anderen Krankenkassen gemacht habe. Man ruft nach dem Staatsanwalt. Und das mit Recht, denn, wenn ein kleiner Angestellter mit vielleicht unzulänglichem Gehalt sich einige Mark widerrechtlich aneignet, oder wenn ein armer Teufel bei dem Versuch, sich durch Fälschung eines Krankenscheines einige Groschen mehr sichern will, erwischt wird, dann werden Staatsanwalt, Gericht, Rechtsanwälte und wer weiß sonst noch mobil gemacht. Die beiden beschuldigten Aerzte können aber noch heut ihre Praxis als Aerzte der genannten Krankenkasse ausüben.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Masselwitz-Rausse. Unsere Ortsgruppe veranstaltet Sonnabend, den 10. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Peche, eine Revolutionsfeier. Sorgt alle für guten Besuch. Ein Genosse aus Breslau wird sprechen.

Hundsfeld. Hier spricht Sonnabend 7½ Uhr, im Lokal „Gelber Löwe", Genosse Dr. Korn. Sorgt für guten Besuch. Bringt Bekannte mit.

Tschansch. Sonnabend, 7½ Uhr, findet im Lokal von Taube, Klein-Tschansch, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Redner: Stadtverordnete Genossin Thomas-Franz. Sorgt für guten Besuch, bringt Frauen mit.

Arbeit und Wirtschaft

Keine Vermittelungsaktion im Metallkonflikt

Die Regierung besteht auf der Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedsspruches

Zu den Gerüchten über eine Vermittlungsaktion zwecks Beilegung des Konfliktes in der Metallindustrie Nordwest wird von der Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt, daß die Bemühungen, durch vermittelndes Eingreifen Möglichkeiten zur Beilegung des Konfliktes zu schaffen, nach der Entwicklung der letzten Tage als aussichtslos erscheinen müßten. Die Regierung bestehe auf Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedsspruches, der einen vertraglichen Zustand geschaffen habe. Die Gewerkschaften könnten den Standpunkt der Regierung nur unterstützen. Möglichkeiten zu Verhandlungen über den verbindlich erklärten Schiedsspruch beständen nicht. Eine Vermittlungsaktion könne nur von neutraler dritter Seite ausgehen. Angesichts der zwischen den beiden Parteien bestehenden unüberbrückbaren Gegensätze seien jedoch zurzeit kaum Aussichten dafür vorhanden, daß eine derartige Aktion auch Erfolg habe. Ueberdies ist man vollkommen im unklaren darüber, was für eine Persönlichkeit für ein derartiges vermittelndes Eingreifen überhaupt in Frage kommen könne.

Gegenklage der Gewerkschaften

Bochum, 7. November. (Eigener Funkbericht.)

Die Gewerkschaften haben am Dienstag durch ihre Anwälte die Gegenklage beim Reichs-Arbeitsgericht in Essen eingereicht. Die Begründung zur Nichtigkeit der Klage der Arbeitgeber ist den Gewerkschaften zugegangen, und sie sind vom Arbeitsgericht aufgefordert worden, sich dazu bis zum 10. November zu äußern.

* * *

An den Arbeitgeberverband der Metallindustrie Nordwest ist von den drei am Tarifvertrag beteiligten Metallarbeiterverbänden folgendes gemeinsame Schreiben gerichtet worden: „Am 31. Oktober 1928 wurde der Schiedsspruch vom 26. Oktober 1928 für den Bereich der nordwestlichen Gruppe vom Reichs-Arbeitsminister für verbindlich erklärt. Die Mitglieder Ihres Verbandes haben am 1. November auf Ihre Veranlassung den Arbeitern die Möglichkeit zur Arbeit genommen. Ihrerseits wurden Ihre Mitglieder bisher nicht angehalten, das Lohnabkommen einzuhalten. Die tarifliche Friedenspflicht haben Sie dadurch verletzt. Für die Folgen sind Sie verantwortlich."

Keine Zurücknahme der Aussperrung

Düsseldorf, 7. November. Zu der von WTB. verbreiteten Meldung über eine von Arbeit Nordwest in Aussicht genommene Zurücknahme der Aussperrung bis nach Ausfall der Gerichtsentscheidung teilt Arbeit Nordwest offiziell mit, daß sich diese Mitteilung nach keiner Richtung auf tatsächliche Vorgänge stützen kann. Arbeit Nordwest hat zu dieser Frage noch keine Stellung genommen.

Eine Konferenz der Oberbürgermeister und Landräte der Kommunen des Aussperrungsgebietes

hat sich mit den Fürsorgemaßnahmen für die in Not geratenen Arbeiter und deren Familien beschäftigt und Richtlinien über die Unterstützungen aufgestellt, die in bar oder in Lebensmittelbezugscheinen gewährt werden sollen. Da die Bezirksfürsorgeverbände die umfangreichen Mittel nicht selbst aufbringen können, soll das Reich einschreiten.

* * *

Bochum, 7. November. (Eigener Funkbericht.)

Der Oberbürgermeister in Essen hat im Namen aller Gemeinden des Aussperrungsgebietes ein Telegramm an den Reichskanzler, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsarbeitsminister gesandt, in dem er bittet, daß alles getan werde, den Konflikt bald beizulegen.

Schon Feierschichten im Bergbau

Dortmund, 7. November. Die Vereinigten Stahlwerke teilen mit, daß der Lohnkampf in der Metallindustrie bereits im Bergbau zu Absatzschwierigkeiten geführt hat. Einige Hütten und Eisenwerke liegen still und haben deshalb keinen Bedarf an Kohle und Koks. Infolgedessen sehen sich die Verwaltungen der Zechen des Dortmunder Bezirks gezwungen, wegen Absatzmangels Feierschichten einzulegen, während die Belegschaft der Schachtanlage Minister Stein der Vereinigten Stahlwerke am Montag feierte, wird auch der auf der Schachtanlage Fürst Hardenberg am Dienstag der Betrieb ruhen. Wie weit sich die Absatzschwierigkeiten in der Folgezeit noch auswirken werden, ist nicht vorauszusehen.

Lohnkonflikt auch in der hannoverschen Eisenindustrie

Umfangreiche Belegschaftskündigungen

Hannover, 6. November. Die Lohnkämpfe im Westen wirken sich jetzt auch in der hannoverschen Industrie aus. Die Ilseder-Hütte und das Peiner Walzwerk haben ihren Belegschaften gekündigt, da diese eine mehr als 25prozentige Erhöhung des Spitzenlohnes forderten. Die Werke haben auf Vorhalt der Organisationen über unzureichende Zugeständnisse allen Arbeitern zum 14. November gekündigt.

Eiserne Stirn und eiserne Faust

Wie die vorgeschobenen „Rechtsgründe" des Arbeitgeberverbandes der nordwestdeutschen Gruppe der Metallindustrie im Eisenkrieg, so dienen auch die „Abänderungsvorschläge" der Arbeitgebervereinigung zur Schlichtungsverordnung lediglich die Bemäntelung der Tatsache, daß in Wahrheit der Unternehmervorstoß im Westen gegen die Staatsautorität gerichtet ist. Man tut so, als wenn man gar nichts gegen die Staatsautorität hätte, tischt aber zu gleicher Zeit Reformvorschläge auf, deren Zweck einzig und allein die Untergrabung der Staatsautorität ist. Denn wo bleibt in den kommenden Wirtschaftskämpfen die Autorität des Staates, wenn man den Reichsarbeitsminister im Schlichtungsverfahren zu einem Popanz macht?

In der Arbeitgeberdenkschrift zur Schlichtungsfrage wird mit Biedermannsmiene erklärt, daß das Unternehmertum zum Grundsatz der Schlichtung durchaus positiv eingestellt sei und auch die Notwendigkeit des staatlichen Schlichtungswesens anerkenne. Sieht man sich jedoch die Denkschrift etwas näher an, dann erkennt man sehr schnell, daß das Gerede der Unternehmer über ihre positive Einstellung zum Schlichtungswesen üble Heuchelei ist. Nach den Vorschlägen der Arbeitgeberdenkschrift soll die Verbindlichkeitserklärung einmal nur noch bei Arbeitsstreitigkeiten in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben und dann bei Streitigkeiten ausgesprochen werden, die die deutsche Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeiten der Gesamtbevölkerung bedroht sind.

Schon bisher bestand kein Streit über die Einbeziehung der Arbeitsstreitigkeiten bei sogenannten lebenswichtigen Betrieben in den Bereich der Verbindlichkeitserklärung. Die Klärung des Begriffs „lebenswichtiger Betrieb" ist kein unlösbares Problem. Anders liegen aber die Dinge bei der zweiten Forderung der Arbeitgeberdenkschrift, wonach die Verbindlichkeitserklärung nur bei Bedrohung der Lebensmöglichkeiten der Gesamtbevölkerung in Frage kommen soll. Für die Unternehmer liegt sicherlich eine solche Bedrohung immer dann vor, wenn ein für die Arbeiter günstiger Schiedsspruch verbindlich erklärt werden soll. Dann wird von den Unternehmern sofort das „Interesse der deutschen Wirtschaft", wie sie ihr Profitinteresse schönklingend nennen, in den Vordergrund gerückt, damit die Verbindlichkeitserklärung nicht ausgesprochen werde.

Der Pferdefuß der in der Maske eines Freundes des Schlichtungsgedankens auftretenden Arbeitgebervereinigung wird am deutlichsten sichtbar bei dem Vorschlag auf Bildung eines Reichsschiedsamtes, das das Vorliegen der Voraussetzungen für eine etwaige Verbindlichkeitserklärung und bei Bejahen dieser Frage die Richtigkeit (!?!) des ergangenen Schiedsspruches prüfen soll. Wenn beide Fragen vom Reichsschiedsamt bejaht werden, dann „kann" es den Schiedsspruch der Reichsregierung zur Verbindlichkeitserklärung empfehlen. Damit wird praktisch das ganze Schlichtungswesen zu einer tauben Nuß gemacht; nur die leeren Formen bleiben bestehen ohne lebendigen sozialen Inhalt — wenigstens für die Arbeiterklasse.

Die Arbeitgeberdenkschrift zur Schlichtungsfrage ist ein Bekenntnis schöner Seelen. Der Reichsarbeitsminister wird allerdings von diesem Bekenntnis wenig entzückt sein, denn ihm mutet man die Rolle eines Popanz zu. Er „darf" ja sagen, wenn das Reichsschiedsamt eine Verbindlichkeitserklärung für zweckmäßig hält, und wenn das nicht der Fall ist — nun dann „muß" er nein sagen!

Die Scharfmacher im Arbeitgeberlager haben sich in diesen Tagen bei ihrer Aktion gegen den Staat wunderbar schön in die Arbeit geteilt. Die eine Partei bedient das grobe Geschütz und spielt die Rolle des Militaristen mit der eisernen Faust. Die andere Partei spielt die Rolle des Sophisten, der mit eiserner Stirn der Oeffentlichkeit etwas vorlügen will. Beiden muß das Handwerk gelegt werden.

Moderne Freiheitsberaubung

Aus Groeners Reich.

Als Herr Groener an die Stelle Geßlers trat, hatten die im Bereich des Reichswehrministeriums beschäftigten Arbeiter die Hoffnung, daß nunmehr sich auch für sie die Verhältnisse etwas bessern würden. Die Hoffnung war trügerisch. Was sich zurzeit in den einzelnen Dienststellen im Lande draußen abspielt, ist ein Skandal. Kaum ein Tag vergeht, wo nicht ein Untergebener des Reichswehrministers vom Unteroffizier aufwärts Verfügungen und Befehle an eine Arbeiterschaft ergehen läßt, die in einem Tarifverhältnis steht und den Schutz der arbeiterrechtlichen Gesetzgebung genießt — jedenfalls genießen sollte. Die Herren Militärs haben keinen blassen Schimmer von Tarif- und Arbeiterrecht und geben sich auch gar keine Mühe, sich mit den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, der Schlichtungsordnung, des Tarifwesens usw. vertraut zu machen. „Wir sind Soldaten" — das ist ihr bequemer Standpunkt. Der „Herr im Hause" tobt in den Dienststellen.

Ein Prachtexemplar dieser Nichts-als-Soldaten-Naturen ist der Direktor des Heeresverpflegungsamtes vom Truppenübungsplatz Ohrdruf — ein gewisser Donau. Dieser Mann, der sich als kleiner König des Truppenübungsplatzes fühlt, hat unter dem 19. Oktober dieses Jahres eine Verfügung erlassen, worin er einfach Arbeiter, die im Tarifverhältnis stehen, für eine Art Feuerwache kommandiert. Wenn er für eine solche Wache Arbeiter braucht, dann hat er mindestens mit dem Betriebsrat zu verhandeln und die in Frage kommenden Arbeiter, falls sie sich zur Wache bereiterklären, nach den tarifvertraglichen Bestimmungen zu entschädigen. Eine Entschädigung ist jedoch von der Dienststellenleitung rundweg abgelehnt worden. Den Betriebsrat hat man darauf verwiesen, daß es ihm ja gestattet sei, ein Gesuch an das Wehrkreisverwaltungsamt in Stuttgart zu machen. Der Direktor Donau weiß anscheinend nichts davon, daß Arbeiter die im Bereich des Reichswehrministeriums beschäftigt sind und die im Tarifverhältnis stehen, das Recht haben, sich mindestens außerhalb ihrer Arbeitszeit frei und ungezwungen zu bewegen, wo und wie es ihnen beliebt.

Herr Groener muß hier einmal nach dem Rechten sehen, damit derartige Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden. Wie wäre es, wenn der Direktor Donau die Aufgabe bekäme, die den Arbeitern zustehende Entschädigung aus eigener Tasche zu zahlen? Vielleicht überlegt man sich im Reichswehrministerium einmal diese Frage.

Aenderungen des Hausarbeitsgesetzes

Aushändigung der Lohnbücher an die Hausarbeiter

Der Preußische Minister für Handel und Gewerbe weist darauf hin, daß durch die im Reichsgesetzblatt I Nr. 36, Seite 378 veröffentlichte Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 6. Oktober dieses Jahres über Lohnverzeichnisse und Lohnbücher in der Hausarbeit die bisherigen Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 des Hausarbeitsgesetzes über den Aushang von Lohnverzeichnissen und Aushändigung von Lohnbüchern an Hausarbeiter aufgehoben worden sind. Die Aufhebung der Ausnahmen ist erforderlich gewesen, weil sie die Aufsicht über die Zahlung der von den Fachausschüssen als allgemein verbindlich genehmigten Entgelte eines Tarifvertrages oder der festgesetzten Mindestentgelte sowie der anderweit verbindlich vereinbarten Tariflöhne erschwert haben, wenn die Entgeltregelung Gewerbezweige betraf, die durch die Ausnahmen von der Verpflichtung zum Aushang von Lohnverzeichnissen oder zur Aushändigung von Lohnbüchern befreit waren.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, macht der Handelsminister weiter darauf aufmerksam, daß in der Verordnung vom 6. Oktober nur noch gewisse Erleichterungen hinsichtlich des Aushanges der Lohnverzeichnisse oder Lohntafeln zugelassen worden sind, daß aber Lohnbücher oder Arbeitszettel, abgesehen von der im § 4 Abs. 1 des Hausarbeitsgesetzes vorgesehenen Ausnahme für das Ausarbeiten neuer Muster, nunmehr allgemein den Hausarbeitern ausgehändigt werden müssen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind angewiesen worden, der Durchführung der Verordnung besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Stahlhelmer werden bevorzugt

so lautet in neuester Zeit öfters der Schluß von Inseraten, worin Unternehmer Arbeiter suchen. Dieser Tage brachte z. B. die in Karlsruhe erscheinende deutschnationale „Badische Zeitung" gleich zwei solcher Inserate, eines von einer Münchener Maschinenfabrik und eines von einer Karlsruher Baufirma. — Die Unternehmer kennen ihre Pappenheimer. Sie wissen, Stahlhelmer sind brave, willige und billige Ausbeutungsobjekte. Das ist für sie die Hauptsache. Daher die große Sympathie der Arbeitgeber für das Soldatenproletariat.

Soziale Reaktion in Griechenland

Der Griechische Tabakarbeiterverband, der 15 000 Mitglieder zählt, hatte den Sekretär der Tabakarbeiterinternationale Eichelsheim, eingeladen, an dem zweiten Verhandlungstag, der Mitte Oktober in Drama stattfand, wegen des Anschlusses an die Internationale beizuwohnen. Das griechische Konsulat in Amsterdam gab jedoch kein Visum. Zunächst forderte das Konsulat einen Nachweis, daß Eichelsheim und Staal, der als Dolmetscher mitgehen sollte, nie mit der Polizei in Berührung gekommen sind, nicht gestohlen haben und über die nötigen Mittel für die Reise verfügen. Als daraufhin dem Konsulat mitgeteilt wurde, daß der Bürgermeister von Amsterdam gern diesen Nachweis besorgen wolle, erklärte das Konsulat plötzlich, daß es aus politischen Erwägungen kein Visum erteilen wolle.

Auch im Kampfe der griechischen Arbeiterschaft gegen die soziale Reaktion gilt der alte Kampfruf der deutschen Arbeiter: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht."

Innungs- oder Ortskrankenkassen?

Die Innungs-Krankenkassengründerei hat in der letzten Zeit üble Formen angenommen. Von Tag zu Tag nehmen die Klagen über die Zulassung nichtlebensfähiger Innungskrankenkassen zu. Die Gewerkschaften und der Hauptverband deutscher Krankenkassen haben deshalb bei einer am Donnerstag im Preußischen Wohlfahrtsministerium stattgefundenen Besprechung, an der auch Vertreter der Innungskrankenkassen teilnahmen, die maßgebenden Stellen auf die bedenklichen Folgen der Innungskassengründerei hingewiesen. Vom Ministerium wurde die Zusage gegeben, daß künftighin die Genehmigung zur Errichtung kleiner Innungskassen eingeschränkt werde.

Werden diesen Versprechen auch Taten folgen? Zeit wäre es, denn diese Gründerei bedeutet eine schwere Schädigung der Ortskrankenkassen und damit der Kassenmitglieder. Angesichts des Ernstes der Sachlage wäre es verfehlt, sich mit den Versprechungen des Preußischen Wohlfahrtsministeriums zufrieden zu geben. Es ist Sache des Reichstages, die Bedingungen für die Zulassung von Innungskrankenkassen überhaupt zu verschärfen; denn man geht neuerdings dazu über, nicht nur kleine, sondern auch große Innungskassen ins Leben zu rufen, die nur den Zweck haben, den Ortskrankenkassen das Wasser abzugraben. Die Schaffung großer Innungskrankenkassen muß die Grundlage der Ortskrankenkassen erschüttern, weil ihnen die günstigen Risikos entzogen und nur die schlechten gelassen werden. Ein Beispiel: In Remscheid umfaßt die Ortskrankenkasse etwa 20 000 Versicherte. Die Industrie will nun dort eine Innungskrankenkasse ins Leben rufen, die etwa 12 bis 13 000 Versicherte umfassen soll. Der Ortskrankenkasse würden also noch etwa 7000 Versicherte bleiben. Was soll die Ortskrankenkasse mit ihrem für einen viel größeren Versichertenkreis bestimmten Kassen- und Heilapparat (Heilanstalten und dergleichen) anfangen? Die Teile des Versichertenkreises, die verhältnismäßig wenig die Krankenkasse in Anspruch nehmen, würden der Innungskrankenkasse zugeführt und der Ortskrankenkasse die Zahler geringer Beiträge, zum Beispiel Lehrlinge und die Versichertenschichten überlassen, die die Kasse verhältnismäßig stark in Anspruch nehmen. Mit einem Wort: die schlechten Risikos packt man den Ortskrankenkassen auf.

Gibt es auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens nichts Besseres zu tun, als den Ortskrankenkassen Prügel zwischen die Beine zu werfen. Statt eine sinnlose und unfruchtbare Konkurrenz zu fördern, sollten die maßgebenden Stellen dafür sorgen, daß die Gesundheitswirtschaft einmal gründlich reformiert und modernisiert wird. Nicht Zersplitterung, sondern Einheitlichkeit der Gesundheitswirtschaft tut bitter Not. Hier gibt es Arbeit in Hülle und Fülle, hier liegen die Probleme.

Wirksame Bekämpfung der Berufskrankheiten zum Beispiel ist ohne gemeinschaftliches Arbeiten der Träger der Krankenversicherung und der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten und Gewerbeärzte nicht möglich. Wieviel Arbeitsräume in Fabriken und Büros sind heute noch vielfach ein Hohn auf die Hygiene? Krankenversicherung und Gemeinden treffen sich fast auf allen sozialen hygienischen Gebieten. Trotzdem ist der Dualismus: hier Versicherung — hier Fürsorge, der nur zum Nachteil der Gesamtbevölkerung wirkt, noch immer nicht überwunden. Es gibt kaum eine Maßnahme auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge, an der die Sozialversicherung, die öffentliche Gesundheitsfürsorge, insbesondere die Krankenkassen und Gemeinden, nicht in gleichem Umfange interessiert sind. Die Kosten eines Heilverfahrens für einen tuberkulosen Arbeiter sind zum Beispiel aufs Spiel gesetzt, wenn nicht während der Abwesenheit des Ernährers die wirtschaftliche Fürsorge für die Angehörigen in Funktion tritt oder die Wohnung für die Absonderung des Kranken hergerichtet wird. Einem durch Tuberkulose gefährdeten Kinde kann die von ärztlicher Seite verlangte dreimonatige Kur in einem Solbad nur dann ermöglicht werden, wenn nach Ablauf der satzungsmäßigen Leistungen der Krankenkassen die Restbeträge auf das Konto der öffentlichen Fürsorge übernommen werden können. Die Heilung eines Geschlechtskranken ist eine halbe Maßnahme, wenn nicht gleichzeitig damit der Infektionsträger ermittelt und auch der Behandlung zugeführt werden kann.

Die Träger der Reichsversicherung und die der öffentlichen Fürsorge ergänzen einander. Beider Schicksal ist auf das engste miteinander verbunden. In der vor einigen Monaten erschienenen beachtenswerten Studie des internationalen Arbeitsamtes über die Leistungen der deutschen Krankenkassen von Dr. Goldmann und Dr. Grotjan ist daher die Frage aufgeworfen worden, ob das notwendige schnellere und bessere Handeln auf sozial-hygienischem Gebiet nicht am sichersten durch die Bildung eines Trusts für Gesundheitswirtschaft gewährleistet werde. Also Arbeitsgemeinschaften von Trägern der sozialen Versicherungen der öffentlichen und freien Fürsorge auf Sicherstellung der Einheit der Gesundheitsfürsorge! Rationalisierte Gesundheitswirtschaft auf breitester Grundlage und nicht Innungskrankenkassengründerei ist das Gebot der Stunde.

Aus aller Welt

Mittwoch, 7. November 1928

Wegen Ermordung der Schwägerin zum Tode verurteilt

Am Dienstag vormittag begann vor dem Schwurgericht in Oldenburg der Mordprozeß Schäfer. Angeklagt sind die Witwe des Ingenieurs Schäfer, Anna Berta Schäfer, geborene Fleischhauer, der Knecht Johannsen, beide wegen Mordes, und die Eisenbahnassistentin Marie Fleischhauer-Königsberg wegen Urkundenfälschung.

Im Verlauf der Vernehmung der angeklagten Schäfer sagte diese aus, daß das Zusammenleben mit ihrer ermordeten Schwägerin nicht immer das beste gewesen sei. Sie habe den Plan gefaßt, ihr eine Tracht Prügel verabreichen zu lassen, weil sie sich davon eine Besserung des Verhältnisses versprach. Hierfür habe sie den Knecht Johannsen gewonnen. An dem betreffenden Morgen habe sie Johannsen bis zur Tür des Zimmers ihrer Schwägerin geleitet. Sie selbst habe das Zimmer nicht betreten. Johannsen sei bald wieder herausgekommen. Er sei sehr erregt gewesen und habe Blut an seinen Händen gehabt. Sie habe ihre Schwägerin durch die geöffnete Tür in einer Blutlache liegen gesehen. Zusammen mit Johannsen habe sie Fräulein Schäfer ins Bett gelegt, wo diese am nächsten Morgen verschieden sei. Die Leiche sei am Abend des 22. September von Johannsen in eine Decke eingeschnürt und in den Keller gebracht worden. Sie sei ihm dabei behilflich gewesen. Es folgte die Vernehmung der Eisenbahnassistentin Fräulein Fleischhauer, die das ihr zur Last gelegte Verbrechen der Urkundenfälschung zugab. Rechtsanwalt Schiff gab an Stelle der Angeklagten Frau Schäfer die Erklärung ab, daß Frau Schäfer die Schuld für die Fälschung voll und ganz auf sich nehme. Sie habe mit allen Mitteln versucht, die Unterschrift von ihrer Schwester zu erhalten.

Der Mitangeklagte Johannsen sagte aus, daß Frau Schäfer ihn verschiedentlich veranlaßt habe, ihre Schwägerin zu verprügeln. Am Tage der Tat sei Frau Schäfer morgens zu dem schlafenden Johannsen gekommen und habe gesagt, ihre Schwägerin sei im Nebenzimmer. Frau Schäfer habe sich dann auf ihre Schwägerin gestürzt, die laut um Hilfe gerufen habe. Er habe ihr den Mund zugehalten und die Kehle zugedrückt. Als Fräulein Schäfer am Boden lag, habe er das Zimmer verlassen. Nach einer Weile sei er von Frau Schäfer zurückgerufen worden. Er habe beide Frauen ringend vorgefunden. Fräulein Schäfer habe am Boden gelegen. Da habe er Frau Schäfer zurückgerissen und ihr einige Schläge auf den Kopf versetzt. Er habe schließlich das Haus verlassen. Später habe Frau Schäfer ihm verboten, am Tage ins Haus zu kommen. Anfang Oktober habe sie ihm weinend erklärt, ihre Schwägerin sei nicht mehr am Leben. Sie habe ihn gebeten, ihr beim Wegschaffen der Leiche behilflich zu sein, die sie in den Keller geschafft habe. Johannsen habe dies abgelehnt. Am Bahnhof hätten sich die Angeklagten getrennt. Am Abend sei Johannsen von der Polizei verhaftet worden.

* * *

Kurz vor Mitternacht wurde im Mordprozeß Schäfer folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagte Anna Schäfer ist des Mordes und der Anstiftung zur schweren Urkundenfälschung, der Angeklagte Johannsen der gefährlichen Körperverletzung, die Angeklagte Maria Fleischhauer der schweren Urkundenfälschung für schuldig befunden. Die Angeklagte Frau Schäfer wird zur Strafe des Todes, einem Jahr Zuchthaus und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit, Johannsen zu einer Gefängnisstrafe von vier Jahren und Maria Fleischhauer zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Der Angeklagten Maria Fleischhauer wird eine Bewährungsfrist bis zum 1. Dezember 1931 zugebilligt. Die Untersuchungshaft wird allen Angeklagten angerechnet.

Ein Opfer seines Dialektes

Die drei blutjungen sächsischen Kupferschmiede Richter, Scharms und Zimmermann hatten im Frühjahr dieses Jahres, nachdem sie knapp aus der Lehre waren, das Glück, auf der Marinewerft in Wilhelmshaven Arbeit in ihrem Beruf zu bekommen. Alle drei wohnten in dem sozialistisch verwalteten Rüstringen, der Schwesternstadt von Wilhelmshaven. Hier nahmen sie an den Bestrebungen ihrer freigewerkschaftlichen Organisationen teil, führten aber im übrigen notgedrungen ein zurückgehaltenes Leben, zumal der Lohn der jugendlichen Gesellen nicht gerade erheblich war.

Ein Abend im September dieses Jahres sollte ihnen nun unvergeßlich werden. Die drei Kupferschmiede hatten einen Reichsbannerzug besucht und befanden sich auf dem Heimweg durch einen Stadtteil von Rüstringen. Die Einwohner dieser Gegend sprechen ihr Plattdeutsch. Den drei sächsischen Kupferschmieden wurden nun ob ihres Dialektes, der den herben Norddeutschen komisch erschien, Spottworte nachgerufen. Sie kamen mit einheimischen Jugendlichen und Kindern in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf der leicht erregbare neunzehnjährige Herbert Richter aus Dresden-Neustadt sein Taschenmesser zog und auf einen dreizehnjährigen Schulknaben einstach. Dieser brach blutend zusammen und verschied in wenigen Minuten.

Wegen des „komischen" Dialekts der Sachsen war eine schwere Bluttat geschehen! Herbert Richter, der unbedachte Totschläger, ein Waisenkind — seine Mutter starb während des Weltkrieges, sein Vater verunglückte tödlich im Dienste der Dresdener Feuerwehr — flüchtete. Er wurde nach einigen Stunden in seiner Logiswohnung verhaftet und später ins Untersuchungsgefängnis nach Oldenburg überführt. Der junge Täter, der in einer verhängnisvollen Aufwallung eine arme Familie um ihren hoffnungsvollen Sohn brachte, hatte selbst ein typisches Proletarierschicksal durchgemacht. Zu Ostern dieses Jahres war er bei seiner Gesellenprüfung mit einem Diplom ausgezeichnet worden.

Dieser Tage hatte er sich vor dem Schwurgericht in Oldenburg wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verantworten. Das Gericht bemühte sich, die Tat sozial und psychologisch zu werten. Dennoch beantragte der Staatsanwalt fünf Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis bei anderthalbjährigem Strafaufschub.

Dynamitattentat aus Eifersucht

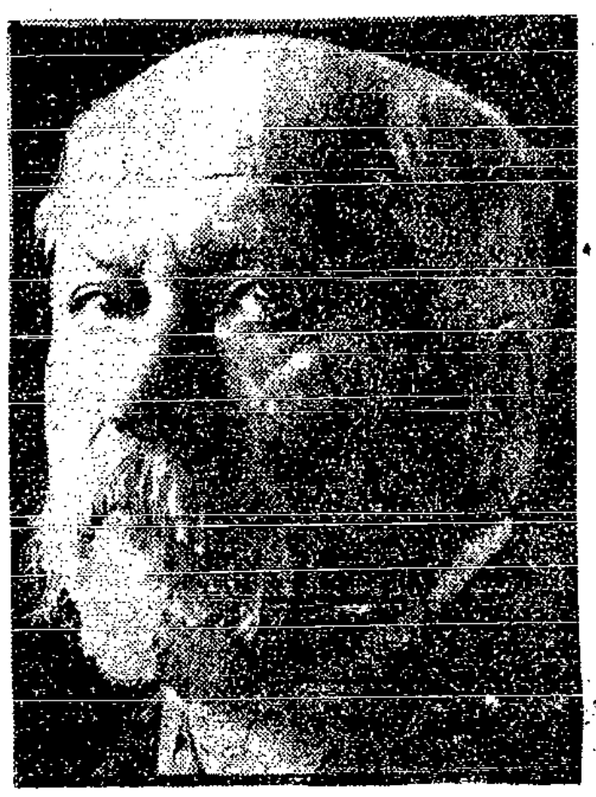
In der Oberdörnerstraße in Barmen ging am Dienstag eine Dynamitladung in die Luft, durch die das Untergeschoß des Hauses zertrümmert und andere Teile des Hauses stark beschädigt wurden. Zehn Minuten später erfolgte im Hause Adlerstraße 18 gleichfalls eine Sprengstoffexplosion, durch die das im Erdgeschoß liegende Zigarrengeschäft des früheren Steinbruchbesitzers Johann Meisloch und ein anstoßendes Zimmer vernichtet wurden. Nach den Ermittelungen der Kriminalpolizei handelt es sich um aus Eifersucht begangene Sprengstoffanschläge Meislochs, der als Leiche unter den Trümmern geborgen wurde. Seine Frau und drei Hausbewohner erlitten schwere Verletzungen.

Das Ehepaar Meisloch war seit etwa vier Jahren verheiratet. Der Mann stand im 55. Lebensjahr, seine Frau ist 25 Jahre jünger. Zwischen den Eheleuten war es wiederholt zu schweren Auseinandersetzungen gekommen, da Meisloch glaubte, daß seine Frau ihm nicht die Treue hielt. Am Abend vor dem Attentat war zwischen den Eheleuten abermals ein Streit ausgebrochen. Am Dienstag morgen begab sich Meisloch kurz nach 6 Uhr in den Keller, wo er Sprengmaterial aufbewahrte, das aus seinem früheren Steinbruchbetrieb stammte. Wahrscheinlich hat er um diese Zeit die Sprengkörper für das Attentat fertig gemacht. Kurz nach 7 Uhr trat Meisloch auf die Oberdörndorfer Straße hinaus; um 7,10 Uhr ging die Sprengladung unter furchtbarem Getöse in die Luft. Die Passanten wurden von einer Panik ergriffen. Ehe noch die Polizei und die Feuerwehr zur Stelle waren, erfolgte 10 Minuten später die zweite Explosion in der Adlerstraße, wenige hundert Meter von der ersten Explosionsstelle entfernt. Die Polizei hat umfangreiche Absperrmaßnahmen getroffen, da befürchtet werden muß, daß noch weitere Dynamitladungen explodieren.

Mehrere Eisenbahnunglücksfälle in Polen

In den letzten 48 Stunden haben sich in Polen allein vier größere Eisenbahnunglücksfälle ereignet. In Bismarckhütte stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wodurch zwei Wagen zertrümmert wurden. Dabei gab es zwei Tote und mehrere Verletzte. In Dombrowa fuhren zwei Güterzüge infolge falscher Weichenstellung aufeinander, wobei mehrere Wagen vollständig zertrümmert wurden. Zum Abtragen des Trümmerhaufens brauchte man 12 Stunden, wodurch der Verkehr auf diesem Abschnitt während des ganzen Tages vollständig unterbunden war. Zwei andere Zusammenstöße ereigneten sich in Kongreß-Polen.

Rücktritt der französischen Regierung



Ministerpräsident Poincaré (im Bilde) ist mit seinem ganzen Kabinett gestern zurückgetreten.

Der Lavastrom des Aetna

Der Lavastrom des Aetna bricht neuerdings aus einem völlig neuen Krater hervor, der sich in etwa 2000 Meter Höhe in einem bebauten Zelt gebildet hat. Der Lavastrom hat bereits starken Schaden angerichtet. So hat er eine eiserne Brücke der Eisenbahn um den Aetna bereits überflutet und diese durch seine Glut völlig geschmolzen, so daß der Verkehr auf der Strecke unterbunden ist. Auch die parallel zur Bahn führende Straße ist vom Lavastrom überflutet und zerstört worden. Der Lavastrom bedroht jetzt unmittelbar die große Haupteisenbahnverbindung zwischen Catania und Messina. In Catania werden immer neue Rettungskolonnen organisiert, um den fliehenden Landbewohnern Hilfe und vor allem Lebensmittel zu bringen.

In der Nordsee gesunken

Der Cuxhafener Fischdampfer „Pickhuben" überrannte in der Nordsee den Motorkutter „Hüxtertor", der darauf sank. Zwei Mann der Besatzung ertranken, zwei Mann konnten gerettet werden.

Die erste Tageszeitung in Albanien

Am Montag hat in Tirana die erste Tageszeitung zu erscheinen begonnen. Sie ist das Organ der albanischen Patrioten.

560 Kilometer Stundengeschwindigkeit

Der englische Fliegeroffizier Greig erreichte bei einem Probestart mit seinem neuen Flugzeug „Napier" eine Geschwindigkeit von über 560 Stundenkilometern. Greig beabsichtigt nunmehr, einen offiziellen Angriff auf den bisher von dem Italiener Bernhardi gehaltenen Weltrekord von 500 Stundenkilometern und hofft, den italienischen Rekordflieger zu schlagen.

Auf der ganzen Erde zu hören

Der Zeesener Rundfunksender, der größte Deutschlands und der Welt, wird in den nächsten drei Monaten so ausgebaut, daß er bereits von Empfängern durchschnittlicher Empfindlichkeit auf der ganzen Welt gehört werden kann. Dieser neue Fortschritt ist den vortrefflich gelungenen Versuchen mit Kurzwellensendungen zu verdanken.

Heuschrecken-Gefahren

Eine der schwersten Plagen des Ackerbaues in den Tropen und Südtropen sind Heuschreckenschwärme. Kurz nach Beginn der Regenzeit kommen diese Tiere oft ganz unvermutet in ungeheuren Massen durch die Luft herbeigeflogen, so daß der Himmel verdunkelt wird. Sie stürzen sich auf die Felder und richten in ihrer unersättlichen Gier ganz gewaltigen Schaden unter den Pflanzen an. Häufig genug wurde so die Kornernte in diesen und jenen Gebieten Afrikas und Asiens vernichtet. Im Irak und in Palästina haben die englischen Behörden zum Teil mit Erfolg den Versuch gemacht, einen regelrechten Meldedienst per Telephon und Telegraph über das Auftauchen von Heuschreckenschwärmen einzurichten und dann mit Flammenwerfern gegen diese Pest vorzugehen. Auch Flugzeuge werden dabei eingesetzt.

Grashüpfer von mehr als 12 Zentimeter Länge gibt es im Kongostaate. Gewaltig ausgebildet sind ihre Beißorgane. Die Tiere können damit sogar kleine Vögel und Mäuse mit Erfolg töten und verzehren. Erstaunlich ist die Sprungkraft dieser Riesen unter den Grashüpfern. Sie vollbringen mit Leichtigkeit Sprünge von mehr als dem Hundertfachen ihrer eigenen Länge. Man bedenke, daß nur wenige Menschen eine Sprungdistanz von der doppelten Länge des eigenen Körpers erreichen.

Die Filmschauspielerin als Ware

Ein Prozeß der Filmschauspielerin Dyers gegen den Filmregisseur Fritz Lang vor dem Arbeitsgericht in Essen wirft ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse in der Filmindustrie.

Fräulein Dyers, die 18 Jahre alt ist, ist von Herrn Lang auf sechs Jahre verpflichtet. Herr Lang darf von Jahr zu Jahr kündigen, Fräulein Dyers nicht. Fräulein Dyers begann mit 600 Mark Monatsgage; augenblicklich erhält sie 1500 Mark. Herr Lang aber hat das Recht, Fräulein Dyers an andere Filmgesellschaften zu „verleihen", man kann auch sagen, zu „vermieten". Die Miete, die er für die Schauspielerin erhält, ist sein Geschäft; die Verliehene erhält dafür nichts.

In der Zeit, in der Frälein Dyers bei der Fritz-Lang-Film-G. m. b. H. monatlich 600 Mark bezog, hat Fritz Lang sie „verliehen" an die Defu, die ihrerseits an Herrn Lang 4000 Mark pro Monat zahlen mußte. Fritz Lang hat die jugendliche Dyers dann an eine französische Filmgesellschaft vergeben. Damals erhielt Fräulein Dyers 1000 Mark monatlich, Herr Lang steckte, nach den Behauptungen der Klägerin, 8000 Mark ein. Er selbst bzw. sein Vertreter gab vor Gericht jedoch „nur" 4000 Mark monatlich zu. Jetzt soll Fräulein Dyers an Richard Oswald für 12 000 Mark vermietet werden.

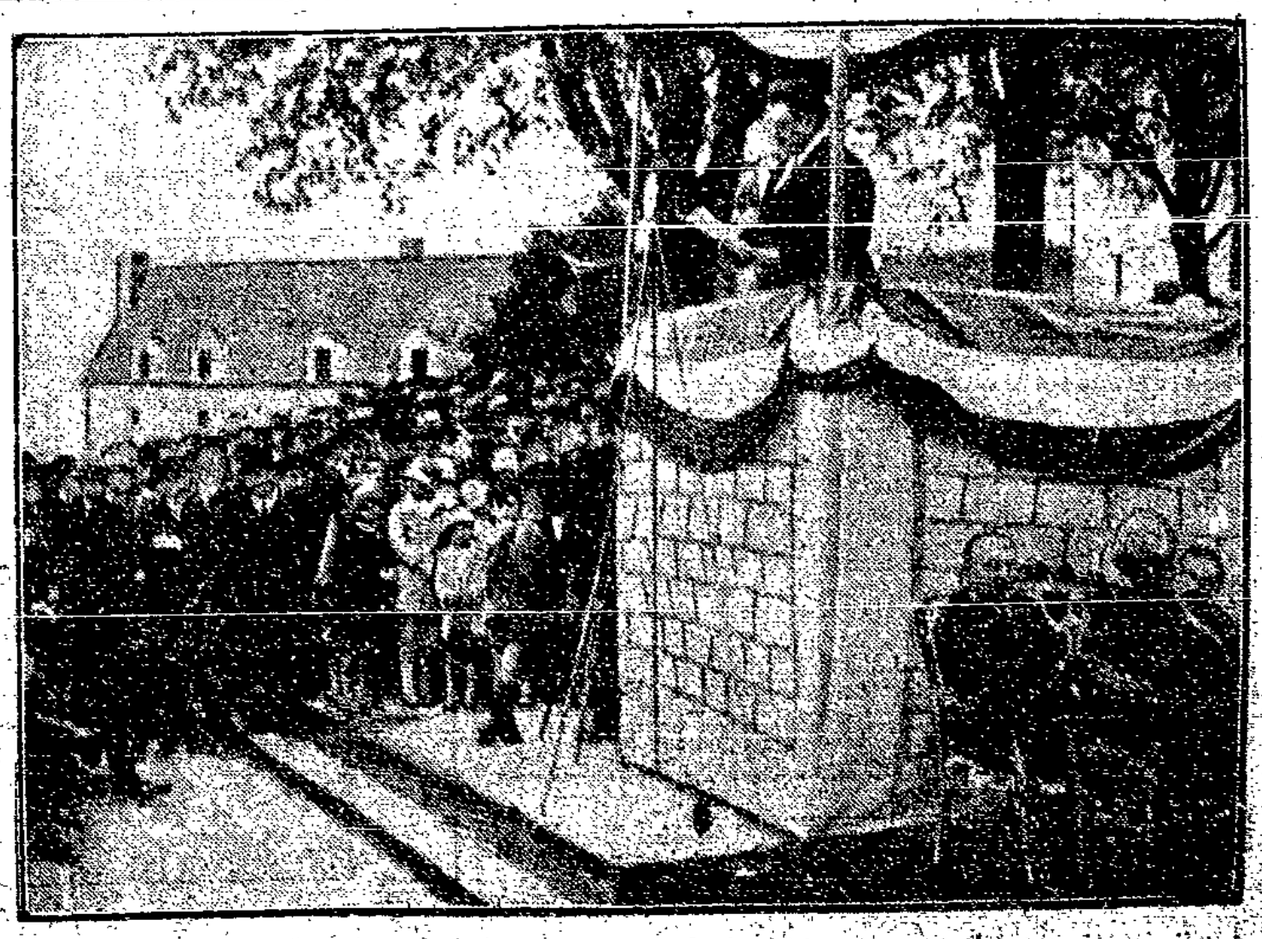
Die Schauspielerin ist eine Ware, an der Herr Lang verdient. Sie klagt auf Lösung des Vertrages, der gegen die guten Sitten verstoße. Herr Lang will seine Ware, an der er mühelos Zehntausende verdient, nicht freigeben. Er will sie weiter „vermieten". Das Arbeitsgericht wird das Urteil in einigen Tagen verkünden. An der Verurteilung des Herrn Lang ist nicht zu zweifeln.

* * *

In dem Rechtsstreit zwischen der Schauspielerin Dyers gegen den Filmregisseur Lang ist nun das Urteil vom Arbeitsgericht gefällt worden. Der Vertrag, den Regisseur Lang mit der 18jährigen Schauspielerin abgeschlossen hat, wurde als nichtig erklärt, weil er bedenkliche Paragraphen enthalte, insbesondere deswegen, weil nur eine einseitige Kündigungsmöglichkeit von seiten Langs vorgesehen war. Die Gerichtskosten in Höhe von 500 Mark gehen zu Lasten des Beklagten Fritz Lang.

Denkmalsschändung unmittelbar nach der Enthüllung

In Pons bei La Rochelle (Frankreich) wurde dem Ministerpräsidenten Emile Combes, der 1905 die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich durchgeführt hat, ein Denkmal errichtet und am 28. Oktober durch den Unterrichtsminister Herriot eingeweiht (im Bilde). Sofort nach der Feier zerschlugen klerikale Royalisten die Büste des Ministerpräsidenten Combes durch Hammerschläge.



Die Arbeitslage im Reiche.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Wochen im allgemeinen uneinheitlich entwickelt. Der Grund dafür liegt in der unsicheren konjunkturellen Entwicklung. Nach den Angaben des Konjunkturinstituts hätte man eine starke Belastung des Arbeitsmarktes bereits im August und September erwarten müssen; die wirtschaftliche Lage hat sich jedoch als widerstandsfähiger erwiesen, als im allgemeinen angenommen worden ist. Diese Entwicklung der Wirtschaft ist nicht zuletzt auf die in den letzten Monaten sich ständig erhöhende Ausfuhr zurückzuführen. Sie lag im August bereits um 100 Millionen höher als im Juli und überschritt den Betrag von einer Milliarde Mark. Im September stieg sie wieder auf 1,06 Milliarden. Die Exportindustrien hatten eine als günstig zu bezeichnende Arbeitskapazität, die die gesamte Arbeitsmarktlage nicht unbeeinflußt lassen konnte. Der zweite Hemmschuh war das Baugewerbe, das — allerdings sehr verspätet — seit Jahresmitte verbesserte Finanzierungsbedingungen aufweist und dadurch, solange die gute Witterung anhält, günstige Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Die Zahl der Bauerlaubnisse ist in den großen Städten und Mittelstädten seit Juli kräftig gestiegen. Ein weiteres Hemmnis des Konjunkturabstieges liegt darin, daß der arbeitstägliche Absatz in einzelnen Bergbaugebieten im September noch höher war als beispielsweise im August, obgleich das teilweise durch eine gewisse Vorversorgung verursacht sein dürfte und weniger konjunkturell zu bewerten ist. Schließlich war auch die Landwirtschaft mit Erntearbeiten bisher voll beschäftigt; sie hatte starken Bedarf an Aushilfskräften. So wurde auch von dieser Seite her der Arbeitsmarkt stark entlastet. Aus der Summe aller dieser nicht ungünstigen Momente erklärt es sich, daß die Arbeitsmarktlage verhältnismäßig stabil geblieben ist.

Mitte Oktober waren zirka 1,2 Millionen Arbeitsuchende auf dem Arbeitsmarkt, von denen der größte Teil arbeitslos sein dürfte. Unterstützt in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenunterstützung zusammen werden zurzeit zirka 675 000 Personen, das heißt, etwa 60 Prozent der Arbeitsuchenden. Trotzdem ist zur Kennzeichnung der Lage festzuhalten, daß die Zahl der Arbeitsuchenden Mitte Oktober um etwa 300 000 Personen größer sein dürfte als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Das besagt natürlich nicht, daß eben so viel Arbeiter weniger beschäftigt sind, als die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahre höher ist; denn es sind die Vollgeburten-Jahrgänge der Vorkriegszeit herangewachsen und eine große Anzahl Erwerbsfähiger neu in den Wirtschaftsprozeß eingetreten. Deren Zahl ist erheblich größer als die Zahl der durch Tod Abgegangenen. Bis zum Jahre 1930 ist zunächst mit einem starken Erwerbsfähigen- und Erwerbstätigenüberschuß zu rechnen. Diese neu in den Produktionsprozeß Eintretenden müssen bei gleichbleibender Wirtschaftslage andere Arbeitnehmer verdrängen, so daß sich daraus zum Teil die erhöhte Arbeitslosigkeit erklären dürfte, ohne daß in ihr deshalb eine ungünstigere Lage der Wirtschaft zum Ausdruck kommt. Den Zuwachs Erwerbstätiger zeigen unter anderem die Verbandsziffern der Gewerkschaften. Sie drücken zum Teil den verstärkten Organisationsgrad unter den Arbeitern aus, zum Teil sind sie aber auch durch das erwähnte Heranwachsen der Jugendlichen in das erwerbsfähige Alter zu erklären.

In den künftigen Monaten ist auf dem Arbeitsmarkt mit dem bald zu erwartenden Witterungswechsel die übliche saisonbedingte starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Was wird werden? Zunächst ist selbstverständlich auf dem Arbeitsmarkte mit dem bald zu erwartenden Witterungswechsel die übliche saisonbedingte starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Der industrielle Arbeitsmarkt dürfte, soweit das sich jetzt beurteilen läßt, bei der vorhandenen Widerstandsfähigkeit keine allzu starken Veränderungen zeigen. Ins Gewicht fällt dabei vor allem, daß durch die gute Ernte von der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine starke Kaufkraft ausgehen wird, die nicht nur die Verbraucherindustrien, sondern auch die Produktionsmittelindustrien beleben muß. Jedenfalls rechtfertigt weder die augenblickliche noch die für die nächsten Monate zu erwartende Lage auf dem Arbeitsmarkt die Kassandrarufe der Unternehmerpresse in der Lohnbewegung. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist durchaus nicht so, daß keine Lohnverbesserung zurzeit mehr möglich wäre.

Reichsmittel für die Landwirtschaft

20 Millionen Mark für das landwirtschaftliche Notprogramm

Der Reichsernährungsminister Dietrich hat am Montag vor Vertretern der württembergischen Landwirtschaft eine Rede gehalten, die sich in der Hauptsache mit dem landwirtschaftlichen Notprogramm beschäftigte. Der Minister betonte die Notwendigkeit, dieses Programm, das ja ein Programm zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und des Absatzes landwirtschaftlicher Artikel sein soll, auf lange Sicht umzustellen. Deshalb werde die Reichsregierung erstmalig im Etat 1929 trotz der gespannten Finanzlage für dieses Programm 20 Millionen Mark zur Verfügung stellen, wobei sie sich bewußt sei, daß diese Summe für 5 Jahre festgelegt wird.

Daß sich das vom Reichstag gebilligte Not- bzw. Rationalisierungsprogramm nicht von heute auf morgen auswirken kann und daß seine erfolgreiche Durchführung weiterer Mittel bedarf, ist selbstverständlich. Voraussetzung dafür ist aber auch, daß die Zweckmäßigkeit weiterer Ausgaben vom Reichstag auf das genaueste geprüft wird.

Rekordjahr für Kali

Über den Rekordabsatz im laufenden Düngejahr teilt das Deutsche Kalisyndikat folgendes mit: „Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kaliwerke im Oktober 1928 betrugen 765 075 Doppelzentner Reinkali gegen 637 408 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten sechs Monaten (Mai bis Oktober) des laufenden Düngejahres betragen 5 923 680 Doppelzentner Reinkali gegen 4 816 092 Doppelzentner Reinkali in den ersten sechs Monaten des Düngejahres 1927/28. In den ersten zehn Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kaliwerken insgesamt 12 317 508 Doppelzentner Reinkali gegen 10 705 816 Doppelzentner Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres versandt. In diesen Zahlen sind die Abladungen der Kaliwerke für die Exportläger des Syndikats mitenthalten."

Ueberaus gute Getreideernte in Europa

Wenn eine zahlenmäßige Uebersicht über die Getreideernte 1928 auch noch nicht vorliegt, so wird doch aus allen Ländern der ungewöhnlich gute Ausfall der Ernte und die gute Qualität des Getreides bestätigt. Allerdings hat Südeuropa eine Mißernte in Mais zu verzeichnen und auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die Maisernte nicht die erwarteten großen Mehrerträge gebracht. Diese Tatsache ist für die ziemlich angespannte Lage auf dem Futtermittel- und Futtergetreidemarkt von Bedeutung und selbst für den Brotgetreidemarkt von Wichtigkeit. Südeuropa ist nämlich in starkem Maße auf den Genuß von Maismehl und Maisspeisen angewiesen, die jetzt durch Getreidemehl und Brot ersetzt werden müssen. Der überfüllte Getreidemarkt erfährt so eine gewisse Entlastung. Gleiche Wirkung hat die nicht besondere Reisernte in Indien und Ostasien, obwohl sie in diesem Jahre größer ist als in den Vorjahren. Auch hier dürften die Dinge zum Getreide- bzw. Mehlexport nach Asien drängen. Trotz dieser Entwicklung werden wir damit rechnen müssen, daß die Ueberschüsse in den großen Getreideländern vielumfangreicher sind als der Bedarf in den Zuschußgebieten. Augenblicklich läßt sich die Lage an den Getreidemärkten kaum übersehen. Das Bild wird durch das Treiben der Spekulation verdunkelt, besonders in Nordamerika, wo das Geschäft stark unter dem Einfluß der Präsidentenwahlen steht. Endgültige Klarheit kann sich erst nach Ende der amerikanischen Wahlen ergeben und nach endgültiger Feststellung der argentinischen und der australischen Ernten.

Dixi-Autowerke von den Bayerischen Motorenwerken aufgekauft

Die Bayerischen Motorenwerke (BMW.) teilen jetzt in einem Communiqué den Ankauf der Dixi-Automobilwerke in Eisenach mit. Schon seit längerer Zeit trugen sich die Bayerischen Motorenwerke, die vorzugsweise auf dem Gebiet des Flugmotorenbaus tätig sind, mit dem Gedanken, die Produktion von Kleinautos aufzunehmen. Es wurde auch eine Zeit lang an die Errichtung eines eigenen Werkes gedacht. Jetzt hat man sich jedoch zur Uebernahme der Dixi-Werke entschlossen. Diese gehören zum Konzern der Gothaer Waggonfabrik und stellen den bekannten Dixiwagen nach englischen Austizlizenzen her. Der Kaufpreis soll zwei Millionen Mark betragen. Dabei übernehmen die Bayerischen Motorenwerke die Passiven in Höhe von 11 Millionen Mark und 15 Millionen Mark Aktiven. Unter den Aktiven dürften sich wohl 5 bis 6 Millionen Mark Vorräte und Halbfertigfabrikate befinden. Die Kapazität von Dixi wurde vor kurzer Zeit einmal mit 50 Wagen pro Tag angegeben. Die tatsächliche Produktion wird aber in letzter Zeit höchstens 30 bis 35 Wagen betragen haben, obwohl das Werk stark auf Lager arbeitete.

Die Ernte dürfte in diesem Jahre nach den vorliegenden Schätzungen ungefähr 9 916 000 Ballen erbringen gegenüber 11 256 000 Ballen im Jahre 1926 und 11 000 000 Ballen im Vorjahre. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Anbaufläche von 3 846 000 Acres im Jahre 1926 und 3 400 000 im Jahre 1927 auf 3 200 000 zurückgegangen ist.

Der starke Ernterückgang im Jahre 1928 erklärt sich in der Hauptsache dadurch, daß in den Jahren 1926 und 1927 Rekordernten zu verzeichnen waren. Wenn man die Ernten von 1921 bis 1925 in Betracht zieht, liegt die Ernte für 1928 weit über dem Durchschnitt dieser Ernten.

Neue Kohlenfunde im Krakauer Revier werden soeben von dem Terrain der staatlichen Grube Brzeszcze bei Krakau gemeldet, wo unter Mitwirkung des staatlichen Geologischen Instituts und der Krakauer Bergakademie in 900 Meter Tiefe ein mächtiges Lager angebohrt worden ist. Die dortigen Sucharbeiten haben sich schon einige Jahre hingezogen. Angeblich soll die gefundene Kohle der oberschlesischen Mittelqualität entsprechen. Man hofft, nach Erweiterung der Grubenanlagen die Jahresproduktion von 500 000 auf 1,2 Millionen Tonnen steigern zu können.

Polnische Neugründungen. „Lowiczer Industriewerke, Zuckerfabrik und -raffinerie Irena" nennt sich eine mit dem Sitz in Warschau und einem Kapital von 2 Millionen Zloty neu gegründete Aktiengesellschaft, die von dem bisherigen Besitzer H. Rosenberg die Zuckerfabrik und -raffinerie „Irena" übernimmt und weiterführt. Gründer der Gesellschaft sind H. Rosenberg, St. Lewicki und F. Bogatko. — Unter der Firma „Warschau-Rigaer Gummiwarenfabrik Rygawar" ist in Warschau eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Zloty (10 000 Aktien zu je 100 Zloty) ins Leben getreten.

Die russischen Getreidebereitstellungen beliefen sich (laut „Ekonomitscheskaja Shizn") im September auf insgesamt 1 633 246 Tonnen (gegen 1 694 292 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres). Der Bereitstellungsplan für September ist somit um 12,6 Prozent überschritten. In der Ukraine ließen die Getreidebereitstellungen noch zu wünschen übrig; da dort der Voranschlag zu 15,9 Prozent nicht erfüllt wurde. Das gleiche gilt für den nördlichen Kaukasus und für die Tatarenrepublik, wo die Bereitstellungen mit 13,2 bezw. 13,6 Prozent gegen den Voranschlag zurückblieben. In den übrigen Revieren ist der Bereitstellungsplan mit einem Ueberschuß durchgeführt worden. Von den Bereitstellungen kommen u. a. 809 435 Tonnen auf Weizen (gegen 761 543 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres), 226 893 Tonnen auf Roggen, 106 524 Tonnen auf Gerste (92 907 Tonnen) und 192 841 Tonnen auf Sonnenrosen (341 46[illegible] Tonnen). Der starke Rückgang der Sonnenrosenzufuhren ist auf die spätere Ernte gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen.

Genossenschaftswesen

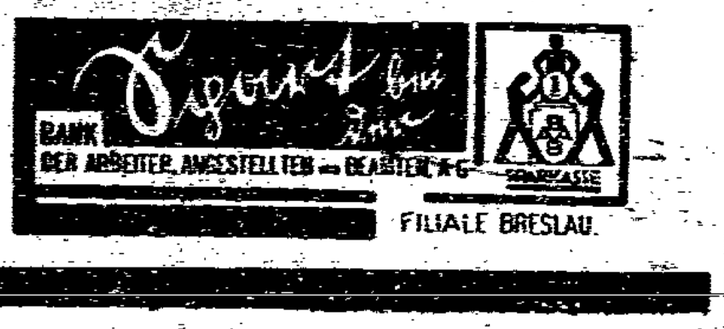
Ein neuer Großbetrieb der GEG.

Bau einer Färberei und Ausrüstungsanstalt

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG) vermehrt ihre Eigenbetriebe um ein wichtiges Glied. Es handelt sich um den Bau einer Färberei und Ausrüstungsanstalt in Oppach. Auf einem großen Gelände in der Nähe des Bahnhofes Oppach, das bereits vor Jahren von der GEG angekauft wurde, wird ein modernes Fabrikgebäude entstehen. Mit der Bauausführung ist bereits begonnen worden.

Konsumvereinsumsätze

Der Konsumverein für Dessau und Umgegend steigerte im Geschäftsjahr 1927/28 seinen Umsatz um rund 34 Prozent auf über 7,2 Millionen Mark. Die Genossenschaft trägt sich mit dem Gedanken, eine moderne Großbäckerei zu errichten. Die Konsum- und Spargenossenschaft für Minden erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Umsatz von 2,9 Millionen Mark. Das ist gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von rund 650 000 Mark. Die Eigenbetriebe sind durch eine Bäckerei vermehrt worden. Die Konsum- und Spargenossenschaft in Sonneberg meldet für das verflossene Geschäftsjahr eine Umsatzsteigerung von 12,5 Prozent auf rund 1 Million Mark.



Neu-Breslau

Textilarbeiterversammlung in Breslau-Stabelwitz

Im Volksgarten zu Stabelwitz fand eine Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes für den Unterbezirk Breslau-Stabelwitz statt, in welcher der Geschäftsführer Kollege Güttler-Breslau über das neue Arbeitszeitabkommen in der schlesischen Textilindustrie berichtete. Redner schilderte, daß nach drei verschiedenen Verhandlungen das neue Arbeitszeitabkommen ab 1. Oktober für die schlesische Textilindustrie rückwirkend nun endgültig in Kraft tritt. Ganz besonders wichtig ist dieses Arbeitszeitabkommen für die Arbeiterschaft der Stabelwitzer Kammgarnspinnerei, da durch das Mehrschichtensystem die Arbeiterschaft ganz besonders zu leiden hat. Nach dem neuen Arbeitszeitabkommen wird für diese Arbeiterschaft, die im Zweischichtensystem arbeitete, nun die Bestimmung ganz besondere Vorteile bringen, nachdem für die Zeit von 20 Uhr abends bis 6 Uhr früh bei Schichtwechsel ein Zuschlag von 15 Prozent pro Stunde zu zahlen ist, was bisher nicht bestand. Um der Arbeiterschaft nun genau zu sagen, wie das Arbeitszeitabkommen lautet, wird folgendes bekannt gegeben: Es heißt unter Ziffer

„1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen 48 Stunden. Wo die wirtschaftliche Lage es erfordert, kann im Benehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung die Arbeitszeit bis auf 51 Stunden pro Woche verlängert werden. Darüber hinaus kann nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung der Arbeiter länger gearbeitet werden. Falls die Betriebsvertretung ihre Zustimmung versagt, so entscheidet auf Anruf sofort die im Manteltarifvertrag vom 21. Mai 1927 unter E vorgesehene Schiedsstelle 2. Instanz endgültig. Die Schiedsstelle hat binnen drei Tagen nach Anruf zu entscheiden.

2. Die geleistete Ueberarbeit ist mit einem Zuschlag von 25 Prozent auf den Effektivlohn zu bezahlen. Dieser Zuschlag ist auch unabhängig von der reinen wöchentlichen Arbeitszeit für diejenige Arbeit zu zahlen, die an den Tagen von Montag bis Freitag 8½ und am Sonnabend 5½ Stunden überschreitet.

3. Für Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie für Nachtarbeit (außer in Schichtwechsel) wird ein Zuschlag von 50 Prozent auf den Effektivlohn gezahlt. Als Nachtarbeit in diesem Sinne gilt die Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr.

4. Bei Doppelschichten muß die Arbeitszeit an den Sonnabenden und Vorabenden vor Weihnachten und Neujahr bis spätestens 18 Uhr, bei 3 Schichten bis spätestens 24 Uhr beendet sein.

5. Bei Schichtwechsel wird die in der Zeit von 20 Uhr bis 6 Uhr geleistete Arbeit mit einem Zuschlag von 15 Prozent bezahlt.

Für Betriebe mit besseren Abmachungen verbleibt es bei diesen.

6. Dieses Abkommen tritt mit dem 1. Oktober 1928 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1929. Es verlängert sich fortlaufend um ¼ Jahr, sofern es nicht vier Wochen vor Ablauf des Vierteljahres zum Vierteljahresschluß gekündigt wird."

Nachdem nun dieses Abkommen am 19. Oktober in Berlin im Reichsarbeitsministerium vereinbart wurde, hat gleich darauf die Stabelwitzer Kammgarnspinnerei die zweite Schicht, die sonst bis 10 Uhr abends arbeitete, eingestellt, um den Zuschlag nach 20 Uhr abends von 15 Prozent pro Stunde nicht zu zahlen. Diese Maßnahme dürfte der Arbeiterschaft nur Freude machen, denn in der Nacht zu arbeiten, und dafür nicht besser entlohnt zu werden, macht bestimmt keinen Spaß. Soll die Firma nur lieber dafür sorgen, daß der Gesamtbetrieb in einer Schicht arbeiten kann, und nicht wie es bisher war, daß ständig ein Teil der Maschinen stillstand und dadurch das Zweischichtensystem entstand. Selbst wenn die Konjunktur wieder besser sein wird und sich evtl. ein Zweischichtensystem notwendig macht, wäre es immer noch besser, wenn trotzdem nur bis 20 Uhr gearbeitet würde, mit der Maßgabe, daß jede Schicht eine siebenstündige Arbeitszeit hat mit einer halbstündigen Pause, die aber die Firma extra zu bezahlen hätte. Nie aber darf es sich die Arbeiterschaft bieten lassen, daß bei evtl. Einführung einer zweiten Schicht die zweite Schicht nur mit 6 Stunden belegt wird, als Schikane gegen die Arbeiterschaft.

Wir wollen heute nicht länger darüber sprechen, sondern jetzt liegt es ganz besonders an der Arbeiterschaft, die errungenen Rechte, die im Arbeitszeitabkommen ab 1. Oktober 1928 festgelegt sind, genau festzuhalten und in keinem Falle abweichend daran rütteln zu lassen.

Der Betriebsvertretung der Arbeiterschaft sei besonders gesagt, daß sie die Aufgabe hat, darüber zu wachen, daß das Arbeitszeitabkommen genau nach den Vorschriften durchgeführt wird und auf andere Abmachungen kein Recht hat.

Der noch fernstehenden Arbeiterschaft der Stabelwitzer Kammgarnspinnerei sei besonders gesagt, daß sie sich nun dem Deutschen Textilarbeiterverband in jedem Einzelfalle anschließen mag, um evtl. Widerstände oder Angriffe abzuwehren. Wer Mitglied werden will, mag sich Freitag im Volksgarten zu Stabelwitz einfinden, wo jede Woche von 4—6 Uhr Sprechstunde abgehalten wird.

Mit großer Aufmerksamkeit wurden die Ausführungen verfolgt und von einer Diskussion darüber Abstand genommen.

Kreis Neumarkt

Maltsch. a. O. Der Pferdestall als Goldgrube. In der vorigen Woche wurden die Warenbestände des Lebensmittelhauses Lucas versteigert. Ungeschickte Geschäftsdispositionen und nicht zuletzt die außergewöhnlich hohe Ladenmiete sollen den Ruin des Geschäftes herbeigeführt haben. Der vorherige Inhaber des Ladens, ein Schneider, konnte die Miete trotz mehrmaliger Ermäßigung ebenfalls zuletzt nicht mehr aufbringen und kündigte, um nicht Bankrotteur zu werden. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die Mietsforderung das Maß des allgemeinen Ueblichen überschritt, wir wollen heute von einer anderen Angelegenheit sprechen, die mit der vorstehenden allerdings manches gemein hat und einer näheren Beleuchtung wert ist. Besitzer des Ladens sind ein geschäftsunfähiger alter Mann bzw. dessen drei erwachsene Töchter, die u. a. einen leerstehenden Pferdestall besaßen. Eines Tages machten sie ihn hübsch sauber, stellten zwei Betten, einen Tisch, zwei Stühle und einen wackeligen Schrank auf den zementierten Fußboden und gaben dem Raum den fashionabel klingenden Namen „möbliertes Zimmer." Maltsch leidet an einer katastrophalen Wohnungsnot, möblierte Zimmer sind kaum zu haben. Die Handlungen der drei Jungfrauen hätten also bis dahin durchaus nichts Verwerfliches an sich. Das Verwerfliche zeigte sich erst später. Das Kleeblatt verfügte über einen Geschäftssinn, von dem allgemein angenommen wird, er sei das Privileg skrupelloser Yankees. Für den Raum, dessen Wände ein einziges Loch hatten, welches einer Schießscharte sehr ähnlich sah — das Wort Fenster wäre Uebertreibung gewesen —, dessen wenige Möbel so wenig Platz ließen, daß man sich in ihm kaum umdrehen konnte ohne anzustoßen, dessen Tür sofort ins Freie führte — einen Hausflur gibt es bei Ställen bekanntlich nicht — kurz, für den Raum, der seine eigentliche Pferdestallbestimmung keineswegs verleugnen konnte, mußten die beiden Bewohner die wöchentliche Miete von je 5 Mark zahlen. Auf diese Weise kamen im Monat so gegen 50 Mark ein. Das nennt man ein Geschäft. Wenn der Arbeiter einige Pfennige Lohnzulage erhalten soll, wird Zeter und Mordio geschrien, hier sieht man, wozu der Prolet seine Groschen braucht. Das Verhalten der Leute ist umso bedauerlicher, als sie als fromm gelten und der Herr Pfarrer bei ihnen ein oft gesehener Gast ist.

Wasserstand

7. November

Ratibor	0.86	Ransern (Unter-Pegel)	1.46
Neiße (Stadt) vom 7. 11.	—0.60	Dyhernfurth	0.69
Neißemündung (Unter-Pegel)	1.38	Abflußmenge sekundlich 47 cbm	
Brieg (Mastenkran)	1.66	Fürstenberg vom 6. 11.	—0.18
Trebnitz	1.04	Wasserwärme + 9,5°.	

Sozialistische Literatur-Rundschau

Unzucht, Unzucht, Herr Staatsanwalt!!!

Der Berliner Kommunalarzt Max Hodann, parteiloser Sozialist, anerkannter Sozialhygieniker und Sozialpädagoge, der wie kaum ein anderer unzähligen Menschen Führer und Berater in den bangen Fragen der Gestaltung der Beziehungen der Geschlechter ist und vor allem zu den wenigen gehört, die das Vertrauen der Jugend besitzen, wird verdächtigt, seine Schriften*), Ehekursbuch, Geschlecht und Liebe und sein Kinderbuch „Bringt uns wirklich der Klapperstorch?" nicht mit wissenschaftlichem Ernst und beruflichem Verantwortungsgefühl, sondern aus unlauteren Motiven veröffentlicht zu haben. Für jeden, der Hodanns Schriften und seine sonstige praktische Wirksamkeit kennt, ist diese Verunglimpfung sittlich reinsten Wollens eine unerhörte Beleidigung wahrhaft sittlichen Empfindens.

Hodann gibt in seiner ersten Schrift in der Form von Arztgesprächen in vorbildlich einfacher, klarer Sprache auf alle Fragen des Geschlechtslebens den Erwachsenen Antwort, die auf diesem Gebiete, wie wir wissen, oft unwissend und hilflos wie Kinder sind, und für die darum die gewählte Darstellungsweise eine wesentliche Erleichterung ist, um die Zusammenhänge verstehen zu lernen. Ebenso ausgezeichnet ist die väterlich behutsame, feinsinnige Art, in der er den Kindern vom Werden des Menschengeschlechts erzählt und sie zu restloser Ehrlichkeit und Offenheit gegen sich und gegen andere, die ihnen nahestehen, erzieht. Und diese Schriften sollen nach Auffassung einer hohen Staatsanwaltschaft unzüchtig sein? Wie muß es um das Seelenleben von Menschen bestellt sein, die mit dieser von seltenem Feingefühl beseelten Darstellungskunst, die den Leser zur reinen, natürlichen Betrachtungsweise der geschilderten Lebensvorgänge förmlich zwingt, unsaubere Vorstellungen verknüpfen und von unzüchtigen Schriften zu sprechen wagen.

Der deutschnationale Staatsanwalt Cuhorst in Stuttgart, der durch den Zille-Simplizissimusprozeß berühmt berüchtigt geworden ist, indem er mit seiner Anklage kläglich hereinfiel, hat die unerhörte Beschlagnahme der Bücher von Hodann wegen „Unzüchtigkeit" verfügt, und er steht mit seiner „Moralauffassung" in Deutschland nicht einzig da, er hat würdige, geistige Bundesgenossen im Staatsanwalt und in den Richtern des Landgerichts in Rudolstadt gefunden, die die Beschwerde gegen die Beschlagnahme abwiesen und die Strafverfolgung weiter betreiben. Es handelt sich hier nicht um einen Einzelfall, sondern um ein System, darum ist es zu begrüßen, daß jetzt vor den Wahlen die breiteste Oeffentlichkeit von diesem neuen Beispiel verständnisloser Klassenjustiz Kenntnis erhält, denn hier drohen ernste Gefahren für das in der Verfassung gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung.

Der Verleger Hodanns hat zur Abwehr gegen diesen unerhörten Angriff auf die freie, wissenschaftliche Produktion geantwortet, indem er eine für die Staatsbürger der deutschen Republik sehr lehrreiche „Naturgeschichte des deutschen Schamgefühls" mit Beiträgen von führenden Juristen, Schriftstellern, Pädagogen, Aerzten und Geistlichen unter dem Titel „Unzucht, Unzucht, Herr Staatsanwalt" herausgegeben hat, in der den Schriften Hodanns nicht nur wegen ihrer Form und ihres Inhalts volle Anerkennung gezollt wird, sondern auch von politischen Gegnern Hodanns schärfster Kampf angesagt wird gegen diesen plumpen Versuch die Veröffentlichung von wissenschaftlich wertvollen Schriften zu unterbinden, weil geistige Erkenntnisse aus der Enge fachwissenschaftlichen Schrifttums heraus zum Gemeingut des Volkes gemacht werden sollen. Hodann hat nach Ansicht des Herrn Staatsanwalts durch zahlreiche schamlose Arztgespräche, unzüchtige Schilderungen und Zitate, das Empfinden für Zucht und Sitte eines normalen Durchschnittsdeutschen verletzt. Seine Darstellung natürlicher Lebensvorgänge, gegen die im Ernst sachlich nichts eingewandt werden kann, seine ärztliche Tätigkeit als Kommunalarzt und als Mitarbeiter des Instituts für Sexualwissenschaften in Berlin, einer Anstalt von Weltruf, werden verunglimpft und gefährdet, weil seinen Werken durch einen in medizinischen Fragen nicht sachverständigen Herrn Staatsanwalt der wissenschaftliche Wert abgesprochen wird. Seien wir uns darüber klar, der Kampf der hier entbrannt ist, gilt nicht den Fragen des wirklichen Schutzes des Volkes und insbesondere der Jugend vor sittlichem Schaden; gälte es diesen, dann müßte ein pflichtbewußter Staatsanwalt die wertvolle Sachkunde von Hodann als Sachverständiger auswerten, um gegen die im niedrigen Profitinteresse in Massen auf den Markt gebrachten wirklichen Schmutzerzeugnissen einer minderwertigen Skandalpresse vorzugehen, die das gesunde Empfinden zahlloser Menschen wirklich verletzen und an die niedrigsten Instinkte eines Publikums sich wenden, das seine Lustbefriedigung in Animierkneipen und Bordellen findet.

Der Angriff des Staatsanwalts gilt dem Politiker Hodann, dem Sozialisten, dem Freidenker, dem Revolutionär, dem Mitarbeiter der roten Arbeiterhilfe, dem tapferen Kämpfer, der mit unbeirrbarer Ehrlichkeit und Bekenntnistreue das ausspricht, was ist und dem Proletariat den Weg zeigen will zur Befreiung aus wirtschaftlichen und seelischen Nöten, die heute durch Unkenntnis über die Fragen des Geschlechtslebens tausende von Männern und Frauen schwer bedrücken. Die „heiligsten Güter" der bürgerlichen Gesellschaft sind nach Ansicht des deutschnationalen Herrn Staatsanwalts in Gefahr, weil die Arbeiterschaft aufgerüttelt werden soll aus der Enge und Bedrückung dumpfer Unterwerfung unter die Folgen eines unbeherrschten Trieblebens, damit sie die Freiheit gewinnt, sich auch dieses persönlichste Lebensgebiet nach eigenem Willen in Schönheit zu gestalten. Die proletarische Frau soll, so ist es der Wunsch von Hodann, nicht mehr unter der entsetzlichen Marter der Angst stehen, wie unerwünschte Nachkommenschaft, für die im engen Raume kein Platz an der Sonne mehr ist, verhütet werden kann. Sie soll damit die Vorbedingungen für eine seelische Vertiefung des Sexuallebens kennen lernen und ihre Kräfte frei machen für ein bewußtes, verinnerlichtes Eheleben und für die aktive Teilnahme am Befreiungskampf der Arbeiterschaft. Dem Herrn Staatsanwalt bangt vor den ungeahnten Lebens- und Aufstiegsmöglichkeiten, die das Proletariat gewinnt, wenn es, auch auf dem Gebiete des Sexuallebens, anfängt nach seinen eigenen Idealen zu ringen und sich von der Last jahrtausendalter Vorurteile zu befreien. Er wittert als Verfechter aller „Ordnungen", daß hier für die bürgerliche Gesellschaft Gefahren drohen, die ihr Uebergewicht im wirtschaftlichen und politischen Machtkampf an der Wurzel treffen können. Das läßt ihn vergessen, daß er als oberster Hüter des Rechts vor allem die Pflicht hat, die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und den Grundrechten der Verfassung Geltung zu verschaffen; das macht ihn blind gegen die Tatsache, daß seine Bemühungen in der heutigen Zeit ihn nur mit dem Fluch der Lächerlichkeit beladen und daß die öffentliche Meinung über seine Unfähigkeit, die Zeichen der Zeit zu verstehen, längst den Stab gebrochen hat. Mag Herr Cuhorst es versuchen, auch die neue Schrift des Greifenverlages, die sich ja direkt an sein staatsanwaltliches Gemüt wendet, mit kläglichen Begründungen zu verbieten. Er selbst hat bereits durch sein verständnisloses, kleinliches Verfolgen von Hodanns Schriften für ihn und den Verlag die beste Werbetrommel gerührt. Er hat Unzähligen die Augen geöffnet über das, worum es geht und einen Widerhall in der ganzen freiheitlich gesinnten Oeffentlichkeit des In- und Auslandes geweckt, der sich am Wahltage für den Sozialismus bezahlt machen wird.

M. E. P.

*) Dr. med. Max Hodann, Geschlecht und Liebe, Greifenverlag, Rudolstadt i. Th., 1927. — „Bringt uns wirklich der Klapperstorch?", Lehrbuch, für Kinder lesbar, Greifenverlag, Rudolstadt i. Th., 1928.

Pädagogik des Auslands

Für den internationalen Sozialisten hat die Schule des Auslands ein doppeltes Interesse: die theoretische Betrachtung untersucht, ob der gleichartigen wirtschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Ländern auch eine gleiche pädagogische entspricht, die marxistische Theorie sich auch hier bewährt, die praktische will wissen, ob und wie weit auch im Ausland erzieherische Kräfte vorhanden sind, die die wirtschaftliche und politische Aktion — bewußt oder unbewußt — durch Erziehung zu Pazifismus und Solidarität unterstützen. So ist es denn ein verdienstvolles Werk des Jenaer Professors Petersen, daß er im Auftrag des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in einer Sammlung „Die Pädagogik des Auslands" die außerdeutschen Schulreformer auch denen bekannt macht, denen die fremdsprachlichen Originale nicht zugänglich oder nicht verständlich sind.

Zunächst sind erschienen A. Ferrière „Die Schule der Selbsttätigung oder Tatschule" und A. Hamaide „Die Methode Decroly" (Weimar, H. Böhlaus Nachf. 1928. 14 bzw. 12,50 Rm.). Das erste Werk gibt vorzugsweise die theoretische Grundlegung. F., der eine lange Praxis an Landerziehungsheimen (bei Lietz und in der Schweiz) hinter sich hat und gegenwärtig Professor für Soziologie und Pädagogik am Institut J. J. Rousseau in Genf ist, gibt zunächst einen sehr interessanten Ueberblick über die Vorgeschichte der Tatschule, der freilich die Gegner nicht überzeugen wird und für den zukunftsgerichteten Erzieher von geringer Wichtigkeit ist, bespricht sodann die in den verschiedenen Ländern zurzeit vorhandenen Ansätze, wobei für Deutschland auf das letzte Kapitel verwiesen und die Sowjetschulmethoden in ein paar kurzen Sätzen scharf abgelehnt werden, und behandelt eingehend die psychologischen Grundlagen, die Handarbeit, den sozialen Geist und die geistige Arbeit in der Tatschule. Die psychologische Begründung geht aus vom Freiheitsstreben des Individuums, das biologisch-soziologisch erfaßt wird. Aber es ist die Soziologie des französischen Positivismus, die die Frage der Freiheit glaubt im liberalen Sinne durch reine Vernunfterwägungen lösen zu können, ohne auf die Schwierigkeiten zu achten, die sich aus der praktischen und ideologischen Gebundenheit durch die Klassenzugehörigkeit ergeben. Damit vereinigt sich nur schwer eine tief religiöse Auffassung, die der der Quäker nahe steht. Auch seine Parallele zwischen der Entwicklung der Menschheit und der des Einzelnen befriedigt nicht in allen Punkten. Wesentlich aber ist, daß er mit seiner auf Beobachtung begründeten Einteilung nach Interessenaltern die Möglichkeit zu einem sinnvollen, dem Wesen des Kindes entsprechenden Aufbau des Unterrichts schafft, also den notwendigen Schritt über die mancherorts gepflegte, zum Chaos führende grundsätzliche Systemlosigkeit hinaus tut. Etwa gleichzeitig und ohne von einander zu wissen, sind Ferrière, der Amerikaner Dewey und der Belgier Decroly zu der Erkenntnis gelangt, daß das Kind dann gefesselt wird und Wertvolles leistet, wenn der Unterricht von den Bedürfnissen des Kindes und den Mitteln zu ihrer Befriedigung (Nahrung, Kleidung, Hausbau usw.) ausgeht und dem Kind Gelegenheit gibt, sich seine Erkenntnisse durch eigene, besonders auch manuelle Tätigkeit zu erwerben. Alles, was in diesem Zusammenhang über den Wert der Handarbeit, auch für die Erweckung der Solidarität, über handwerkliche Tätigkeit in der Schule die sogenannte Vorlehrzeit als Voraussetzung einer sinnvollen Berufsberatung gesagt wird, ist vortrefflich und verrät den Praktiker. Die Pflege des sozialen Geistes in der Schule zielt mit Hilfe der Schülerselbstverwaltung auf Erweckung von Solidarität und auf eine, manchmal die bürgerliche Wohltätigkeit streifende, Fürsorge für die sozial Benachteiligten, wobei man die soziale Frage in einem weltfremden Idealismus durch Selbsthingabe zu lösen hofft. Was über die Tätigkeit bulgarischer Schüler berichtet wird, kommt in bedenkliche Nähe des in sozialistischen Kreisen mit Recht allgemein abgelehnten Zivildienstjahrs. Das außerordentlich anregende und interessante Kapitel über die geistige Arbeit in der Tatschule erfährt eine vorzügliche Illustrierung durch das zweite Werk, das die mit der Ferrièreschen vielfach übereinstimmende Methode Decroly schildert. Hier wird stärker als bei F. der Zusammenhang mit der Gesellschaft betont. Dann aber geht Verfasser unmittelbar auf die Praxis ein, gibt den Lehrplan und Musterbeispiele von Unterrichtsstunden und verbreitet sich dann eingehend über die methodischen und pädagogischen Gesichtspunkte, unter denen Beobachtung und Pflege des Ausdrucks die Hauptrolle spielen. Der Lehrer der Grundschule wird sein besonderes Interesse den Bemerkungen über das Lesenlernen zuwenden, die von einer ganz neuen, der bisherigen wie der der Montessorimethode völlig entgegengesetzten Anschauung ausgeht. Das Kind lernt nämlich durch Decrolys „ideovisuelle Methode" zuerst ganze Sätzchen, dann Worte und zuletzt Buchstaben lesen; entsprechend ist das Schreiben ein Nachmalen von Wortbildern und beginnt mit der Schreibschrift, nicht wie bei uns jetzt mit der Druckschrift. Die Methode erfährt zurzeit noch starken Widerspruch, zum Beispiel von Goetze-Hamburg. Die Erfolge scheinen jedoch vorzüglich zu sein. Ueberhaupt sind die durch abgedruckte Aufsätzchen und besonders durch vorzügliche Reproduktionen am Schluß des Buches belegten Leistungen der Kinder ganz hervorragend. Sowohl die Einzel- wie die Gruppenarbeiten schon der Sechsjährigen (so zum Beispiel eine Anschauungstafel über die Seidenraupe) sind einfach erstaunlich. Psychologisch sehr wertvoll ist der Ueberblick über die Geschichte der Klasse und die Monographien von einigen Kindern. Erwähnenswert ist noch, daß Zeugnisse mit Noten nicht erteilt werden, dagegen erhalten die Eltern ausführliche Charakteristiken der Kinder. Es ist nicht ausdrücklich gesagt, wäre aber zu wünschen, daß sie nicht in die Hände der Kinder kommen, da sie in ihrer Offenheit natürlich die Unbefangenheit der Kinder zerstören und deren Entwicklung dauernd schädigen könnten. Die Eltern ihrerseits unterstützen die Schule durch Beantwortung eines sehr eingehenden Fragebogens (280 Fragen!), ein Beweis für das der Schule entgegengebrachte Interesse und Vertrauen.

So ergänzen sich beide Werke vorzüglich: wendet sich das erste vorwiegend an die an grundsätzlichen Fragen Interessierten, so bietet das zweite nicht bloß dem Lehrer, sondern jedem an der neuen Schule innerlich Beteiligten ein klares und ansprechendes Bild des neuen Wollens und Vollbringens.

Ganzenmüller.

Arbeitsrechtliche Literatur

In der Bücherreihe, die unter dem Leitwort „Lebendige Wissenschaft" Dr. Edinger (im Mauritiusverlag, Berlin) herausgibt, ist Heinz Potthoffs Arbeitsrecht erschienen. Er gibt darin nicht etwa einen dogmatischen Aufbau der juristischen Materie. Vielmehr zeigt er, von großen Gesichtspunkten ausgehend, das Ringen um die Gestaltung dieses wichtigsten Rechtsgebietes. So schildert er in einzelnen Abschnitten zum Beispiel die Entwickelung vom Dienstverhältnis zum Arbeitsverhältnis, vom individuellen zum kollektiven Arbeitsrecht, von privater zu staatlicher Regelung der Arbeitsbedingungen usw. In diesen Abschnitten werden viele Streitfragen des Arbeitsrechtes behandelt und gelöst. Ein soziologisch feines und tiefes Buch.

In 11. und 12. Auflage ist der Kommentar von Feig-Sitzler zum Betriebsrätegesetz (bei Vahlen, Berlin) herausgekommen. Neben den großen Kommentaren zu diesem Gesetze von Flatow einerseits, Mansfeld andererseits hat dieses Buch seine Stellung in der arbeitsrechtlichen Literatur, wie die nicht unbeträchtliche Auflagenziffer beweist, bereits errungen und weiß sie zu wahren. Wenn man das handliche Werk durchsieht, so findet man, daß nicht nur die neueste Gesetzgebung beachtet, sondern auch die Rechtsprechung und Literatur im wesentlichen verarbeitet ist. In einem Anhang haben verwandte Gesetze und Verordnungen usw. Platz gefunden. Kurzum: ein beifallswürdiger Handkommentar.

Tschirner und Schaldach haben bei Späth & Linde, Berlin ein Formularbuch des Arbeitsrechts erscheinen lassen. In kurzer Zeit sind zwei Auflagen herausgebracht worden, ein Beweis, wie sehr die Praxis dieses Buch begrüßt hat. Enthalten sind darin nicht bloß annähernd 200 Formulare, die für die wichtigsten täglichen Fälle des Arbeitsrechts vorgesehen sind, sondern auch, im Anschluß an die einzelnen Formulare, kurze Erläuterungen, die Teile des Rechtsgebiets oder einzelne Gesetzesbestimmungen in völlig volkstümlicher Weise klarlegen. Das Buch kann allen arbeitsrechtlich interessierten Arbeitnehmern, insbesondere aber allen Gewerkschaftsfunktionären dringend empfohlen werden.

Von seinem „Arbeitsrecht in der Praxis" läßt Goerrig (bei Wordel in Leipzig) jetzt den 5. Band erscheinen. Darin sind aus der Zeit vom 1. Juli 1926 bis 31. Dezember 1927 die wichtigsten veröffentlichten Entscheidungen gesammelt. Aus etwa 7000 Urteilen hat er annähernd 3000 zusammengestellt. Störend an dem Buch ist die etwas befremdliche Systematik. Man weiß nicht recht, von welchen Gesichtspunkten der Verfasser dabei ausgeht. Wenn Goerrig es zuwege bringen könnte, die bisher erschienenen 5 Bände durch straffe Zusamenfassung des Materials und bessere Systematisierung durchzuarbeiten, so würde das Werk für die Praxis durchaus willkommen sein. Es enthält jedenfalls eine große Materialfülle. Als Fundstelle ist es daher durchaus nicht unwichtig.

Von Brennecke ist als „Führer durch das arbeitsgerichtliche Verfahren" (in der Volksbuchhandlung Hannover) ein kleines Werk erschienen. Es sucht in volkstümlicher Form eine Einführung in das angegebene Verfahren zu liefern. Merkwürdigerweise ist in einem Anhang die nicht dazu gehörige Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung behandelt. Das Buch verfolgt eine richtige Idee. An sich ist eine derartige populäre Einführung durchaus von nöten. Aber man kann nicht sagen, daß das erstrebte Ziel vollkommen erreicht ist. So ist z. B. der Unterschied zwischen Partei- und Prozeßfähigkeit nicht genügend klar gemacht, die Formulare könnten etwas zahlreicher sein. Manche von ihnen sind auch nicht ganz zutreffend, wie etwa der Antrag in der Berufungseinlegung. Als erste Anregung wird das kleine Werk immerhin manchem willkommen sein.

Von Oswald ist (bei Struppe & Winkler, Berlin) eine Kommentierung des Kündigungsschutzgesetzes erschienen. Neben den anderen Erläuterungsbüchern dieser Materie von Baum etc. ist das Buch unbedingt bedeutsam. Es wird zwar darin zum erheblichsten Teile der Standpunkt vertreten, den die Arbeitgeber zu den in Betracht kommenden Fragen einnehmen. Aber es ist reizvoll, auch diese Stellungnahme kennen zu lernen, wenn man eine so eingehende Begründung liest, wie sie der Verfasser zu den meisten Fragen gibt. Dann erst wird es möglich, den Fragenkomplex gründlich nachzuprüfen und eine tiefgründige Widerlegung vorzunehmen. Zum Teil ist diese Widerlegung bereits durch die Rechtsprechungspraxis des Reichsarbeitsgerichts erfolgt die in dieser Hinsicht häufig den Arbeitnehmern günstige Grundsätze aufgestellt hat. Insgesamt muß man den Kommentar wegen seiner Gründlichkeit und Sorgsamkeit als ein recht erfreuliches Erzeugnis der arbeitsrechtlichen Literatur betrachten.

Dr. J.

Zwei Bücher über die Kunst in Schlesien

„Breslau", aufgenommen von der Staatlichen Bildstelle, eingeleitet von Eugen Kühnemann, beschrieben von Werner Güttel. Berlin 1927, Deutscher Kunstverlag.

„Die Kunst in Schlesien." Dargestellt von August Grisebach, Günther Grundmann, Franz Landsberger, Manfred Laubert, Karl Masner, Hans Seger, Erich Wiese. Berlin 1927, Deutscher Kunstverlag. Gebunden 10 Mark.

Beide, mit zahlreichen wundervollen Bildern ausgestattete Werke sind eine wertvolle Gabe für den Liebhaber schlesischer Kunst und den Freund der schlesischen Gaue.

Das erste, der von Bernhard Meyer herausgegebenen Sammlung „Deutsche Lande, deutsche Kunst" angehörende Werk schildert an Hand einer großen Zahl prachtvoller Aufnahmen der staatlichen Bildstelle vor allem die Baugeschichte der Stadt Breslau und die hervorragendsten Kunstdenkmäler der Stadt von der Zeit des hohen Mittelalters (etwa des 13. Jahrhunderts) bis auf die jüngste Gegenwart. Zum Vergleich sind neben die Abbildungen des jetzigen baulichen Zustandes auch Abbildungen von Stichen aus älterer Zeit gestellt, die zeigen, wie die gleichen Gebäude, Straßenzüge und Plätze früher, in ihrem ursprünglichen Zustand, aussahen. Sehr gut ist es, daß nicht, wie es früher üblich war, nur einzelne hervorragende Gebäude aus den einzelnen Bauperioden und einzelne Teile dieser Gebäude, Erker, Giebel, der plastische Schmuck usw., abgebildet werden, sondern auch ganze Plätze und Straßenzüge, so daß man auch einen Eindruck von dem baulichen Gesamtcharakter der Stadt erhält (z. B. Fleischbänke, Weißgerber-Ohle, Sandinsel, Dominsel, der Ring, Herrenstraße). Auch die Werke, die die Gebäude geschmückt haben, Tafelbilder, Altarbilder, Statuen, Altaraufbauten, Grabdenkmäler, Monumente usw., werden in ausgezeichneten Bildern vorgeführt. Dabei zeigt sich übrigens, wie dürftig besonders der plastische Schmuck der Stadt aus dem letzten halben Jahrhundert ist. Erfreulich ist, daß auch die neueste Baukunst schon berücksichtigt ist, besonders das wundervolle neue Gebäude der Firma Petersdorff von Erich Mendelssohn. Doch könnte dieser Teil noch durch einige Bilder bereichert werden, z. B. die Messehalle von außen, das neue Odd-Fellow-Logen-Gebäude in der Südstadt usw. Aus der Gründerzeit vermisse ich den Wasserturm an der Oder. Das ist ein sehr bemerkenswertes Gebäude, in seinen großen, einfachen Linien für jene Zeit eine seltene Ausnahme guten Geschmacks und der Ausdruck wirklich monumentalen und zugleich zweckgerechten Gestaltungswillens.

Die Darstellung der älteren Zeit würde noch gewinnen, wenn noch ein Bild des Doms vor dem Ausbau der Türme, Bilder von den beiden herrlichen Barockkapellen am Chor des Domes (und zwar solche, die ein Gesamtbild des Innern dieser Kapellen, auch den Kuppelbau von innen wiedergeben), und ein Bild eines der Seitenschiffe der Sandkirche mit seinen im Zickzack liegenden Gewölbeschlußsteinen hinzugefügt würden.

Das zweite Werk ist in seiner Art vielleicht noch schöner. In ihm ist auch der Text von eigenem Wert. Dies Werk ist stofflich nicht nur deshalb weit umfassender, weil es ganz Schlesien einbegreift, sondern weil es auch die schlesische Malerei und Plastik, auch soweit diese nicht lediglich der Ausschmückung einzelner Gebäude oder von Straßen und Plätzen dienen oder dienten, ferner das Kunstgewerbe und die Volkskunst, wie auch in einem besonders interessanten Abschnitt mit sehr schönen Bildern die vorgeschichtliche Zeit mit behandelt. Ein Mangel des Buches ist, daß es in fast allen Abschnitten die neue und neueste Zeit nicht mitbehandelt, sondern mit Beginn des 19. Jahrhunderts seine Schilderung abschließt. Zumal für die Baugeschichte ist das ein großer Mangel und entbehrt das eigentlich jeder zureichenden Begründung.

Den tiefsten Eindruck macht bei der Durcharbeitung des Buches auf denjenigen, der nicht ein genauer Kenner ganz Schlesiens ist, die Tatsache, welche herrliche Kunstdenkmäler besonders aus der Zeit der Gotik und des Barock in Schlesien gerade in den kleineren Städten, ja in Dörfern zu finden sind, ein Beweis dafür, auf welcher hohen Kulturstufe in früheren Jahr-

hunderten das ganze schlesische Land bereits stand. Genannt seien nur aus vielen Beispielen die Klosterkirche und der Piastensaal in Leubus, das Rathaus in Brieg, die Wage und die Kreuzherrenkirche in Neisse, die Kirche in Grüssau, die Klosterkirche in Wahlstatt usw. Oder in der Plastik die Kanzel in der Oelser Schloßkirche, die Madonna aus der Annakirche in Zobten, der Marienkrönungsaltar in der katholischen Kirche in Tschirnau, der plastische Schmuck der Peter- und Paulskirche in Görlitz, wie der Hedwigskirche in Trebnitz, das Gnadenbild in Wartha usw. Aehnliches gilt von der Malerei besonders des Mittelalters, während die Barockzeit, die gerade in Schlesien eine große Zahl herrlichster Baudenkmäler aufzuweisen hat, hier in Schlesien an Werken der Malerei auffallend arm gewesen zu sein scheint. Doch muß gesagt werden, daß man aus dem vorliegenden Werke in dieser Beziehung wohl keinen rechten Eindruck erhalten kann, weil in der Abhandlung über die schlesische Malerei die zahlreichen Fresken aus der Barockzeit, besonders in den zahlreichen großen Barockkirchen Schlesiens, aber auch z. B. in der Aula und dem Musiksaal der Breslauer Universität, sowie in dem Fürstensaal in Leubus überhaupt nicht berücksichtigt werden. Die Beschränkung dieser Abhandlung des Werkes auf das Mittelalter ist unseres Erachtens ein Mangel. Man erhält dadurch doch einen falschen, nämlich unvollständigen Eindruck von der Malerei in Schlesien.

Diese kleinen Mängel können aber nicht hindern, daß auch dies Werk eine Fundgrube des Schönen ist. Beide Werke seien deshalb allen, die Schlesien lieben und seine Kultur kennen lernen wollen, aufs wärmste empfohlen.
A. Kr.

Tannerhütte

Felix Pinner: Tannerhütte. Avalunverlag, Hellerau bei Dresden. 1928. Preis 7,50 Mark.

Der durch seine Mitarbeit am „Berliner Tageblatt" und durch sein so sachliches Buch über Palästina bekannte Wirtschaftspolitiker beschäftigt sich in dem vorliegenden Roman mit dem Gedanken der Sozialisierung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Es ist im Grunde dasselbe Problem, das Robert Owen schon vor 100 Jahren bewegte, als er in Amerika eine kommunistische Siedlung Newharmony schuf, die scheitern mußte, wie alle derartige Versuche, ohne Umsturz der gesamten Gesellschaftsordnung an einer Einzelstelle etwas zu ändern.

Der Faden der Handlung ist rasch erzählt. Der Baron von Tanner entschließt sich, weil er das übliche philantropische Stückwerk der anderen Industriellen als unzureichend ansieht, seinen gesamten Besitz an Hüttenwerken und Industrien einer Genossenschaft zu übergeben, die aus den Angestellten und Arbeitern des Betriebes besteht. Diese Idee wird ihm durch einen jungen Gewerkschaftsangestellten, Dr. Michael Quast, nahegebracht. Die neue Genossenschaft nimmt ihre Arbeit in den Zeiten der Hochkonjunktur auf. Am Ende des ersten Betriebsjahres bekommen die Arbeiter eine erhebliche Dividende ausgezahlt. Dann aber schlägt die Konjunktur um. Da das Werk seinen Grundsätzen gemäß keine Leute auf die Straße setzen will, bleibt ihm nichts anderes übrig, als die Löhne erheblich herabzusetzen. Als nun die Arbeiter die Tannerhütte schlechter bezahlt sind als die noch im Betriebe befindlichen umliegenden kapitalistischen Werke, bestreiken sie ihr eigenes Unternehmen, zwingen dieses einen wertvollen Teil des Erzbesitzes abzustoßen, um dadurch flüssige Mittel in die Hand zu bekommen. Michael Quast muß ausscheiden. Soweit die Handlung. Für den Kenner der sozialistischen Parteigeschichte ist die Schilderung der einzelnen Typen besonders reizvoll, weil hinter fast allen sich bekannte Führer unschwer erkennen lassen. So ist der Dr. Karstädt kein anderer als Karl Kautsky, er nimmt den entschiedenen Standpunkt ein, daß das ganze Unternehmen verfehlt ist, weil eben nach der Auffassung des Marxismus sich eine Einzelumstellung nicht durchführen läßt. Der Verfasser selbst scheint geschwankt zu haben zwischen dieser Auffassung Karstädt-Kautskys oder der bürgerlichen, die da meint, daß der einzelne Arbeiter nichts anderes werden will als ein kleiner Bourgeois und durchaus nicht gewillt ist, zur Erreichung seines Endzieles Opfer zu bringen. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß unsere Auffassung nur die erstere sein kann. Eine Teilsozialisierung, so gut sie auch gemeint ist, muß scheitern ohne Umsturz des Ganzen und vor allem ohne eine zielbewußte sozialistische Erziehungsarbeit der Massen.

Wenn man das Buch als Beitrag zu den Problemen unserer Zeit entgegennimmt und als Beweis für das sozialen Gedanken warm entgegenschlagende Herz des Verfassers, so mag es sehr willkommen sein. Sollte aber die Bourgeoisie es im Kampf gegen den Sozialismus verwenden wollen, so muß gesagt werden, daß die ganze Problemstellung als solche eine falsche ist.
Dr. Willy Cohn.

Atemzüge der Besinnung

Walter Victor: „Atemzüge der Besinnung". Verlag: Büchergilde Gutenberg, Berlin 1928.

Schon früher hat Walter Victor sich als einen derjenigen gezeigt, die gelegentlich aus dem atemlosen Lebenstempo unseres heutigen Daseins sich nach etwas Ruhe und Stille sehnen, um einmal zu sich selbst kommen zu können. Dieser Mann, der dabei ein durchaus moderner, unser heutiges Leben mit allen Fasern seines Wesens miterlebender, es glühend bejahender Mensch ist, kein übertanter, grollend in der Ecke stehender, selbst ein rastlos Schaffender und in seiner Arbeit ein lebhaftes Tempo Einhaltender, hat doch das Bedürfnis, um die „Dimension der Tiefe" in seinem Wesen und Schaffen nicht zu verlieren, sich einmal in stillere Bereiche zurückzuziehen und dort, „abseits vom Tempo" sich auf sich selbst zu besinnen und mit Ruhe und innerer Sammlung zu überdenken, was einen da täglich umbraust. Man kann das besonders von einem Journalisten verstehen, der dem Tage dienen muß und mitten im schäumenden Strom des täglichen Geschehens stehend von den sich dicht aufeinander folgenden Wellen dieses Lebensstroms dauernd hin- und hergerissen wird, zumal wenn dieser Journalist einer von den feinen Geistern ist, die, obwohl sie für den Tag arbeiten, doch auch zugleich über den Tag hinaus wirken wollen. Dem ist das ruhige Nachdenken und sich Besinnen nicht nur Bedürfnis, für den ist es eine Notwendigkeit.

In diesem neuen Büchlein teilt uns Victor nun etwas von dem mit, was in ihm da rege wurde, als er so ein paar Atemzüge der Besinnung tat, Gedankenblitze, die da aus den Untergründen des Geistes und der Seele emportauchten, Gefühlsregungen, die hervortraten, nun sie nicht mehr übertönt werden vom Rasen des täglichen Betriebs, kleine Beobachtungen, die man nur macht, wenn man einmal zweck- und ziellos durch die Straßen bummelt und ähnliches. Dabei sind alle diese Gedanken, Beobachtungen dem Leben entnommen, in dem sich Victor in seinem Wirken täglich bewegt. Denn Victor ist keiner, der, wenn auch nur für eine Zeit lang, aus diesem Leben flieht. Dazu liebt er dies Leben unserer Zeit viel zu sehr, ist er viel zu sehr sein Teil. Sondern die Atemzüge der Besinnung tut er mitten in diesem Leben. Etwa morgens, wenn er zur Arbeit geht, oder wenn es ihm sonst einmal möglich ist, einen Augenblick der Ruhe zu erhaschen.

Was er da alles sieht, denkt und fühlt, ist ungemein fein und zart. Man merkt, Victor ist einer von den Wenigen, die ein fühlendes Auge haben, er gehört zu den seltenen Menschen, die in allem Kampf sich eine zärtlich-kindliche Seele bewahren. Aber auch etwas Ironie mischt sich hinein. Und er weiß den kleinen Skizzen und nachdenklichen Feststellungen oder Fragen eine gar zierliche, fein gemeißelte Form zu geben. Man möchte fast sagen: es sind Tanagrafigürchen in Worten. Es wird dem Leser wohl tun, gelegentlich selbst einmal so einen Atemzug der Besinnung zu tun und sich dabei diese Tanagrafigürchen zu betrachten. Es wird etwas in ihm zum Klingen gebracht, wenn nur etwas in ihm ist, das klingen kann.
A. Kr.

Die neue Bücherschau

Diese von Gerhart Pohl herausgegebene, jetzt im Verlag J. M. Spaeth, Berlin, erscheinende Zeitschrift der Jungen, die nun schon im 6. Jahrgang steht, hat auch im letzten Vierteljahr wieder ihre alte Lebendigkeit und Frische bewiesen. Gerade die letzten Hefte (Heft 7 und 8, Heft 9 und Heft 10 liegen uns diesmal vor) zeigen wieder, wie folgerichtig und geradlinig hier versucht wird, einerseits den in die Zukunft weisenden Ideen einer neuen Gesellschaftsauffassung ohne Bindung an eine politische Partei und an die praktischen Rücksichten der Tagesarbeit eine Heimstätte zu schaffen und im engsten Zusammenhang damit eine freimütige Kritik nicht nur an den bestehenden Gesellschaftszuständen, sondern auch an den Alters- und Ermüdungserscheinungen der sozialistischen Bewegung zu üben (oft sogar bis zur Ueberspannung und Ungerechtigkeit) und andererseits der jungen Kunst eine Stätte zu schaffen, wo sie durch Beispiele ihres Schaffens für sich werben kann. Dabei ist unter junger Kunst nicht etwa die Kunst der jungen Generation gemeint, sondern die Kunst der neuen werdenden Gesellschaft, dasjenige dichterische Schaffen der Gegenwart, in der die heraufdämmernde kollektivistische Gesellschaft Gestalt gewinnt. So ist es nur konsequent, wenn auch diese Zeitschrift dem Gedächtnis Leo Tolstois ein Heft widmet; denn nicht nur Tolstoi selbst gehört in diesem Sinne zu den Jungen, sondern auch die Widerspiegelung seines Wirkens in den Geistern der Jungen ist eines der wichtigsten Dokumente der Geistigkeit und des Erlebens unserer Jugend. In dem Septemberheft sind denn auch eine Reihe erschütternder Dokumente unserer „Jugend" enthalten: der Brief Tolstois an Mahatma Gandhi, den einzigen wirklichen Tolstoianer unserer Zeit, vom September 1910, der Aufsatz Rosa Luxemburgs über „Tolstoi als sozialen Denker", und eine Reihe kurzer Zeugnisse von Vertretern der „Jugend", die freilich in ihrem Gewicht sehr ungleich sind, aber doch alle dokumentarischen Wert haben, weil sie zeigen, was uns, die wir in einer so stark veränderten Welt leben, Tolstoi heute noch bedeutet.

Auch das letzte Heft (Oktober 28) enthält eine Reihe außerordentlich interessanter Dokumente. So einen erschütternden Brief Vincent van Goghs an Paul Gauguin, der niemals abgeschickt zu sein scheint, eine kurze Aeußerung Karl Marx' über Goethe aus der Brüsseler Deutschen Zeitung, die zwar notwendig einseitig und ungerecht, aber keineswegs kleinlich ist, sondern ein tiefes Gefühl für Goethes Vereinsamung in seiner Zeit verrät. Ferner werden wir mit einem jungen radikalsozialistischen Dichter Rumäniens, Panait Istrati, bekannt gemacht, einem jener, die sich gegen die brutale politische und soziale Reaktion in Rumänien und überhaupt im ganzen nahen Osten aufbäumen und mit heißer Glut das Leben des wilden sozialen Kampfes in diesen Ländern schildern. Endlich setzt „Die neue Bücherschau" in diesen Heften ihren Kampf für den jungen Schweizer Dichter Karl Albert Tschudi fort, den die Literaturpäpste der überalterten, geistig versumpften, sozial so reaktionären bürgerlichen Demokratie der einst freien Schweiz totzuschweigen versuchen. Sie tut das mit einer neuen Kritik an der Verteidigung des obersten der Schweizer Literaturpäpste, Eduard Korrodi, und indem sie vor allem den Dichter selbst mit einer kurzen packenden Erzählung zu Wort kommen läßt.

Mit besonderer Genugtuung darf überdies festgestellt werden, daß in diesen letzten Heften jene gefährliche Hybris, Selbstüberschätzung, Selbstgefälligkeit und -gerechtigkeit, die früher gelegentlich, zumal in kritischen Beiträgen, zum Ausdruck kam, und zu einer übertriebenen, spitzfindigen Kritik wertvoller Erscheinungen und begrüßenswerter praktischer Arbeit und zu einer Blindheit gegen diejenigen geführt hatte, die zwar große radikale Phrasen dreschen, aber praktisch nur wildgewordene Spießer und versteckte Reaktionäre sind (gemeint ist, um es offen zu sagen, vor allem der Bolschewismus in Rußland), fast ganz verschwunden ist, ohne daß die Lebendigkeit, Kühnheit und geistige Freiheit der Zeitschrift darunter gelitten hat. Die Zeitschrift hat dadurch den Stich ins Literatenhafte verloren, der ihr früher teilweise doch anhaftete. Wir können uns ihrer heute wirklich freuen.
A. Kr.

Zwei neue Gedichtsbücher

Franz Joseph Engel: „Aufstand des Herzens". 85 S. Verlag „Die Sichel." Berlin.

Der Aufstand des Herzens vermag in der Erzählung, die dem kleinen Buche den Namen gegeben hat, nicht das Leben zu revolutionieren, sondern ist ein aufflammender, starker Strahl der Liebesleidenschaft einer jungen Fürstin zu ihrem Kammerherrn, der in den Konventionen des Hofes erstickt wird. Die Durchführung des Motives geschieht mit kluger Ueberlegtheit, der wohlvorbereitete Ausbruch der Liebe bei dem von beiden inszenierten Marionettenspiel ergreift in seiner Unentrinnbarkeit.

Die zwei anderen Novellen, „Die Bekehrung des Unbändigen" und „Die Heilige von Pisano", haben mehr legendären Charakter. Sie zeugen von einem begabten Schriftsteller mit sprachlicher Kultur. Inwieweit der zurzeit beim Breslauer Rundfunk tätige Franz Joseph Engel starke künstlerische Eigenart besitzt, werden seine kommenden Werke erst zu erweisen haben.
Kläre Marck.

Karl Schallinger: „Helles und Dunkles" (Gedichte). 45 S. Verlag „Die Sichel." Berlin.

Im lauten Getriebe unserer Gegenwart ist der Lyriker vielleicht noch einsamer als früher. Seine stille Stimme hat nur Aussicht, gehört zu werden, wenn er wirklich Außergewöhnliches, Bedeutendes zu sagen hat. Auf die vorliegenden Verse des jungen deutschböhmischen Dichters werden nur wenige hören wollen. Diese Gedichte sind zum Teil gute Durchschnittslyrik, und man kann, wenn man in der „richtigen" Stimmung ist (anders sollte man allerdings nie dem Dichter begegnen dürfen), etwas Freude daran haben. Die ewigen Themen der Lyrik, Natur und Liebe, werde vom Boden einer reifen Menschlichkeit ansprechend, wenn auch nicht neuartig; gestaltet. Ein Beispiel:

Unlösbar.

Wenn das letzte Wort verklungen,
Das beim Abschied du gesprochen,
Ist in dir etwas zersprungen,
Ist etwas entzweigebrochen.

Und du stehst auch eine Weile
Sinnend, was es denn gewesen.
Dann drängt dich der Tag zur Eile,
Und du wirst es nie mehr lösen.

Als Gesamtbezeichnend drängt sich für dieses schmale Bändchen — so sehr man sich dagegen wehrt — das abgegriffene Wort „feinsinnig" auf.
Kläre Marck.

Urania

Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Das neueste Heft enthält wieder eine Anzahl interessanter Aufsätze, zum Teil mit Bildern. „Kommt die Eiszeit wieder?" Ueber diese Frage schreibt R. H. Francé und beweist allen Furchtgeplagten, daß sie sich für die Dauer ihres Lebens ganz sicher unserer gemäßigten Temperatur weiter erfreuen dürfen. „Auf Geröllbank und Halde führt uns Hermann Drechsler, und zeigt, wie die Pflanzenwelt noch auch von dem ödesten Fleckchen Besitz ergreift. „Menschliche Blutrassen" behandelt Professor Dr. E. Fuld, nicht etwa im Sinne unserer völkischen „Rasseforscher", sondern zur Förderung der Heilkunde. „Der Flugsport des Arbeiters — Segelfliegen" gibt F. Wiedermann Anlaß zu mancherlei Winken. Dazu kommen eine große Zahl kleinerer Aufsätze über allerlei interessantes und wissenswertes aus der Natur. Unter „Soziales Wandern" erscheint dann ein Artikel von Alfred Forbrich über „Die Glasindustrie im Thüringer Wald"... „Soziologische Beobachtungen eines jungen deutschen Arbeiters in USA." vermittelt ein Artikel von August Siemchen. Zuletzt noch eine belehrende Plauderei von Dr. med. Frommholz über „Sport für Nichtsportler", und wie in jedem Heft, ein Lied mit Noten, diesmal Kurt Eisners „Gesang der Völker".

Der Herr bezahlt es

Von Liane Manicus

Es war am alten Judenfriedhof zu Prag.

In der Josefska Nr. 5 stand angeschlagen, daß man zu bestimmten Zeiten den Kirchhof besuchen könne.

Es war weder zur richtigen Zeit noch der vorgeschriebene Tag, und das rostige Gitter, das den Friedhof der alten Juden von der Straße trennt, war daher geschlossen.

„Sie wollen gern den Friedhof sehen? Sie sind Ausländer? Sind nicht Jude? Nein — das kann ich sehen. Hier ruhen der berühmte Rabbi Löw, ein Freund von Kaiser Rudolf II. und der berühmte dänische Astronom Tycho Brahe, umgeben von seinen Schülern... Ich bin hier aus der Stadt. Gehen Sie nur mit mir. Heute ist der Tag des Sterns von Jerusalem, fügte der brave, alte Prager Jude hinzu, „darum ist der Eintritt über die gewöhnliche Zeit hinaus für alle erlaubt."

Ein anderer Jude, ein sehr alter Mann, kam uns entgegen. Er sah aus, wie man gewöhnlich Juden auf der Bühne darstellt. Ein langer graumelierter, kraushaariger Bart bedeckte seine Brust. Eine Art schwarzer Talar, der fast die Erde berührte, hüllte ihn ein, auf dem Kopf trug er einen breitrandigen, schwarzen Hut.

Er hatte den Erzählungen des Prager Juden zugehört und nickte anerkennend über die pietätvolle Sorge für die Toten der Gemeinde.

„Gelobt sei der Herr!" sagte er.

Wir drei standen am Gitter und blickten über den eigentümlichen Friedhof. Wir gingen langsam und hörten nichts anderes als das Knirschen des Kieses. Keine Blume wächst auf diesen Gräbern. Nur Holunder, Akazien und Efeu schlingen sich um die alten Grabmale. Die Steige waren außerordentlich schmal.

Zwischen den Hunderten von Steinen, die so dicht nebeneinanderstehen, so daß sie sich um den Platz unter den Bäumen zu streiten scheinen, suchten wir des Wunderrabbi Löws letzte Ruhestätte. Geschäftig kramte der Prager Jude all sein Wissen über die Gräber aus. Bei einigen Steinen blieb er stehen und erklärte die Bedeutung der Ornamente. Er bat den alten Juden aus Budapest, welcher Jiddisch konnte, die Inschriften zu deuten. Endlich erreichten wir das Grab des Rabbi Löw: Ein großes Grabmal, das gewaltigste, schönste und älteste des ganzen Friedhofes.

Wie ein Sarkophag wölbte sich der Stein über diesem jüdischen Heiligen.

Zwei lotrechte, edelgeformte Steine bilden den Abschluß. Auf der Frontplatte ist ein springender Löwe eingraviert und die übrigen Flächen sind mit Inschriften übersät. Auf jedem Vorsprung des Grabmals lagen kleine Steine. An manchen Stellen waren sie aufeinandergestapelt.

„Aus ganz Böhmen, aus Galizien, aus Gegenden, die hinter den Grenzen unseres Landes liegen, kommen jüdische Pilger, um am Grabe des Rabbi Löw zu beten; Blumen legen wir Juden niemals aufs Grab — nur Steine.

„Bei dem Rabbi Löw legen die Pilger ihre Wünsche nieder. Sehen Sie dort hinab in die Spalte des Sarkophages — dort liegen alle Bittbriefe."

Und wirklich, wenn das Auge sich erst an das Dunkel gewöhnt hat, kann man ganz deutlich einen Stapel von Briefen gewahren, auf denen zum Teil plumpe und ungeschickte Zeichen gemalt sind.

Der Budapester beugte seinen krummen Rücken und blickte sehr nachdenklich in den Sarkophag. Danach fischte er ein Stück Papier aus der Tasche und fing an, „rückwärts" darauf zu schreiben. Er schrieb „Jiddisch".

Der Prager Jude wurde unruhig. Jiddisch konnte er nicht schreiben. Er überlegte, ob Rabbi Löw nicht etwa doch mehr Rücksicht auf solche Briefe nähme, die in jiddischer und nicht in tschechischer Sprache abgefaßt sind.

War er nicht heute der Fremdenführer gewesen? Schuldete der Alte ihm nicht einen Gegendienst?

Er streckte seinen Arm aus, um ihn zu unterbrechen, bevor der Zettel vollgeschrieben war.

„Schreib auch meinen Wunsch mit auf," bat er.

„Worum bittest du denn?"

Der Alte sandte dem Prager einen untersuchenden Blick. Geld? Ein langes Leben? Macht? Was würde er wünschen....

„Bitte den Rabbi Löw um Männer für meine vier Töchter."

Ein beistimmendes und gleichzeitig schelmisches Lächeln spielte in den Augen des Alten, während er den Wunsch aufschrieb. Sämtliche Namen der Töchter figurierten auf dem Papier: Sara, Marjam, Ruth und Zeboë. Dann wurde der Zettel in den Spalt gesteckt. Dann setzte sich der schnurrige Alte auf den Rand des Steines und bat uns, ein Gleiches zu tun, indem er fragte:

„Wollen Sie eine gute Geschichte hören?" er sagte „jute gäsigde".

„Sehen Sie — wir haben auch einen Wunderrabbi in Budapest. Auch in seinem Grabe liegen viele Wunschbriefe von Pilgern. Ein Schneider in Budapest hatte einmal genau denselben Wunsch geäußert wie Sie," sagte er zu dem Prager Juden.

„Er hatte aber nur eine Tochter, die Rose hieß, und die trotzdem sie schön war, von keinem Freier beachtet wurde, denn sie war arm. Roses Vater ging nun zum Schadchen.

„Nichts."

„Was kannst du ihr als Aussteuer geben?"

„Auch nichts."

Das Schadchen kratzte sich den Kopf bedenklich und meinte: „Geh nach Hause. Schreib genau auf einen Zettel, was deine Tochter zur Aussteuer haben müßte: so viele Hemden, so viele Paar Strümpfe, so viele Laken, so und so viel Küchen- und Hausgeräte. Rechne auf Krone und Heller aus, was diese Dinge kosten würden. Schreibe außerdem die genaue Summe einer anständigen Mitgift auf und komme wieder."

Der Schneider tat wie ihm geheißen war. Er kam wieder mit der fein spezifizierten Rechnung, die er aufgestellt hatte. Er und seine Frau hatten während einer vollen Woche eine Aussteuer zusammenphantasiert. Nun fehlte nichts anderes als die Realisation der Ideen.

„Was nützt das alles miteinander," sagte er zu dem Ehevermittler, „wer soll denn das alles bezahlen?"

Der Ehevermittler nahm seine Feder und schrieb klar und deutlich unter die Aufstellung:

„Der Herr bezahlt es."

Das Ganze legte er in das Grab des Wunderrabbis.

Ein Monat verging. Noch mehrere Monate vergingen. Vom Himmel kam kein Geld, und die arme Rose wurde nicht mehr, nicht weniger beachtet als früher.

Der Schneider wurde auf den Heiratsvermittler begreiflicherweise recht wütend.

Eines schönen Tages geschah indessen etwas. Ein vornehmer Herr betrat die Bude des Schneiders, fragte nach allem, durchwühlte alles und verließ die Bude schließlich, ohne das geringste zu kaufen. Das war ja eigentlich nichts Freudiges. Der Schneider wurde rasend und verzweifelte. Er fing an, aufzuräumen — und wissen Sie was er fand, unter allen Stoffballen? Den Mantel des vornehmen Herrn. Vergessen hatte er ihn nicht. In der einen Tasche des Mantels lag auf Krone und Heller genau die Summe für Roses Aussteuer und in der anderen für die Mitgift.

— — — — — — — — — — —

Der Herr war dagewesen und hatte bezahlt.

Als wir kurz danach den Friedhof verließen, schien nicht nur der Stern von Jerusalem, sondern auch der Stern der Hoffnung über Saras, Marjams, Ruths und Zeboës Vater aufzuleuchten.